



100. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 11.12.2013, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.11.2013**

- 3 Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die Weiterführung der Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit
13/SVV/0816 Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

- 4 Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam
13/SVV/0832 Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

- 5 Vertrag Inhouse-Vergabe "Projektmanagement" Schiffbauergasse an die ProPotsdam GmbH
13/SVV/0836 Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

- 6 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 6.1 Arbeitsgruppe Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark
13/SVV/0675 Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 6.2 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam - Zeit- und Arbeitsplan
13/SVV/0676 Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
13.11.2013
- 3 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH
für das Jahr 2014
Vorlage: 13/SVV/0766
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Entwicklungsträgerbeauftragung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz
Vorlage: 13/SVV/0767
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW
 - 5.2 Neue Ziele für die Pro Potsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0484
Fraktion Die Andere
 - 5.3 Kein Verkauf ohne Bedingungen
Vorlage: 13/SVV/0495
Fraktion SPD
 - 5.4 Strategischer Steuerungsprozess in der Landeshauptstadt Potsdam -
Leitbildentwicklung
Vorlage: 13/SVV/0660
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
 - 5.5 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
Vorlage: 13/SVV/0601
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 5.6 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
Vorlage: 13/SVV/0609
Fraktion DIE LINKE
 - 5.7 Büroflächen für Schilderdienste
Vorlage: 13/SVV/0608
Fraktion DIE LINKE

- 5.8 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor
Vorlage: 13/SVV/0613
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 5.9 Konzept Veranstaltungen Volkspark
Vorlage: 13/SVV/0631
Fraktion SPD
- 5.10 Versorgungslücken Breitband
Vorlage: 13/SVV/0632
Fraktionen SPD, FDP
- 5.11 Rückstellung Restitutionsgebäude
Vorlage: 13/SVV/0687
Fraktion Bündnis 90 Die Grünen
- 5.12 Satzung und Verwaltungsvereinbarung für die Stiftung Gedenkstätte
Lindenstraße
Vorlage: 13/SVV/0703
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.13 "Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet" Schiffbauergasse -
Konzept für das Standortmanagement der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 13/SVV/0707
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 5.14 Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/Stadterneuerung/Verbindliche
Bauleitplanung
Vorlage: 13/SVV/0585
Fraktion DIE LINKE
- 5.15 Kommunale Lichtplanung - Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0600
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
zur Erledigung
- 5.16 Einrichtung einer Klimaagentur
Vorlage: 13/SVV/0688
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Einwohnerfragestunde- Zuweisung der Beantwortung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Touristischer Marketingplan 2014
Vorlage: 13/SVV/0771
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 7.2 17. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0618
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 7.3 Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums "Potsdam 22"
Vorlage: 13/SVV/0669
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 7.4 Ausstellung "700 Jahre Marquardt"
Vorlage: 13/SVV/0709
Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
- 7.5 Ehemaliges Restaurant Charlottenhof
Vorlage: 13/SVV/0714
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
- 7.6 Informationen zum 3-D-Straßenscreening
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.11.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- die Tagesordnungspunkte 3 „Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH für das Jahr 2014“ und 4 „Entwicklungsträgerbeauftragung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz“ sollen zusammen aufgerufen und Tagesordnungspunkt 4 als erster abgestimmt werden, da die Entwicklungsträgerbeauftragung eine Kreditaufnahme voraussetze,
- des Weiteren werden aufgrund fehlender Voten der Fachausschüsse folgende Tagesordnungspunkte zurückgestellt:
 - **Tagesordnungspunkt 5.1** – DS 12/SVV/0098 - „Verkehrslösung 2020“
 - **Tagesordnungspunkt 5.5** – DS 13/SVV/0601 und

- Tagesordnungspunkt 5.6** – DS 13/SVV/0609 - „Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales“
- **Tagesordnungspunkt 5.8** – DS 13/SVV/0613 - „Werbeveranstaltung auf dem Platz am Brandenburger Tor“
- **Tagesordnungspunkt 5.9** – DS 13/SVV/0631 - „Konzept Veranstaltungen Volkspark“
- **Tagesordnungspunkt 5.16** – DS 13/SVV/0688 - „Einrichtung einer Klimaagentur“ und
- auf Wunsch der antragstellenden Fraktion der **Tagesordnungspunkt 5.3** – DS 13/SVV/0495 - „Kein Verkauf ohne Bedingungen“.

Zudem schlägt der Oberbürgermeister vor, die Tagesordnung um folgende Mitteilungen zu ergänzen:

- 3-D-Straßenscreening
- Sondierungsgespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

Unter dem TOP „Sonstiges“ wird auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE eine Information gegeben zum:

- Stand der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung 13/SVV/0461 „Standort Weiße Flotte“

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 98. Sitzung vom 13.11.2013 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

zu 4 Entwicklungsträgerbeauftragung zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz Vorlage: 13/SVV/0767

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Klipp bringt die Vorlage ein. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wegewitz sagt Herr Weise eine Anpassung nach TVöD im § 12 Abs. 5 zu. Im Weiteren werden die Nachfragen von Herrn Schultheiß zur Stellvertretung und von Herrn Dr. Scharfenberg zum § 3 – Beratungsgremien sowie den in den Aufsichtsrat zu berufenen Personen beantwortet.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Entwicklungsträgerbeauftragung zur Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz gemäß Anlage.
2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVergf ermächtigt, die beigefügte Entwicklungsträgerbeauftragung für die Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3 **Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH für das Jahr 2014**
Vorlage: 13/SVV/0766
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Vorlage wird von Herrn Klipp eingebracht.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Potsdam GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme „Kramnitz“ beträgt für das Jahr 2014 höchstens 8.802.825,00 €. Die Kreditaufnahme hat bedarfsbezogen zu erfolgen. Die Vertragsgestaltung sollte möglichst Sondertilgungen zulassen und maximal eine Laufzeit bis zum 31.12.2023 festschreiben. Können Sondertilgungen nicht vereinbart werden, so ist über die Wahl der Zinsbindungsfristen die Möglichkeit zu Sondertilgungen offen zu halten
2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Potsdam GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2014 schriftlich zuzustimmen.
3. Die Ermächtigung des Oberbürgermeisters und die einer seiner Stellvertreter wird unter den Vorbehalt des Vorliegens der Genehmigung, zur Kreditaufnahme für das Treuhandvermögen der Entwicklungsmaßnahme Kramnitz, des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur Übernahme der Restverbindlichkeiten am Ende der Entwicklungsmaßnahme gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Verkehrslösung 2020**
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW

zurückgestellt und evtl. durch die Antragsteller **zurückgezogen**

zu 5.2 **Neue Ziele für die Pro Potsdam GmbH**
Vorlage: 13/SVV/0484
Fraktion Die Andere

Herr Wendt verzichtet auf eine Einbringung, da der Antrag im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen bei nur einer Ja-Stimme abgelehnt wurde. Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass dieser Ablehnung eine langanhaltende und fachliche Diskussion vorausgegangen sei.

Anschließend wird der Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen der Stadt Potsdam im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Pro Potsdam GmbH werden beauftragt, folgende Unternehmensziele für die Tätigkeit der Pro Potsdam in den kommenden zwei Jahren festzulegen:

- Erreichung eines Mindestanteils von 10 % preiswerter Wohnungen bei Neubau (Die Miete darf max. den Höchstsatz erreichen, der als Kosten der Unterkunft erstattet wird, also derzeit 5,50 €/qm Kaltmiete.)
- Erhalt eines Mindestanteils von 70 % preiswerter Wohnungen (s.o.) bei Sanierung von Altbaubeständen
- Senkung der Leerstandsquote im Karree Behlerstraße/Gutenbergstraße, in der Heidesiedlung und in der Siedlung Am Brauhausberg/Einsteinstraße auf jeweils max. 5 % des Wohnungsbestandes.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über die Umsetzung des Beschlusses im Dezember 2013 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	10
Stimmenthaltung:	5

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Beschlussvorlage **abzulehnen**.

zu 5.3 Kein Verkauf ohne Bedingungen

Vorlage: 13/SVV/0495

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5.4 Strategischer Steuerungsprozess in der Landeshauptstadt Potsdam -

Leitbildentwicklung

Vorlage: 13/SVV/0660

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Anschließend erläutert Herr Jetschmanegg per Power-Point-Präsentation die damit verbundenen Herausforderungen, mögliche Antworten, die Prioritätensetzung, die strategische Steuerung und die zeitliche Planung des Projektes.

Herr Dr. Scharfenberg merkt anschließend an, dass der Prozess beschleunigt und nicht erst mit der Haushaltsaufstellung 2017/18 der strategische Steuerungsprozess umgesetzt werden sollte. Deshalb schlägt er vor, sich noch in dieser Wahlperiode mit der Projektplanung zu befassen.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass der begonnene Prozess nicht

durch die Wahl im Mai 2014 unterbrochen werden solle. Er könne sich aber Mai 2014 als realistische Zielstellung für die Einbringung einer Vorlage vorstellen, die anschließend zur weiteren Diskussion in den Hauptausschuss überwiesen werden sollte, da dieser ja weiterhin agiere.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass großer Wert auf Partizipation und Bürgerbeteiligung gelegt werde und fragt nach, wie man sich das vorstellen könne. Herr Jetschmanegg entgegnet, dass natürlich auf die dazu vorliegenden Erfahrungen zurückgegriffen und die weitere Vorgehensweise in der für Mai 2014 avisierten Vorlage dargestellt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. In der Landeshauptstadt Potsdam wird ab 2014 ein Strategischer Steuerungsprozess eingeführt.
2. Dazu wird ein Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt, aus dem sich eine Zielstruktur mit gesamtstädtischen und daraus wiederum abgeleiteten geschäftsbereichsbezogenen Zielen entwickeln lässt, die erstmals vollständig im Haushaltsplan 2017/2018 abgebildet wird.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Implementierung des Strategischen Steuerungsprozesses vorzubereiten. Der Stadtverordnetenversammlung wird im September 2014 der Projektplan zur Entwicklung des Leitbildes zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Projektplan wird den Zeitplan, die Meilensteine sowie die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen und organisatorischen Rahmenbedingungen enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 5.5 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Vorlage: 13/SVV/0601

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 5.6 Umbenennung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Vorlage: 13/SVV/0609

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 5.7 Büroflächen für Schilderdienste

Vorlage: 13/SVV/0608

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein. Ziel sei es, einen Weg zu suchen um die jetzige Dienstleistung auch weiterhin für die Bürger vorzuhalten und auf

dem Gelände der Stadtverwaltung dafür Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Herr Exner macht darauf aufmerksam, dass der Verwaltung mit dem Abriss des Bürocontainers für die eigenen Zwecke schon zu wenige Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und weitere angemietet werden müssen. Den Gewerbemietern sei immer bekannt gewesen, dass, wenn Eigenbedarf besteht, dieser einer Vermietung vorgeht. Außerdem sei zu überlegen, ob selbst geschaffene und mit Krediten finanzierte Räume Fremdmietern angeboten werden sollen und müsse unter Wettbewerbsrecht auch „ordentlich“ ausgeschrieben werden.

Herr Kirsch schlägt vor, Flächen zu vermieten, auf denen die „Schilderdienste“ Container aufstellen können. Dafür seien z. B. drei Pkw-Stellplätze vor der Kfz-Zulassung geeignet; Herr Berndt äußert Bedenken gegen den vorliegenden Antrag, da es auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung nicht die Aufgabe der Stadt sei, hierfür Sorge zu tragen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es Ziel sei, das Angebot unter Beachtung aller wettbewerblichen Vorschriften zu erhalten.

Herr Heuer verweist darauf, dass in der Helene-Lange-Straße zwei Schilderdienste vorhanden seien. Ebenso spricht sich Herr Richter gegen die Vorschläge aus, da auch die Pächter der Flächen ein eigenes wirtschaftliches Risiko tragen. Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass, wenn es ein Interesse der Schilderdienste gebe, diese sich mit einem Konzept an die Stadt wenden können.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Kommunalen Immobilienservice eine Unterbringungsmöglichkeit für die drei kleinen Geschäftsräume der auf dem Gelände der Stadtverwaltung in der Nähe der Zulassungsstelle tätigen Schilderdienste für die Zeit ab Januar 2014 zu ermöglichen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 04. Dezember 2013 über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	10
Stimmhaltung:	1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 5.8 Werbeveranstaltungen auf dem Platz am Brandenburger Tor

Vorlage: 13/SVV/0613

Fraktion Potsdamer Demokraten

zurückgestellt

zu 5.9 Konzept Veranstaltungen Volkspark

Vorlage: 13/SVV/0631

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5.10 Versorgungslücken Breitband
Vorlage: 13/SVV/0632
Fraktionen SPD, FDP

Herr Frerichs nimmt zu dem vorliegenden Antrag Stellung und verweist in seinem Redebeitrag auf den damit verbundenen hohen finanziellen Aufwand. Außerdem gebe es bereits eine Verständigung zwischen Anbietern und Nutzern und eine Förderung setze förderfähige und damit unterversorgte Betriebe voraus. Er meine, dass mit den vorgeschlagenen Maßnahmen das Ziel nicht zu erreichen sei und der städtische Haushalt stark belastet werde.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt Herr Heuer die Umwandlung des Antrags in einen Prüfauftrag vor und erklärt sich auch mit der vorgeschlagenen Terminänderung einverstanden.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Wege zum Schließen von Versorgungslücken mit Breitbandanschlüssen im Stadtgebiet Potsdam **zu prüfen und** aufzuzeigen. ~~Dazu soll eine Erfassung der betroffenen Gebiete forciert werden und es müssen geeignete Strukturen dafür vorgehalten werden (öffentlicher Aufruf, Benennung einer Stelle/ eines Mitarbeiters, z.B. Einbeziehung des Büros für Bürgerbeteiligung).~~

Für die klassifizierten Gebiete sollen

- durch die LHP Gespräche mit Telekommunikationsanbietern geführt werden,
- das Lückenschlussprogramm für unterversorgte Gebiete, koordiniert vom Wirtschaftsministerium, finanziert aus EFRE-Restmitteln, umgesetzt in Zusammenarbeit mit den Planungsgemeinschaften, geprüft werden.
- Fördermöglichkeiten für die neue EU-Förder-Periode ab 2014 geprüft werden.

Ergebnisse über Erfassung und Prüfung der Möglichkeiten sollen im ~~Januar~~ **März** 2014 der SVV berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 5.11 Rückstellung Restitutionsgebäude
Vorlage: 13/SVV/0687
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass dieses Anliegen nicht im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln sei und empfiehlt eine Diskussion in den dafür zuständigen Gremien – hier des Aufsichtsrates der ProPotsdam.

Wenn das so zu verstehen sei, so Herr Schüler, dass der Hauptausschuss eine Befassung mit dem Thema im Aufsichtsrat der ProPotsdam anrege und der nach Möglichkeiten der Umsetzung suche, entspreche das dem Anliegen.

Der Antrag wird mit dieser Empfehlung zur Abstimmung gestellt (die Textfassung

wurde im Nachgang der Sitzung formuliert):

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder der ProPotsdam GmbH werden gebeten, sich im Aufsichtsrat der ProPotsdam GmbH damit zu befassen, ob die Auflösung von Rückstellungen, die die ehemals restitutionsbehafteten Objekte (Heidesiedlung, Albert-Einstein-Str. 10-24, Am Brauhausberg 25-31, Gutenberg-/Behlert-Karree) betreffen, zur Sanierung dieser Objekte verwendet und dadurch ggf. Modernisierungszuschläge begrenzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5.12 Satzung und Verwaltungsvereinbarung für die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Vorlage: 13/SVV/0703

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Jetschmanegg bringt die Vorlage ein und betont, dass der Oberbürgermeister mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.01.2013 beauftragt wurde, eine Stiftung „Gedenkstätte Lindenstraße“ zu gründen.

Herr Wendt erläutert den Anwesenden anschließend die drei Änderungsanträge der Fraktion Die Andere. Hierzu führt er aus, dass der Name der Gedenkstätte geändert werden sollte, da dieser keine Auskunft über die unterschiedlichen Inhalte gebe. Des Weiteren schlägt die Fraktion vor, verschiedene Gedenkorte für unterschiedliche Opfergruppen einzurichten und ebenfalls getrennte Beiräte zu bilden, um die Diskussionen zu versachlichen. Diese Änderungsanträge seien auch im Ausschuss für Kultur beraten und abgestimmt worden.

Frau Dr. Schröter bestätigt dies und merkt an, dass zum Änderungsantrag „Name der Gedenkstätte“ ein Alternativvorschlag fehle und die Fraktion DIE LINKE auch mit den beiden anderen Änderungsanträgen zu den Beiräten und zum „Gedenkort für Opfer des Naziregimes in der Potsdamer Lindenstraße“ Sympathien hege. Auch wenn dies nicht in die Satzung aufgenommen werden könne, so sei eine Zustimmung und Aufnahme als Beschlussbestandteil möglich. Im Ausschuss für Kultur habe sich keine Mehrheit dafür gefunden.

Herr Jetschmanegg führt eingehend auf die Ausführungen von Herrn Wendt aus, dass „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ nicht der Name der Gedenkstätte, sondern die Formulierung des Stiftungszweckes sei. Zudem sei die Einrichtung verschiedener Beiräte diskutiert und die Entscheidung zugunsten der Einrichtung eines Beirates getroffen worden. Zu den Gedenkorten merkt er an, dass weder in der Satzung noch in der Vereinbarung Gedenkorte festgelegt seien.

Herr Schüler betont, dass mit der Vorlage über die Satzung entschieden werde und nicht über den Namen der Gedenkstätte, denn nur darauf beziehe sich der Änderungsantrag. Er halte auch die Einsetzung von zwei konkurrierenden Beiräten für nicht sinnvoll. Dem schließt sich Herr Heuer in seinen Ausführungen

an und empfiehlt, die mit den Änderungsanträgen benannten Probleme an die Stiftung heranzutragen. Im Weiteren merkt er an, dass die Begründung zum Änderungsantrag „Gedenkort für Opfer des Naziregimes in der Potsdamer Lindenstraße“ eine „schwierige Argumentation“ enthalte, die überlegenswert sei. Anschließend werden die **Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt:**

Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0703

Einreicher: Fraktion die Andere

Betreff: Name der Gedenkstätte Lindenstraße

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **1**

Ablehnung: **10**

Enthaltung: **5**

Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0703

Einreicher: Fraktion Die Andere

Betreff: Getrennte Beiräte Gedenkstätte Lindenstraße

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **11**

Enthaltung: **1**

Änderungsantrag zur DS 13/SVV/0703

Einreicher : Fraktion Die Andere

Betreff: Gedenkort für Opfer des Naziregimes in der Potsdamer Lindenstraße

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: **10**

Enthaltung: **1**

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung und Verwaltungsvereinbarung für die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **14**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **2**

zu 5.13 "Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet" Schiffbauergasse - Konzept für das Standortmanagement der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 13/SVV/0707

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Dr. Schröter verweist eingangs darauf, dass Herr Westphal diese Beschlussvorlage im Ausschuss für Kultur überzeugend dargestellt habe und sich einige Mitglieder bereits im Vorfeld mit den Ergebnissen des Workshops vertraut gemacht haben. Wenn die dargestellten Vorstellungen realisiert werden, könne sich ganz Potsdam freuen. Herr Berndt betont, dass er sich über diesen

ambitionierten Vorschlag freue, aber Bedenken bezüglich des Namens „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ habe. Selbst bei einer Steigerung der Besucherzahlen liege die „Latte sehr hoch“ und seien Enttäuschungen zu befürchten. Gleichzeitig merkt er kritisch an, dass die avisierten Vertragslaufzeiten eine kontinuierliche Arbeit erschweren und empfiehlt eine sorgfältige Abgrenzung der Kompetenzen. Auf diese Ausführungen Bezug nehmend entgegnet Frau Dr. Schröter, dass der Name nur ein Arbeitstitel sei und die Schiffbauergasse die Schiffbauergasse bleibe.

Anschließend wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das Zielbild für die Schiffbauergasse orientiert sich an der im Szenario-Workshop entwickelten Vision „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ (s. Anlage 1). Sie beschreibt einen langfristig anzustrebenden Zustand und bildet die Grundlage für die strategische Ausrichtung des Standortmanagements.
2. Dem von der ProPotsdam GmbH entwickelten Konzept für das Standortmanagement Schiffbauergasse (s. Anlage 1) wird als Grundlage für eine Inhouse-Vergabe von Leistungen des Infrastruktur- und Facilitymanagements des Integrierten Kulturstandorts Schiffbauergasse „Zentrum für Kunst und Soziokultur“ (ZKS) an die ProPotsdam GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt, voraussichtlich mit Wirkung zum 01.01.2014, zugestimmt.
3. Das Kulturmanagement als eine Säule des Konzeptes für das „Standortmanagement Schiffbauergasse“ wird von der Landeshauptstadt Potsdam öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibung wird dem Hauptausschuss zur Zustimmung vorgelegt.
4. Der Vertrag für eine Inhouse-Vergabe an die ProPotsdam GmbH wird dem Hauptausschuss gem. § 15 Abs. 3 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Beschlussfassung vorgelegt.
5. Der Verwaltervertrag für Liegenschaften im „Zentrum für Kunst und Soziokultur“ (ZKS) vom 15.01.2008 zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem KIS soll nach Maßgabe des Zeitpunktes der Inhouse-Vergabe an die ProPotsdam GmbH aufgehoben werden.
6. Ein strategischer Beirat zur Verfolgung und Umsetzung des Zielbildes „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ wird berufen (s. Anlage 1, S. 8,9).
7. Ein System der Erfolgskontrolle wird entwickelt und etabliert.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

**zu 5.14 Personelle Situation im Bereich
Stadtplanung/Stadterneuerung/Verbindliche Bauleitplanung
Vorlage: 13/SVV/0585
Fraktion DIE LINKE**

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion betont Herr Klipp, dass er sich gegen den mit der Begründung des Antrags entstehenden Eindruck wehre, das Wohnungsbauprogramm sei von der personellen Verstärkung des Bereiches Stadtplanung abhängig.

Daran anschließend verweist der Oberbürgermeister darauf, dass der Stellenplan Bestandteil der Haushaltsplanung ist, den die Stadtverordneten im Mai 2013 für zwei Jahre beschlossen haben. Der vorliegende Antrag sei populistisch und natürlich prüfe die Verwaltung unterschiedliche Möglichkeiten. Das könne auch im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen erfolgen, um möglicherweise Schwachpunkte aufzudecken und auf dieser Grundlage intensiv zu diskutieren. Der Antrag könne in der vorliegenden Fassung jedenfalls nicht beschlossen werden.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass auch die Haushaltssatzung ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist, der jederzeit geändert werden könne. Wenn es keine Engpässe in der Stadtverwaltung gäbe und die Verwaltung die notwendige Flexibilität habe, dann sei das in Ordnung.

Herr Kirsch merkt an, dass die hohe Leistungsfähigkeit des Bereiches Stadtplanung lobenswert sei und fragt die Verwaltung, welche Mittel und Wege die richtigen seien, um die Zielstellungen zu erreichen.

Herr Klipp betont, dass die personellen Kapazitäten nicht ausreichen, um alles parallel bearbeiten zu können, aber für alle Maßnahmen in Priorität 1 reichen sie aus. Diese Prioritätenliste werde darüber hinaus jährlich angepasst.

Herr Dr. Scharfenberg stellt abschließend fest, dass es nicht nur um den Wohnungsbau, sondern auch andere Vorhaben im Planungsrecht gehe. Seine Fraktion werde sich Gedanken machen, um den Antrag zu modifizieren und am 04.12.2013 der SVV vorzulegen. Insofern erübrigt sich eine Abstimmung.

zu 5.15 Kommunale Lichtplanung - Lichtmasterplan für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0600

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
zur Erledigung

Herr Schüler bringt den Antrag ein.

Anschließend führt Herr Klipp aus, dass diese Idee interessant und wünschenswert sei. Gleichzeitig stelle sich aber die Frage, ob dafür finanzielle und personelle Ressourcen zu verwenden seien, da die Kapazitäten auf andere Maßnahmen ausgerichtet sind. Damit bliebe nur eine Fremdbeauftragung eines externen Büros, was wiederum abgewogen werden müsse. Das im Antrag benannte Förderprogramm laufe im Übrigen zum Ende des Jahres aus.

Auf die Anmerkung von Herr Schüler, dass die Stadt einen Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung habe, schlägt der Oberbürgermeister vor, das Anliegen dort prüfen zu lassen und den Antrag bis zur Vorlage von Ergebnissen **zurückzustellen**.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.16 Einrichtung einer Klimaagentur

Vorlage: 13/SVV/0688

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 6 Einwohnerfragestunde- Zuweisung der Beantwortung

Der Oberbürgermeister informiert, dass alle vorliegenden Einwohnerfragen durch die Verwaltung beantwortet werden.

Herr Schüler trägt anschließend das Anliegen von Herrn Dauber vor, trotz der Fristverstreichung seine Fragen zum Badneubau noch zuzulassen. Die Mehrzahl der Mitglieder des Hauptausschusses sprechen sich dagegen aus, da hiermit ein Präzedenzfall gegen die selbstbindenden Regelungen in der Geschäftsordnung geschaffen werden würde. Der Oberbürgermeister stellt die Abweichung von der Geschäftsordnung zur Abstimmung; der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt, bei einer Ja-Stimme und 2 Stimmenthaltungen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Touristischer Marketingplan 2014

Vorlage: 13/SVV/0771

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Hütte (TMB). Er beantwortet die Fragen von Frau Müller zu den auf Seite 15 dargestellten Besucherzahlen und den Gründen für deren Rückläufigkeit bei einigen der Sehenswürdigkeiten, wie zum Beispiel Extavium, Schlossküche und Weinkeller sowie den Beteiligungsmöglichkeiten der Leistungsträger.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 17. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0618

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass die Stadt stolz auf ihre Beteiligungen sein könne und sich der gewählte Weg als richtig erwiesen habe. Auffällig sei jedoch die rückläufige Entwicklung hinsichtlich der Biosphäre. Darauf Bezug nehmend verweist der Oberbürgermeister auf konkurrierende Angebote und darauf, dass durch die Auflage eines attraktiven Programms die Zahlen wieder gesteigert werden sollen.

Unter Verweis auf die positiven Ergebnisse plädiert Herr Schultheiß dafür, die Möglichkeit zu betrachten, von diesen Gewinnen mehr für die Ziele der Stadt abzuschöpfen. Dies, so der Oberbürgermeister, werde betrachtet, aber dafür und für die Quersubventionierungen gebe es Grenzen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums "Potsdam 22"

Vorlage: 13/SVV/0669

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass sich die flächendeckende Mietenbremse in den jetzt laufenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene

nicht durchzusetzen scheine. Deshalb sollten Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese Mietenbremse in Ballungsgebieten greife. Auf seine Frage nach dem Stand der Vorbereitungen beim Land, respektive im Bauministerium entgegnet der Oberbürgermeister, dass das Land aufgefordert sei, sich über die Umsetzung Gedanken zu machen. Das habe er gegenüber dem zuständigen Ministerium auch deutlich gemacht. Positiv sei, dass das bei der ProPotsdam, als größten Vermieter der Stadt, schon durchgesetzt sei.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um zeitnahe Information dazu, um die Umsetzung auch weiterhin anmahnen zu können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 **Ausstellung "700 Jahre Marquardt"**

Vorlage: 13/SVV/0709

Oberbürgermeister, Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Hierzu fragt Frau Dr. Schröter nach, ob eine Abstimmung mit dem Ortsbeirat stattgefunden habe. Davon gehe er aus, so Herr Jetschmanegg, dass sich Frau Dr. Sommer mit dem Ortsbeirat in Gesprächen befindet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 **Ehemaliges Restaurant Charlottenhof**

Vorlage: 13/SVV/0714

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport

Auf die Anmerkung von Frau Dr. Schröter bezüglich der finanziellen Unterstützung des Vorhabens entgegnet der Oberbürgermeister, dass im beschlossenen Haushalt dafür kein Geld eingestellt sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 **Informationen zum 3-D-Straßenscreening**

Herr Klipp informiert, dass die Gespräche mit der Landesdatenschutzbeauftragten stattgefunden haben und das Vorhaben abgestimmt wurde, so dass 3-D-Straßenscreening nichts mehr im Wege stehe. Die Maßnahme werde nunmehr 2014 durchgeführt; vorab werde es rechtzeitig Informationen geben.

Die Frage von Frau Müller, ob es Forderungen der Landesdatenschutzbeauftragten gegeben habe, verneint er – die Stadt habe eine enge Zusammenarbeit und die Berücksichtigung der Hinweise aus ihrer Stellungnahme zugesagt.

zu 8 **Sonstiges**

Information zu Sondierungsgesprächen mit der SPSG

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Gespräche in einer konstruktiven Atmosphäre stattgefunden haben und beide Seiten den Vertrag - insbesondere den § 6 Kündigungsgründe - durchgegangen seien. Die Stiftung sehe im Ergebnis keine Gründe, von der Vertragserfüllung abzusehen, sodass für die

nächsten fünf Jahre eine Millionen Euro pro Jahr zu zahlen seien. Der Stiftungsrat wolle ihn in der nächsten Sitzung dazu anhören; er gehe aber davon aus, dass dieser gleicher Meinung sein werde. Da es von keiner Seite Signale gebe, Wege zur Finanzierung zu gehen oder sich für einen Parkeintritt auszusprechen, werde die Haushaltssperre ab 01.01.2014 vorbereitet. Darüber hinaus habe es den Kontakt mit den Tourismusakteuren bezüglich einer freiwilligen Tourismusabgabe gegeben und sei das Anliegen in der gestrigen Sitzung des Tourismusbeirates besprochen worden. Dort habe man schon Möglichkeiten gesehen (aber nicht als Gegenfinanzierung für die Stiftung) und auch Interesse geäußert, mit den Fraktionsvorsitzenden ins Gespräch zu kommen. Diese werden aber erst Anfang 2014 stattfinden können.

Auf die Nachfrage von Herr Dr. Scharfenberg wie und wann sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Haushaltssperre befassen werde, antwortet Herr Exner.

Alle 160 Produkte werden derzeit mit der Zielstellung geprüft, die Haushaltssperre nach Information im nächsten Hauptausschuss, ab dem 01.01.2014 wirksam werden zu lassen.

Herr Heinzel gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Oberbürgermeister mit Verhandlungsgeschick die Vertragserfüllung mildern könne. Herr Schultheiß merkt an, dass die Haushaltssperre keine optimale Lösung darstelle und diese möglicherweise durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wieder aufgehoben werden könne.

Dies, so der Oberbürgermeister ist natürlich möglich, aber dann sollten auch Alternativen aufgezeigt werden. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass einerseits den notwendigen Beschlüssen zur Finanzierung des freien Parkeintritts die Zustimmung versagt und dann andererseits gemeint werde, dies sei aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren und ein „Klacks“.

Information der Verwaltung zum Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV 13/SVV/0461, Standort Weiße Flotte – Wunsch Fraktion DIE LINKE

Herr Klipp führt dazu aus, dass in den nächsten Tagen die Verhandlungen aufgenommen werden. Er stellt klar, dass die Ansicht, 2010 habe ein unterschriftsreifer und ausgehandelter Vertrag vorgelegen, nicht stimme. Man stehe hier vor langen und schwierigen Verhandlungen und müsse auch das Verkehrswertgutachten erneuern lassen. Wenn dies alles fertig sei, werde der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

Herr Dr. Scharfenberg fordert eine zügige Verhandlungsführung, um die Terminsetzung im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung März 2014 einhalten zu können. Das von Frau Müller erbetene Datum des letzten Verkehrswertgutachtens soll der Niederschrift beigefügt werden.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0816

Betreff:

öffentlich

Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die Weiterführung der Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 27.11.2013

Eingang 922: 28.11.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.12.2013	Hauptausschuss		X

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Genehmigung der überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 36200 (Jugendarbeit) im Haushaltsjahr 2013 in einer Höhe von 288.000,00 EUR.

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Zur Sicherung der Weiterführung bisheriger bewährter Projekte der Schulsozialarbeit ist der bestehende Mehrbedarf im Deckungskreis „HzE/Jugendförderung/-arbeit (DK 3012/3512) im Produktkonto 3620000.5318100 in Höhe von 288.000 EUR zu decken.

Die Deckung des o.g. Mehrbedarfes erfolgt aus Minderaufwendungen im Fachbereich Soziales und Gesundheit im Produktkonto 3120000.5338000 (Grundsicherung für Arbeitssuchende – Bildung und Teilhabe).

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
2	0	0	3	0	120	große

Begründung:

Zur Sicherung einer Verbesserung der Bildung und Teilhabe benachteiligter Kinder und Jugendlicher erfolgte durch den Bund die Bereitstellung entsprechender Mittel, die in Zuständigkeit der Fachbereiche Kinder Jugend und Familie (FB 35) und Soziales und Gesundheit (FB 38) ausgereicht wurden.

Im Rahmen der bereitgestellten BuT-Mittel erfolgte durch den Fachbereich 35 in den Jahren 2012 und 2013 die Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit. Die Weiterführung bewährter Schulsozialarbeitsprojekte im Jahre 2014 ist zweckmäßig und erforderlich und wird durch den JHA befürwortet.

Zur Finanzierung aller bewährten Projekte auch im Jahre 2014 besteht zur Zeit ein Fehlbedarf im Haushalt des Fachbereich 35 in Höhe von 288.000 EURO, der durch Übertragung von BuT Mittel des Fachbereich 38, die nicht im vollen Umfang für den vorgesehenen Zweck benötigt bzw. abgefordert wurden, gedeckt werden kann.

Die Zuwendungen für die zurzeit bestehenden Projekte sind bis zum 31.12.2013 befristet. Um eine Fortführung der bestehenden Projekte ohne Brüche und Personalentlassungen zu gewährleisten sind die notwendigen finanziellen Mittel spätestens ab 01.01.2014 bereitzustellen, um den Erlass der erforderlichen Zuwendungsbescheide noch vor Ablauf der bestehenden Befristung sicher zu stellen.

Die Zweckbindung der nicht verbrauchten BuT-Mittel (2,8 % der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft (KdU)) für Mittagessen an Horten und für Schulsozialarbeit ergibt sich aus § 46 SGB II i.V.m. § 77 (11) Satz 4 i.V.m. §22 SGB VIII und der Protokollerklärung von Bund und Ländern und dazugehörigen Erläuterungen, die im Gesetzgebungsverfahren abgegeben wurden.

Ein Verhältnis der Mittelverteilung zwischen den beiden Aufgaben ist an keiner Stelle gesetzlich verankert und ist somit als Gestaltungsspielraum für die Kommunen und Länder auszulegen. Im Zuge der Haushaltsplanung 2012 wurden dem FB 35 aus Haushaltsmitteln des FB 38 für Schulsozialarbeit 613.000 EUR (von insgesamt 1 Mio €) übertragen.

Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2013 ist vorgesehen, diese Mittel gemeinsam mit den (voraussichtlich) im Jahr 2013 verbleibenden Restmitteln in das Haushaltsjahr 2014 zu übertragen um die Weiterführung der Aufgaben in 2014 haushalterisch abzusichern.

Fachbereich 35
 Bearbeiter/Tel. Frau Weidner/2309

Datum 13.11.2013

Haushalt und KLR - 113

Antrag auf Genehmigung eine(s)/r über-/außerplanmäßigen Aufwandes/Auszahlung Ergebnishaushalt

Unterprodukt	3620000	<input checked="" type="checkbox"/> Konto ErgebnisHH	5318100	HH-Jahr	2013
<input checked="" type="checkbox"/> üpl	<input type="checkbox"/> apl	<input checked="" type="checkbox"/> Konto FinanzHH	7818100		
Betrag (EUR)	288.000,00	Bezeichnung des Kontos			
		Erstattung v. Aufwendungen v. Dritten aus lfd. Verw.tätigkeit an übrige Bereiche			
Berechnung des/der Gesamtaufwandes/-auszahlung:					
Haushaltsansatz für o.a. Haushaltsjahr					655.000,00 EUR
Haushaltsrest aus Vorjahr					135.566,57 EUR
bisher genehmigte Haushaltsüberschreitungen (+/-)					0,00 EUR
davon üpl/apl					0,00 EUR
davon kein üpl/apl i.S.v. § 70 BbgKVerf					0,00 EUR
neu beantragte Haushaltsüberschreitungen				+	288.000,00 EUR
voraussichtliche/r Gesamtaufwand/-auszahlung					1.078.566,57 EUR
Ausführliche Begründung des/der Mehraufwandes/-auszahlung (Nachweis der Unabweisbarkeit gem. § 70 (1) BbgKVerf in <u>sachlicher</u> und <u>zeitlicher</u> Hinsicht, ggf. Beiblatt verwenden:					
<p>Im Rahmen der bereitgestellten BuT-Mittel erfolgte durch den FB 35 in den Jahren 2012 und 2013 die Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit. Die für 2013 bereitgestellten BuT Mittel wurden nicht im Vollen Umfang für den vorgesehenen Zweck benötigt bzw. abgefordert. Die Weiterführung bewährter Schulsozialarbeitsprojekte im Jahre 2014 ist zweckmäßig und erforderlich und wird durch den JHA befürwortet. Zur Sicherung der erforderlichen Finanzierung ist neben der bereits erfolgten Übertragung der nichtbenötigten Mittel des FB 35 eine Übertragung der nicht benötigten Mittel des FB 38 in den Haushalt des FB 35 erforderlich.</p> <p>Die Zuwendungen für die betreffenden Projekte sind bis zum 31.12.2013 befristet. Um eine Fortführung der bestehenden Projekte ohne Brüche zu gewährleisten sind die erforderlichen finanziellen Mittel spätestens ab 01.01.2014 bereitzustellen, um den Erlass der erforderlichen Zuwendungsbescheide sicher zu stellen.</p> <p>Der FB 35 bittet um Genehmigung des Antrages.</p>					
Nachweis der Deckung					
Minderaufwand/- auszahlungen	Unterproduktkonto	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt	3120000.5338000		
		<input checked="" type="checkbox"/> Finanzhaushalt	3120000.7338000		
	Bezeichnung	Grundsicherung für Arbeitssuchende - Bildung und Teilhabe			
Mehrerträge/ einzahlungen	Unterproduktkonto	<input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt			
		<input type="checkbox"/> Finanzhaushalt			
	Bezeichnung				

Genehmigt / nicht genehmigt:

unter Jreminvorbehalt

TKW

Beigeordneter/ Zentrale Steuerung und Finanzen

Produktverantwortliche/r gemäß Haushaltsplan

FB 38

[Signature]

35

907

19.11.2013

3

113

Vorlage „Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen für die Weiterführung der Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit“

Mit der o. g. Beschlussvorlage soll die Zustimmung des Hauptausschusses zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von insgesamt **288.000 EUR** für die Weiterführung der Förderung von Projekten der Schulsozialarbeit erfolgen.

Nach § 7 Haushaltssatzung 2013/2014 handelt es sich bei notwendigen Planabweichungen zwischen den Budgets um überplanmäßige Abweichungen, die im vorliegenden Fall der Beschlusszuständigkeit durch den Hauptausschuss unterliegen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat gem. Beschluss 10/SVV/0124 bei Verfahren zur Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Haushaltsmitteln gem. § 70 Abs. 1 BbgKVerf eine Stellungnahme über die Unabweisbarkeit sowie der Deckung zur Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung bzw. Hauptausschuss zu fertigen.

Unabweisbarkeit ist gegeben, wenn sie sich aus der Aufgabenerfüllung der Gemeinde zwingend ergibt und ein dringendes sachliches Bedürfnis zur Erfüllung der Aufgabe besteht. Aus den Diskussionen in den Fachausschüssen ist ein sachliches Bedürfnis zur Sicherstellung der Fortführung der Schulsozialarbeit in 2014 erkennbar, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass bisher lediglich 67 % der berechtigten Kinder die Leistungen für Bildung und Teilhabe nutzen (Quartalsbericht per 30.09.2013). Zur lückenlosen Fortführung sind bereits in 2013 organisatorische und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen.

Bei den zu beschließenden überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen handelt es sich für das Haushaltsjahr 2013 nicht um eine tatsächliche finanzielle Mehrbelastung im Sinne des § 70 BbgKVerf. Vielmehr soll lediglich eine haushaltsneutrale Umverteilung der im Budget des Fachbereiches 38 zur Verfügung stehenden Mittel an den für die organisatorische Umsetzung verantwortlichen Fachbereich 35 erfolgen.

Da eine Beteiligung des Bundes für 2014 nicht mehr vorgesehen ist, sollen die Mittel aus nicht verbrauchten aber für Schulsozialarbeit zweckgebundenen BuT-Mitteln (2,8 % der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft) sichergestellt werden. Insoweit fallen in 2014 überplanmäßige Aufwendungen in vorgenannter Höhe an. Deren Deckung ist allerdings nur bei Übertragung der zweckgebundenen Aufwands- und Auszahlungsermächtigung nach § 24 Abs. 3 KomHKV gegeben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erdmann', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Erdmann



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0832

Betreff:

öffentlich

Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: Oberbürgermeister	Erstellungsdatum	02.12.2013
	Eingang 922:	02.12.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.12.2013	Hauptausschuss		X

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Bestellung von Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer zur Ombudsfrau der Landeshauptstadt Potsdam als unabhängige Ansprechpartnerin für die Aufnahme und Bearbeitung von Hinweisen von Korruptionsverdachtsfällen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer einen Vertrag zur Durchführung einer Ombudsstelle befristet bis zum 31.12.2014 zu schließen. Der Vertrag kann jährlich bis längstens zum 31.12.2017 verlängert werden.

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:**

Der Vertragsentwurf sieht entsprechend den Ausschreibungsunterlagen eine kombinierte Vergütung auf Honorarstundenbasis für Hinweisaufnahmen, Verifizierung, Berichterstattung, Abstimmungs- und Informationsgespräche sowie Schulungen und Informationsveranstaltungen und einen monatlichen Pauschalpreis für die Vorhaltung einer Ombudsstelle für die Landeshauptstadt Potsdam vor.

Es ist ein jährlicher Mindestbetrag in Höhe von 5.000 EURO (brutto) für die Vorhaltung der Ombudsstelle zu zahlen. Erfahrungsgemäß ist darüber hinaus ein Betrag in Höhe von 15.000 EURO/jährlich in den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam für Abrechnungen auf Grund Honorarstundenbasis eingestellt worden.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
	3				30	geringe

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Dezember 2009 einen Vertrag zur Errichtung und Durchführung einer Ombudsstelle mit Frau Rechtsanwältin Elke Schaefer geschlossen. Die Einrichtung einer Ombudsstelle hat sich in den letzten Jahren sehr bewährt.

Da der Vertrag im Dezember dieses Jahres endet, wurde im Oktober eine nicht förmliche Ausschreibung durchgeführt. Zur Abgabe eines Angebotes wurden vier Rechtsanwaltskanzleien mit dem Tätigkeitsfeld „Betrieb einer Ombudsstelle“ aufgefordert. Insgesamt gingen drei Bewerbungen ein.

Die Auswahlkriterien bildeten Preis, Erfüllung des Angebotes, Vorlage von Referenzen, Kompetenzen, sowie Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit.

Frau Rechtsanwältin Schaefer hat diesbezüglich das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Sie erfüllt alle Kriterien, so dass vorgeschlagen wird, ihr den Zuschlag zu erteilen.

Ihre Beauftragung ist nach der Beschlussfassung vorgesehen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0836

Betreff:

öffentlich

Vertrag Inhouse-Vergabe "Projektmanagement" Schiffbauergasse an die ProPotsdam GmbH

Einreicher: FB Kultur und Museum	Erstellungsdatum	02.12.2013
	Eingang 922:	03.12.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
11.12.2013	Hauptausschuss		X

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Standortmanagements der Schiffbauergasse gemäß dem Zielbild „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ wird dem Vertrag zur Inhouse-Vergabe an die ProPotsdam GmbH zur Übernahme von Facility-Management- und Projektmanagement-Dienstleistungen in der Schiffbauergasse zugestimmt.

Finanzielle Auswirkungen?

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

Fazit Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich aus der Darstellung in Anlage 2.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Die ProPotsdam GmbH hat in Abstimmung mit der Landeshauptstadt Potsdam ein Konzept (23.10.2013) für das Management des Integrierten Kulturstandortes Schiffbauergasse „ZKS“ erarbeitet und im Rahmen der Beschlussvorlage 13/SVV/0707 „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ Schiffbauergasse - Konzept für das Standortmanagement der ProPotsdam GmbH in die 56. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2013 zum Beschluss eingereicht.

Grundlage für das Konzept ist das gemeinsam mit allen Akteuren erarbeitete Zielbild „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“. Das Konzept differenziert zwischen infrastrukturnahen Leistungsbereichen des Facility-Managements und Projektmanagements sowie den koordinierenden bzw. kulturnahen Leistungsbereichen des Kulturmanagements.

Die Landeshauptstadt beabsichtigt, die Leistungen des Kulturmanagements extern auszuschreiben. Die Dienstleistungen des Facility-Managements und Projektmanagements sollen ab dem 01. Januar 2014 von der ProPotsdam GmbH wahrgenommen werden (nach erfolgter Inhouse-Vergabe). Sie dienen der Umsetzung des Zielbildes.

Im Interesse einer einheitlichen Immobilienbewirtschaftung am Standort Schiffbauergasse wird angestrebt, dass auch die bisher vom KIS im Auftrag der Sanierungsträger Potsdam GmbH verwalteten Gewerbeobjekte durch die ProPotsdam GmbH verwaltet werden. Dazu zählt u.a. das Facility-Management für die folgenden kulturellen Gebäude und Freiflächen in der Schiffbauergasse: Pferdestall Ost 2 (tlw.), Pferdestall Süd 1, Aktionshalle/Foyer, Waschhaus, Quergebäude/Kunstraum, Offizze (tlw.), Maschinenhalle sowie die zum ZKS gehörenden, nicht öffentlich oder als öffentliches Straßenland gewidmeten Flächen und Freianlagen. Dafür muss der Verwaltervertrag zwischen LHP, Geschäftsbereich 2 und KIS in beiderseitigem Einverständnis aufgehoben werden. Dieses zentrale Facility-Management hat damit nicht nur die Objekte des städtischen Eigentums zum Gegenstand, sondern auch die zum Treuhandvermögen gehörenden.

Neben dem Facility-Management erbringt die ProPotsdam GmbH für das Kulturmanagement unterstützend Dienstleistungen, welche der Umsetzung des Zielbildes „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ dienen (Projektmanagement). Dienstleistungen aus den Bereichen der Projektkoordination (Sitzungsmanagement, Koordination Flächenzuteilungen bei Veranstaltungen, u. a.), des Projektcontrollings (Entwicklung von Kennzahlen, u.a.) und der Infrastrukturentwicklung (Konzepterarbeitung für geplante Investitionen, u. a.) werden durch die ProPotsdam GmbH ebenfalls wahrgenommen.

Grundlage für die Erbringung der Facility-Management- und Projektmanagement-Dienstleistungen ist ein zwischen der LHP und der ProPotsdam GmbH zu schließender Vertrag (Inhouse-Vergabe).

Anlagen:

Anlage 1 - Vertrag über die Erbringung von Facility-Management- und Projektmanagement-Dienstleistungen in der Schiffbauergasse

Anlage 2 - Finanzielle Auswirkungen

**Vertrag
über die Erbringung von Facility-Management- und Projektmanagement-
Dienstleistungen in der Schiffbauergasse**

Die Landeshauptstadt Potsdam
vertreten durch den Oberbürgermeister
Herrn Jann Jakobs
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

- nachstehend „Stadt“ genannt -

und

die ProPotsdam GmbH
vertreten durch die Geschäftsführer
Herrn Horst Müller-Zinsius, Herrn Jörn-Michael Westphal und Herrn Bert Nicke
Pappelallee 4
14469 Potsdam

- nachstehend „ProPotsdam“ genannt -

schließen folgenden Vertrag:

Präambel

Die Stadt hat unter Inanspruchnahme von Fördermitteln der Europäischen Union, der Bundesrepublik und des Landes Brandenburg das Gebiet der „Schiffbauergasse“ zu einem integrierten Kultur- und Gewerbestandort ausgebaut, der eine über die örtliche Ausstrahlung hinausreichende überregionale Bedeutung erhalten soll.

Der Bereich der Schiffbauergasse wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.06.2002 (02/SVV/0459) als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt. Ziel der Sanierung ist die Entwicklung eines integrierten Kulturstandorts mit Theaterneubau und freien Kulturträgern sowie die Ansiedlung zukunftsweisender Gewerbe. Das „Zentrum für Kunst und Soziokultur“ (ZKS) ist durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.10.2003 (03/SVV/0722) dauerhaft für eine öffentlich kulturelle Nutzung bestimmt worden. Der Großteil der Objekte und Freiflächen im ZKS befindet sich im Eigentum der Sanierungsträger Potsdam GmbH (Treuhandvermögen). Die Sanierungsträger Potsdam GmbH hat mit der Stadt am 15.01.2008 einen Nutzen-Lastenübertragungsvertrag abgeschlossen, mit dem der Besitz an den Gebäuden und Freiflächen (Liegenschaften des ZKS) mit der postalischen Anschrift Schiffbauergasse 4 d (Kunstraum Potsdam), Schiffbauergasse 4 e (T-Werk), Schiffbauergasse 4 g (Studiohaus), Schiffbauergasse 5 (Arena mit zugehörigem Foyer), Schiffbauergasse 6 (Waschhaus) Schiffbauergasse 7 (Offizze, EG), Schiffbauergasse 6 a (Open-Air-Bühne mit Veranstaltungsplatz) sowie die gesamten im Treuhandvermögen befindlichen, zum ZKS gehörenden, nicht öffentlichen oder nicht als öffentliches Straßenland gewidmeten Freiflächen und Freianlagen auf die Stadt übergegangen sind.

Durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln erwächst für die Landeshauptstadt Potsdam im Sanierungsgebiet die Verpflichtung, die Zweckbestimmung der Fördermittel auch über den Zeitpunkt der Aufhebung der Sanierungssatzung hinaus, mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindung, zu sichern und die Betreuung des Standortes Schiffbauergasse im Allgemeinen und des ZKS im Speziellen weiter zu qualifizieren.

Die Qualifizierung des Betriebs des ZKS soll durch die Integration eines externen Standortmanagements unterstützt werden. Die ProPotsdam GmbH hat in Abstimmung mit der Stadt Potsdam ein Konzept für das Management des Integrierten Kulturstandortes Schiffbauergasse „ZKS“ vom 23.10.2013 (Anlage 1) erarbeitet und unter Nr. 2 der Beschlussvorlage 13/SVV/0707 „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ Schiffbauergasse - Konzept für das Standortmanagement der ProPotsdam GmbH in die 56. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2013 zum Beschluss eingereicht. Nach dem Verweis in den Kulturausschuss und den Hauptausschuss wird die vorbenannte Beschlussvorlage voraussichtlich in der 57. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2013 beschlossen.

Grundlage für das Konzept ist das gemeinsam mit den Akteuren erarbeitete Zielbild „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“, welches einen langfristig anzustrebenden Zustand beschreibt. Es bildet die Grundlage für die strategische Ausrichtung des Standortmanagements.

Das Konzept differenziert zwischen infrastrukturnahen Leistungsbereichen des Projektmanagements und koordinierenden bzw. kulturnahen Leistungsbereichen des Kulturmanagements. Die Stadt beabsichtigt, die Leistungen des Kulturmanagements auszuschreiben. Die Leistungen des Projektmanagements sind Inhalt dieses Vertrages und dienen der Umsetzung des Zielbildes.

Zu den Leistungen des Projektmanagements gehört unter anderem auch das Zentrale Facility Management. Dieses zentrale Facility Management hat nicht nur die Objekte des städtischen Eigentums zum Gegenstand, sondern auch die zum Treuhandvermögen „Schiffbauergasse“ gehörenden Objekte sind darin zu integrieren.

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand des Vertrags ist die Erbringung infrastrukturnaher Leistungen im Rahmen des Managements am Integrierten Kulturstandort Schiffbauergasse „ZKS“ auf der Grundlage des mit der Stadt abgestimmten Konzepts (Anlage 1) in den Handlungsfeldern:

- Projektkoordination
- Projektcontrolling/Berichtswesen
- Infrastrukturentwicklung

Das ZKS ist im beigefügten Lageplan (Anlage 2) „rot“ umrandet dargestellt. Es handelt sich im Einzelnen um die folgenden Objekte und Freiflächen:

Pferdestall Ost 1
Pferdestall Ost 2
Pferdestall Süd 1
Pferdestall Süd 2
Pferdestall Nord
Quergebäude
Schinkelhalle
Aktionshalle/Foyer
Waschhaus
Offizze
Open-Air-Bühne
Maschinenhalle
Kiosk

Freiflächen: Gemarkung Potsdam, Flur 2, Flurstück 1122, Flurstück 1123, Flurstück 1138 (Teilfläche), Flurstück 1139 (Teilfläche), Flurstück 1140 (Teilfläche), Flurstück 1144 (Teilfläche), Flurstück 1145 (Teilfläche), Flurstück 1284 (Teilfläche), 1285 (Teilfläche) sowie Gemarkung Potsdam, Flur 3, Flurstück 4 (Teilfläche), Flurstück 1/16, Flurstück 1/17 (Teilfläche)

Weiterer Gegenstand des Vertrages ist das Facility Management der derzeit im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam durch den KIS verwalteten, kulturell genutzten Objekte und Freiflächen im ZKS. Die Objekte und Freiflächen sind im beigefügten Lageplan (Anlage 2) „rot“ eingefärbt dargestellt. Es handelt es sich im Einzelnen um die folgenden Objekte und Freiflächen:

- Pferdestall Ost 2 (tlw.)
- Pferdestall Süd 1
- Aktionshalle/Foyer
- Waschhaus
- Quergebäude/Kunstraum
- Offizze (tlw.)
- Open-Air-Bühne
- Maschienenhalle
- Kiosk
- Freiflächen, die Bestandteil des am 15.01.2008 zwischen dem Sanierungsträger Potsdam (folgend STP) und der Stadt abgeschlossenen Nutzen-Lastenübertragungsvertrag sind
- Freiflächen Gemarkung Potsdam, Flur 2, Flurstück 1/17 (Teilfläche) und Flurstück 1144 (Teilfläche) (Bestandteil des Zuwendungsvertrages vom 31.01.2008 zur kulturellen Nutzung von Liegenschaften im „Zentrum für Kunst und Soziokultur“, Schiffbauergasse Potsdam zwischen der LHP und dem fabrik Potsdam e.V. bzw. Bestandteil des 1. Nachtrags zum Zuwendungsvertrages vom 31.01.2008 zur kulturellen Nutzung von Liegenschaften im „Zentrum für Kunst und Soziokultur“, Schiffbauergasse Potsdam zwischen der LHP und dem fabrik Potsdam e.V. vom 08.06.2009

- (2) Alle Leistungen und die dafür erforderlichen Maßnahmen stehen unter der Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes und vorhandenen Finanzierungsrahmens.
- (3) Die ProPotsdam ist verpflichtet, die Vorgaben der zu Gunsten der Stadt ergangenen Fördermittelbescheide zu beachten und einzuhalten. Der Inhalt und die Zweckbestimmung der Fördermittelbescheide sind der ProPotsdam bekannt. Für die auf der Grundlage des Förderprogramms „Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ ergangenen Förderbescheide besteht eine Zweckbindungsfrist von 25 Jahren. Für den auf der Grundlage des Kommunalen Kulturinvestitionsprogramms ergangenen Zuwendungsbescheids endet die Zweckbindungsfrist nach 15 Jahren. Zu Gunsten der Stadt sind die folgenden Fördermittelbescheide ergangen:
 - Bescheid vom 30.09.2004 zum Einzelvorhaben Pferdestall Ost 2 (Nr.: 05400000 119 2064) gemäß Ziffer B.3.2. des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
 - Bescheid vom 30.09.2004 zum Einzelvorhaben Pferdestall Süd 1 (Nr.: 05400000 119 2065) gemäß Ziffer B.3.2. des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
 - Bescheid vom 30.09.2004 zum Einzelvorhaben Aktionshalle/Foyer (Nr.: 05400000 119 2061 gemäß Ziffer B.3.2. des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
 - Bescheid vom 02.07.2004 zum Einzelvorhaben Waschhaus (Nr.: 05400000 119 2123) gemäß Ziffer B.3.2. des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

- Bescheid vom 30.09.2004 zum Einzelvorhaben Quergebäude/Kunstraum (Nr.: 05400000 119 2262) gemäß Ziffer B.3.2. des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 30.09.2004 zum Einzelvorhaben Offizze (Nr.: 05400000 119 2125) gemäß Ziffer B.3.2. des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 09.06.2004 zum Vorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur (Nr.: 80116849) des Förderprogramms Kommunales Kulturinvestitionsprogramm
- Bescheid vom 30.09.2004 zum Einzelvorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur, Maschinenhalle (Nr. 05400000 119 2124) gemäß Ziffer B.3.2 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen i.V.m. Änderungsbescheid vom 08.03.2007 und Widerspruchsbescheid vom 14.06.2007
- Bescheid vom 22.11.2006 zum Einzelvorhaben Freianlagen Schiffbauergasse: Schirrhof, Zufahrt, Umfahrung Schinkelhalle (Los 1B) (Nr. 05400000 119 2375) gemäß Ziffer B.5 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 22.11.2006 zum Einzelvorhaben Freianlagen Schiffbauergasse, Veranstaltungsplatz (Los 1A) (Nr. 05400000 119 2374) gemäß Ziffer B.5 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 28.11.2006 zum Einzelvorhaben Freianlagen Schiffbauergasse, Uferpark Süd (Los 2A) (Nr. 05400000 119 2376) gemäß Ziffer B.5 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 09.07.2007 zum Einzelvorhaben Freianlagen Schiffbauergasse – Öffentliche Regenentwässerung (Nr. 05400000 119 2378) gemäß Ziffer B.5 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 08.03.2007 zum Einzelvorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur, Offizze (gewerblicher Teil) (Nr. 05400000 119 2260) gemäß Ziffer B.3.1 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen i.V.m. Widerspruchsbescheid vom 05.11.2007
- Bescheid vom 12.07.2006 zum Einzelvorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur, Schinkelhalle (Nr. 05400000 119 2060) gemäß Ziffer B.3.1 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 25.07.2006 zum Einzelvorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur, Pferdestall Ost 2 (Gewerbe) (Nr. 05400000 119 2061) gemäß Ziffer B.3.1 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen i.V.m. Widerspruchsbescheid vom 05.11.2007
- Bescheid vom 12.07.2006 zum Einzelvorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur, Pferdestall Süd 2 (Nr. 05400000 119 2066) gemäß Ziffer B.3.1 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen i.V.m. Widerspruchsbescheid vom 05.11.2007
- Bescheid vom 24.07.2006 zum Einzelvorhaben Zentrum für Kunst und Soziokultur, Pferdestall Nord/Ost 1 (Nr. 05400000 119 2063) gemäß Ziffer B.3.1 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen i.V.m. Widerspruchsbescheid vom 05.11.2007
- Bescheid vom 13.11.2007 zum Einzelvorhaben Freianlagen Schiffbauergasse: Technische Außenanlagen (Nr. 05400000 119 2377) gemäß Ziffer B.3.1 des Förderprogramms Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
- Bescheid vom 05.12.2008 zum Einzelvorhaben Schiffbauergasse: Erschließung und erste Maßnahmen zur Freiflächengestaltung (Antrags-Nr. 801 055 39) des Förderprogramms Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen

- Bescheid vom 29.05.2008 zum Einzelvorhaben Verbesserung der Bühnensituation und der Veranstaltungslogistik im Waschhaus Potsdam (Antrags-Nr. 801 330 81) des Kommunalen Kulturinvestitionsprogramms
- Bescheid vom 28.01.2008 zum Einzelvorhaben Uferradwanderweg, Anlegestelle Schiffbauergasse (Antrags-Nr. 801 199 75) der GA-Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur

§ 2 Leistungsinhalt

(1) Die ProPotsdam erbringt für die in § 1 Abs. 1 genannten Objekte und Einrichtungen folgende Leistungen, welche der Umsetzung des Leitbildes dienen:

1. Projektkoordination

- Strukturierung und Zuordnung der Nutzungsmöglichkeiten in den Gebäuden und auf den Freiflächen unter Berücksichtigung der Zweckbindung und in Absprache mit den Leistungsbereichen der Sanierungsträger Potsdam GmbH Treuhänder der Stadt, der GEWOBA WVP, der ProPotsdamFM GmbH
- Koordination der Flächenzuteilung zur Realisierung standortübergreifender Projekte in Zusammenarbeit mit dem Kulturmanagement
- Konzepterarbeitung zur Standortsicherung
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung der Sitzungen des Standortmanagementteams
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung der Informationsveranstaltungen der Anlieger Schiffbauergasse
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung der Sitzungen des Strategischen Beirats
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung von Arbeitsgruppensitzungen zu Schwerpunktthemen (wie zum Beispiel Aufenthaltsqualität)

2. Projektcontrolling/Berichtswesen

- Implementierung eines standardisierten Berichtswesens mit festgelegten Kennzahlen für die Stadt, das Koordinationsteam und den Strategischen Beirats
- Monitoring der Vertragserfüllung von Kulturmanagement und Projektmanagement vor dem Hintergrund der Umsetzung des Leitbilds durch termingerechte Erstellung der regelmäßigen Berichte
- Controllingberichte über Budgetstatus und wesentliche Kennzahlen des Standortmarketings auf Basis der vom Kulturmanagement bereitgestellten Daten

3. Infrastrukturentwicklung

- Wahrnehmung der koordinierenden Schnittstellenfunktion zu den beauftragten Funktionen der Sanierungsträger Potsdam GmbH Treuhänder der Stadt in Bezug auf die Weiterentwicklung der einzelnen Immobilien und Außenflächen und deren Ausstattungen
- Konzepterarbeitung für geplante Investitionsmaßnahmen
- Unterstützung der Stadt bei erforderlichen Abstimmungen mit den Fördergebern, soweit damit nicht bereits der STP gemäß Treuhändervertrag vom 12.09.2002 beauftragt ist.

4. Facility-Management:

Technisches Facility-Management

- Gewährleistung des ganzjährigen Betriebs der Einrichtungen
- Annahme und Bearbeitung von Mängel- und Schadensmeldungen

- Objektbegehungen zur Prüfung auf Mängel/Schäden
- Prüfung von Mängeln auf Gewährleistungsansprüche
- Ermittlung des jährlichen Instandhaltungs-/Instandsetzungsbedarfs
- Beauftragung von Fachfirmen zur Mängel-/Schadenbeseitigung (Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen) – eine Beauftragung von Leistungen innerhalb des Konzerns ProPotsdam ist nicht ausgeschlossen
- Planung, Beauftragung, Koordination und Kontrolle eines Dienstleisters für die teilweise Abnahme und Überwachung beauftragter Leistungen, die Durchführung kleinerer Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie als Ansprechpartner vor Ort (Hausmeisterdienst)
- Überprüfung und Abnahme der Leistungen zur Mängel-/Schadenbeseitigung
- Beauftragung von Dritten zur Prüfung und Wartung technischer Anlagen, insbes. durch Abschluss und Verwaltung von Wartungsverträgen
- Stichprobenweise Kontrolle von beauftragten Wartungsleistungen
- Überwachung und Einhaltung der Verkehrssicherheit technischer und baulicher Anlagen

Kaufmännisches Facility-Management

- Anbahnung und Verwaltung von Nutzungsverträgen, insbes. die Besichtigung, Vermietung, Verpachtung beziehungsweise sonstige Nutzungsüberlassung der Immobilienobjekte unter Berücksichtigung der Nutzungsbindung zu Gunsten der Stadt sowie die Änderung und Beendigung von Nutzungsverträgen
- Abstimmung von Erklärungen mit Eigentümern und Standortmanagement (Schnittstellenfunktion)
- Abschluss aller für den Betrieb erforderlichen Ver- und Entsorgungsverträge
- Betriebskostenabrechnung (erstmalig für 2014)
- Mietbuchhaltung und Forderungsmanagement bis zur Titulierung von Ansprüchen
- Kautionsverwaltung (ggf. durch Dritte)
- Abschluss der Gebäudeversicherung und die Überprüfung aller die Versicherung betreffenden Pflichten und Obliegenheiten des jeweiligen Kulturträgers
- Planung und Organisation von Dritten zur Durchführung der Verkehrssicherung und Anliegerpflichten sowie stichprobenweise Kontrolle der beauftragten Leistungen
- Unterstützung der Stadt bei erforderlichen Abstimmungen mit den Fördergebern
- Überprüfung der Einhaltung der Auflagen aus den Förderbescheiden

FM-Rechnungswesen

- Kaufmännische Prüfung von Rechnungen für beauftragte Leistungen, Betriebskosten und Gebührenbescheiden auf rechnerische und inhaltliche Richtigkeit
- Erfassung, Durchführung und Überwachung von Zahlläufen
- Führen der Bankkonten im Rahmen der Bewirtschaftung

- (2) Soweit ProPotsdam sich zur Erfüllung ihrer Leistungen Dritter bedient, hat sie alle allgemeingültigen vergaberechtlichen Vorschriften einzuhalten.

§ 3

Aufwands- und Ertragsverwaltung

Die ProPotsdam verwaltet sämtliche von ihr für die Stadt getätigten Erträge und Aufwendungen getrennt von ihren sonstigen Vermögen. Die ProPotsdam wird gegenüber der Stadt jeweils zum 30. Juni eines jeden Jahres für das Kalender Vorjahr eine Abrechnung erteilen.

§ 4 Finanzielle Ausstattung

- (1) Die Stadt stellt der ProPotsdam ein Sachkostenbudget für laufende Instandhaltung in Höhe von 121.000 € brutto pro Jahr und ein Budget für sonstige Aufwendungen, zum Beispiel für Betriebskosten, Sicherheitsdienste oder Graffitienschutz in Höhe von 128.000 € brutto pro Jahr zur Verfügung. Aufwendungen für die Beseitigung unterlassener Instandhaltungen oder Instandsetzungen sowie für nicht planbare Aufwendungen sind in dem Budget nicht enthalten und durch die Stadt zusätzlich zu tragen. Etwaige Anforderungen sind der Stadt anzuzeigen. Ein Ausgleich von Mehrbedarfen innerhalb des Budgets ist anzustreben.
- (2) Die Mittelbereitstellung erfolgt in einem Betrag zu Beginn eines Jahres. Die Stadt stellt der ProPotsdam das Budget auf einem zu benennenden treuhänderisch geführten Konto zur Verfügung. Die ProPotsdam ist berechtigt, alle im Rahmen der Bewirtschaftung anfallenden Erträge für die Stadt geltend zu machen und auf einem treuhänderisch verwalteten Konto zu vereinnahmen.
- (3) Sollten ungeplante Mehraufwendungen zur sofortigen Gefahrenabwehr erforderlich sein, beabsichtigt die Stadt, sofern zwingend erforderlich, Mittel zu deren Durchführung gegen den Nachweis der Gefahrenlage unverzüglich bereitzustellen. Die Mehraufwendungen sind der Stadt anzuzeigen. Ein Ausgleich von Mehrbedarfen innerhalb des Budgets ist anzustreben.
Bis zur Mittelbereitstellung wird die ProPotsdam die gefährdeten Bereiche stilllegen oder auf die Durchführung geplanter, nicht sicherheitsrelevanter Maßnahmen verzichten. Sofern dies nicht möglich ist oder seitens der Stadt untersagt wird, stellt die Stadt die ProPotsdam insoweit von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag und von der Haftung frei.
- (4) Sofern sich über die Gefahrenabwehr hinaus aufgrund unvorhersehbarer Umstände im laufenden Wirtschaftsjahr ein Mehrbedarf ergibt, ist dieser Mehrbedarf von der ProPotsdam begründet bei der Stadt zu beantragen. Es sind Vorschläge unter Beifügung einer Darstellung der Auswirkungen auf den laufenden Betrieb zu unterbreiten. In den Vorschlägen sind die den Mehrbedarf verursachenden Maßnahmen im Vergleich zu den im Wirtschaftsplan dargestellten Leistungen zu priorisieren, Auswirkungen eines möglichen Verzichts auf Durchführung ursprünglich geplanter Maßnahmen zu Gunsten der Mehrbedarfsmaßnahmen sind aufzuzeigen.
- (5) Nicht verbrauchte Budgets können längstens bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres übertragen werden (§ 24 (1) KomHKV).

§ 5 Vergütung

Für ihre Leistungen erhält die ProPotsdam ein Entgelt, das vierteljährlich im Voraus gezahlt wird. Das Entgelt setzt sich zusammen aus den Personalkosten für das Projektmanagement sowie dem Verwalterentgelt und beträgt zurzeit entsprechend der Kalkulation der Kosten für das Jahr 2014 insgesamt 178.000 € brutto, für das Jahr 2015 insgesamt 181.600 € brutto, für das Jahr 2016 insgesamt 185.200 € brutto, für das Jahr 2017 insgesamt 188.900 € brutto und für das Jahr 2018 insgesamt 192.700 € brutto. Die Kalkulation der Kosten ist wesentlicher Bestandteil des Konzepts für das Standortmanagement (Anlage 1).

§ 6 Leistungen der Stadt

- (1) Die Stadt wird der ProPotsdam alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben aus diesem Vertrag erforderlichen Auskünfte unverzüglich erteilen.
- (2) Von richtungsweisenden Entscheidungen innerhalb der Stadtverwaltung beziehungsweise Entscheidungen der städtischen Gremien wird sie die ProPotsdam unverzüglich informieren.
- (3) Bei den Beträgen der finanziellen Ausstattung nach § 4 und der Vergütung nach § 5 ab dem Jahr 2015 handelt es sich um Haushaltsansätze, welche erst nach Beschluss und Bekanntmachung der Haushalts-Satzung ihre Rechtskräftigkeit erhalten. Daher stehen die Erträge und Aufwendungen unter Haushaltsvorbehalt. Für den Fall, dass die Haushalts-Satzung nicht wie geplant beschlossen und bekanntgegeben wird, besteht ein Sonderkündigungsrecht der Parteien. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate.

§ 7 Laufzeit/Kündigung des Vertrages

- (1) Der Vertrag wird, unter Vorbehalt der Beschlussfassung des Hauptausschusses der Stadt Potsdam am 11.12.2013, mit Wirkung ab dem 01.01.2014 wirksam. Der Vertrag endet nach vier Jahren zum 31.12.2017. Er verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, sofern nicht eine der Vertragsparteien 12 Monate vor Ablauf widerspricht.
- (2) Das Recht auf außerordentliche Kündigung bleibt unberührt. Jede Art der Kündigung bedarf der Schriftform.
- (3) Bei Beendigung der Tätigkeit hat ProPotsdam das vollständige und mit ihrer Tätigkeit zusammenhängende Aktenmaterial und sämtliche sonstigen Unterlagen an die Stadt oder einen von dieser benannten Dritten herauszugeben. Der ProPotsdam steht kein Zurückbehaltungsrecht zu. ProPotsdam wird auf Verlangen der Stadt eine Versicherung abgegeben, dass sich keine Unterlagen mehr gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 in ihrem Besitz befinden.

§ 8 Ausgleichsklausel

- (1) Die Vertragsparteien werden den Vertrag auf seinen Regelungsgehalt regelmäßig überprüfen. Sollten Änderungen und/oder Ergänzungen notwendig sein, werden die Vertragsparteien unverzüglich in Verhandlungen treten und eine Anpassung des Vertrags vornehmen.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages nicht rechtswirksam sein, verpflichten sich die Vertragsparteien durch Vereinbarung, diese Bestimmungen durch gleichwertige gültige Regelungen zu ersetzen.
- (3) Sollten bei der Durchführung des Vertrages ergänzende Bestimmungen notwendig werden, so sind die Vertragsparteien verpflichtet, die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.
- (4) Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.

- (5) Änderungen und Ergänzungen sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

Potsdam,

Potsdam,

Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister
Jann Jakobs

ProPotsdam GmbH
Geschäftsführer
Horst Müller-Zinsius

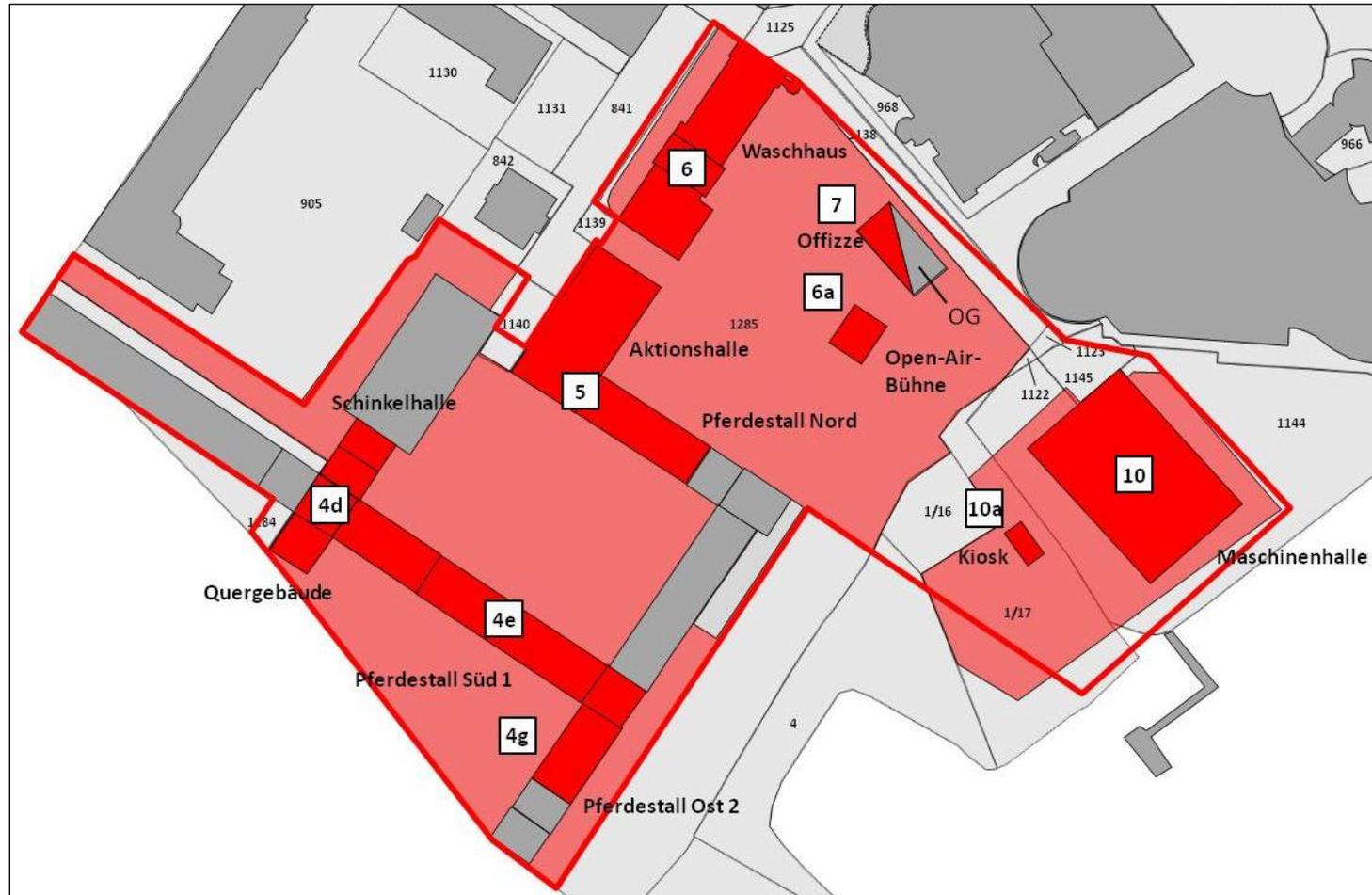
Landeshauptstadt Potsdam
Beigeordnete für Bildung,
Kultur und Sport
Dr. Iris Jana Magdowski

ProPotsdam GmbH
Geschäftsführer
Jörn-Michael Westphal

ProPotsdam GmbH
Geschäftsführer
Bert Nicke

Anlagen:
Konzept für das Standortmanagement (Anlage 1)
Lageplan (Anlage 2)

Anlage 2 zum Vertrag über die Erbringung von Projektmanagementdienstleistungen - Zu bewirtschaftende Objekte und Freiflächen im Auftrag der LHP -



-  Gebäude
-  Freifläche
-  Grenze „Zentrum für Kunst und Soziokultur“ (ZKS)

Finanzielle Auswirkungen

I. Standortmanagement ZKS Schiffbauergasse

Pos.	Jahr	2014	2015	2016	2017
1.	Leitungsfunktion des Standortmanagementteams, Standortmanagement-marketing- und Veranstaltungskonzepte, Fördermittel/Fundraising, Stakeholderdialog, Akquise (Internationaler) Kulturträger	56.300	75.000	76.500	78.000
2.	Veranstaltungsmanagement / Buchungsservice Budget für Veranstaltungen (Stadt für eine Nacht u.a.) Inklusive Budget der Veranstaltungen der LHP	192.500	231.400	245.600	260.900
3.	Anwerbung Kunst-/Kultur-Träger (temporär / langfristig)	25.000	50.000	51.000	52.000
4.	Standortmarketing Inklusive Marketingbudget, CI/CD-Umsetzung	171.000	241.100	257.200	274.700
	Budget Kulturmanagement	444.800	597.500	630.300	665.600
5.	Bewirtschaftung Technikinventar	45.900	48.200	50.600	50.600
6.	Projektmanagement/Facility Management durch ProPotsdam GmbH	427.000	430.600	434.200	437.900
7.	Schnittstellencontrolling LHP	51.200	54.000	56.500	57.300
	Gesamtbudget	968.900	1.130.300	1.171.600	1.211.400

II. Haushaltsplanung LHP

Budget Standortmarketing Schiffbauergasse (Produkt 2840500) Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.033.100	1.059.900	1.035.600	1.042.600
SUMME Haushaltsplanung LHP	1.033.100	1.059.900	1.035.600	1.042.600

Kontrollrechnung (Teilhaushalt 2840500 Standortmarketing Schiffbauergasse)

2840500.4161000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	63.100	63.000	62.200	62.000
Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	63.100	63.000	62.200	62.000
2840500.50 (Personal)	51.200	54.000	56.500	57.300
2840500.5222900 (Unterhaltung Geräte)	45.900	48.200	50.600	53.000
2840500.5231500 (Mieten an KIS)	219.000	219.000	219.000	219.000
2840500.5231600 (Betriebskosten an KIS)	128.000	128.000	128.000	128.000
2840500.5271500 (Aufwendungen Infomaterial)	126.900	156.200	145.400	160.000
2840500.5291100 (Aufwendungen sonst. Dienstleistungen)	20.000			
2840500.5315000 (Zuschüsse an verbundene Unternehmen)	335.800	348.600	309.600	302.000
2840500.5315990 Auflösung ARAP Zuwendungen an Planabschreibungen Neuinvestitionen			2.200	4.300
2840500.5318100 (Zuschüsse freie Träger und Vereine)	35.000	35.000	35.000	50.000
2840500.5711000 (Abschreibungen)	71.300	70.900	69.300	69.000
Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.033.100	1.059.900	1.035.600	1.042.600
2840500.5811600 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.200	2.200	2.200	2.200
Gesamtergebnis Teilhaushalt	-972.200	-999.100	-975.600	-982.800

zur Verfügung stehendes Budget für Kultur- und Standortmanagement	881.800	989.000	964.100	969.300
<i>in 2014 abzüglich 80.000 € für Hans-Otto-Theater gGmbH</i>				

davon:

Budget Kulturmanagement	357.700	456.200	422.800	423.500
Bewirtschaftung Technikinventar	45.900	48.200	50.600	50.600
Schnittstellencontrolling LHP	51.200	54.000	56.500	57.300

Differenz zur Kostenkalkulation von Pro Potsdam GmbH	87.100	141.300	207.500	242.100
---	---------------	----------------	----------------	----------------

Der zusätzliche Mittelbedarf soll durch Erträge des Kulturmanagements gedeckt werden, die nicht planbar sind. Die Erträge werden mit einem Haushaltsvermerk gewidmet und berechtigen nach § 23 Abs. 4 KomHKV zu Mehraufwendungen für die Erfüllung der Aufgaben des Kulturmanagements in gleicher Höhe. Damit ist sichergestellt, dass das in der aktuell gültigen Haushaltsplanung bis 2017 verankerte jährliche Zuschussbudget für die Schiffbauergasse nicht überschritten wird. Für 2014 sind die zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.



Internationales Kunstquartier & Publikumsmagnet Schiffbauergasse

Konzept für das Standortmanagement und Leistungsbeschreibung der ProPotsdam GmbH für

- Projektkoordination
- Projektcontrolling/Berichtswesen
- Facility Management
- Infrastrukturentwicklung

Erstellt durch:

ProPotsdam GmbH, Pappelallee 4, 14469 Potsdam

Potsdam, 23.10.2013

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung/Ausgangssituation	3
2. Zielbild.....	4
3. Betreiberkonzept	7
3.1 Grundsätzliche Prämissen.....	7
3.2 Organisationsmodell.....	8
3.3 Projektmanagement	11
3.3.1 Projektkoordination.....	11
3.3.2 Projektcontrolling/ Berichtswesen	11
3.3.3 Facility Management	11
3.3.4 Infrastrukturentwicklung.....	12
3.4 Kulturmanagement.....	12
4. Kostenkalkuation.....	13
5. Zeitliche Umsetzung.....	14

Anlagen

Anlage 1	Ausgangssituation
Anlage 2	Ausführungen zur Szenario-Technik
Anlage 3	Erforderliche Rahmenbedingungen und Handlungsansätze
Anlage 4	Leistungen Kulturmanagement
Anlage 5	Erläuterungen zur Kalkulation

1. Einleitung/Ausgangssituation

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) vom 6. Mai 2009 zur Vorlage 09/SVV/0171 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, die Grundlagen für die Durchführung eines effizienten Managements und Marketings für die Schiffbauergasse zu sichern.

Als Basis für eine Ausschreibung des Managements und Marketings für die Schiffbauergasse wurde die Firma AWC AG von der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Jahr 2009 beauftragt, ein Konzept für die Bereiche Standortmanagement, Standortentwicklung und strategisches Marketing für die Schiffbauergasse zu entwickeln. Anhand des entwickelten Konzeptes führte die LHP eine europaweite Ausschreibung zur Vergabe von „Marketing- und Managementleistungen für den Integrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse in der Landeshauptstadt Potsdam“ durch.

Eine zwischenzeitlich durchgeführte Evaluierung der Arbeit des bisherigen Betreibers des „Waschhaus“, der Waschhaus gGmbH, führte dazu, dass die LHP prüfte, ob und inwieweit der Betrieb des „Waschhaus“ auch zum Gegenstand der auszuschreibenden Management- und Marketingaufgaben für die Schiffbauergasse gemacht werden kann. Vor dem Hintergrund dessen wurde die europaweite Ausschreibung mit Beschluss der SVV vom 02.05.2012 zur Vorlage 12/SVV/0289 aufgehoben.

Die Notwendigkeit eines effektiven, effizienten und nachhaltigen Standortmanagements für die Schiffbauergasse bestand nach wie vor. In einem gemeinsamen Termin am 23.05.2013 mit dem Oberbürgermeister Herrn Jakobs, dem Geschäftsbereich 2, der ProPotsdam GmbH (Herrn Westphal) und Vertretern der in der Schiffbauergasse ansässigen Kulturträger hat man sich darauf verständigt, einen Szenarioworkshop zur Strategischen Zielfindung als Grundlage und zur Vorbereitung des zukünftigen Standortmanagements durchzuführen. Mit der Vorbereitung und Durchführung des Szenariowshops sowie der Erbringung vorbereitender Leistungen zur Übernahme des Standortmanagements wurde die ProPotsdam GmbH durch die LHP beauftragt.

Auf Grundlage dieser Beauftragung wurde die UNITY AG durch die ProPotsdam mit der Durchführung einer dreitägigen Szenario-Workshopreihe zur „Zukunft der Schiffbauergasse“ betraut. Die Workshopreihe wurde unter Beteiligung von Vertretern des MWFK, des MIL, der LHP, der am Standort Schiffbauergasse ansässigen Kulturträger, des Theaterschiff e.V., kulturbezogener Organisationen, der Bundesstiftung Baukultur, Gewerbetreibender sowie der ProPotsdam in zwei Teilen im Zeitraum 22. August – 10. September 2013 am Standort Schiffbauergasse durchgeführt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die wesentlichen Einflussfaktoren im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Schiffbauergasse identifiziert und unterschiedliche Zukunftsszenarien entwickelt und beschrieben. Im Ergebnis des Workshops haben sich die Beteiligten auf ein gemeinsames Zukunftsszenario und somit auf ein gemeinsames Zielbild für die zukünftige Entwicklung der Schiffbauergasse verständigt. Demnach soll der Standort Schiffbauergasse zu einem **„Internationalen Kunstquartier und Publikumsmagneten“** entwickelt werden.

Hinsichtlich der Ausgangsbedingungen bzw. der derzeitigen Rahmenbedingungen unter denen diese Entwicklung verlaufen soll, sind weiterführende Informationen in der Anlage 1 nachzulesen.

Im Folgenden wird das, im Workshop erarbeitete und durch die Beteiligten präferierte, Zielbild vorgestellt und aufgezeigt, welche Rahmenbedingungen es zur Erreichung desselben bedarf.

Anschließend wird, aufbauend auf eine kurze Ausführung hinsichtlich der grundsätzlichen Prämissen für die erfolgreiche Tätigkeit unseres Konzeptes für das zukünftige Standortmanagement, die angestrebte Organisationsstruktur vorgestellt und die jeweiligen Organisationseinheiten hinsichtlich ihrer Aufgaben ausführlich beschrieben.

Abschließend werden die, für die im Rahmen des Projektmanagements durch die ProPotsdam GmbH zu erbringenden Leistungen, kalkulierten Kosten in einer Kostenkalkulation dargestellt und ein kurzer Ausblick auf die zeitliche Umsetzung des Standortmanagements gegeben.

Eine Kostenkalkulation zum Kulturmanagement ist in Anlage 4 „Leistungen Kulturmanagement“ einzusehen.

2. Zielbild

Einleitend zum Zielbild bedarf es einer kurzen Ausführung hinsichtlich der Methodik der Szenario-Technik¹. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Einflussfaktoren bzw. Rahmenbedingungen die Entwicklung des Standortes Schiffbauergasse am stärksten beeinflussen. Insgesamt wurden durch die Teilnehmer des Workshops 12 sogenannte Schlüsselfaktoren definiert. Unter der Annahme, dass die Schlüsselfaktoren bzw. die Rahmenbedingungen veränderbar sind und damit in der Zukunft unterschiedliche Ausprägungen annehmen können, wurden für jeden Schlüsselfaktor mögliche zukünftige Entwicklungen aufgezeigt und beschrieben. Im Ergebnis führte dies durchschnittlich zu jeweils vier denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten, auch Projektionen genannt, je Schlüsselfaktor. Die Projektionen jedes einzelnen Schlüsselfaktors wurden mit den Projektionen der anderen Schlüsselfaktoren im Rahmen einer Bewertungsmatrix gegenübergestellt und definiert, inwieweit ihr gleichzeitiges Eintreten in der Zukunft plausibel ist oder nicht.

Im Ergebnis der Plausibilitätsprüfung der einzelnen Projektionen untereinander wurden drei mögliche Szenarien entwickelt, die sich hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Abweichung von der derzeitigen Situation am Standort Schiffbauergasse zum Teil deutlich voneinander unterscheiden. Jedes der Szenarien birgt unterschiedliche Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung des Standortes Schiffbauergasse und bedarf einer individuellen strategischen Herangehensweise.

Im Ergebnis der Szenario-Workshopreihe haben sich die Teilnehmer mehrheitlich für das Zielbild bzw. die Entwicklung des Standortes Schiffbauergasse zu einem **„Internationalen Kunstquartier & Publikumsmagneten“** ausgesprochen, an dem sowohl profilstärkende Kulturproduktionen mit überregionaler Bedeutung, als auch Publikums-steigernde Angebote angeboten werden.

¹ Weiterführende Informationen zu Szenario-Technik entnehmen Sie bitte der Anlage 2.

An dieser Stelle soll hervor gehoben werden, dass es sich bei dem im Szenario-Workshop entwickelten Zielbild „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ um eine Vision handelt. Sie beschreibt einen langfristig anzustrebenden Zustand der Schiffbauergasse und bildet die Grundlage für die strategische Ausrichtung des Standortmanagements.

Dieses Zielbild ersetzt nicht die wörtliche Nennung „Schiffbauergasse – Das Erlebnisquartier in Potsdam“, stellt es allerdings in Frage. Inwieweit die Verwendung der wörtlichen Nennung weiter zu führen ist, wenn das Zielbild den Kerngedanken eines internationalen Kunstquartiers inne hält, ist vom künftigen Kulturmanagement zu erörtern.

Die Realisierung dieses Zielbildes setzt jedoch voraus, dass sich die den Standort beeinflussenden Rahmenbedingungen² im Sinne des Zielbildes verändern bzw. positiv beeinflussen lassen.

Zusammengefasst lassen sich die dem Zielbild zugrunde liegenden Rahmenbedingungen wie folgt beschreiben:

Das verfolgte Zielbild unterstellt, dass die mit einem öffentlichen Auftrag verbundene Förderung für den Standort relativ hoch ist. Hierfür bedarf es jedoch eines klaren und anhaltenden Bekenntnisses der Politik zur Schiffbauergasse als „**Internationales Kunstquartier & Publikumsmagneten**“, das sich u.a. in einer intensiven und zielgerichteten (i.S.v. Leitbild) Unterstützung des Standortes, des Standortmanagements und der Akteure am Standort widerspiegelt. Weiterhin bedarf es der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen zur Optimierung des baulichen Bestandes und zur Realisierung zusätzlicher Neubauten im Rahmen einer etwaigen Nachverdichtung des Standortes. Ergänzt durch aus Infrastrukturförderung finanzierten Maßnahmen auf den Freiflächen der Schiffbauergasse muss die Aufenthaltsqualität für die Besucher des Standortes deutlich gesteigert werden. Seitens der Kulturträger bedarf es der Gewährleistung eines differenzierten Angebotes an kulturellen und künstlerischen Veranstaltungen mit hoher künstlerischer Qualität und Strahlkraft. Dabei gilt es Angebote mit hoher Zugänglichkeit und hoher Popularität durch tendenziell eher avantgardistisch ausgerichtete Angebote zu ergänzen, um die Profilierung des Standortes gemäß dem Zielbild „**Internationales Kunstquartier & Publikumsmagnet**“ zu schärfen.

Aus der kontinuierlichen Entwicklung der Schiffbauergasse gemäß dem Zielbild ergäben sich sowohl für den Standort als auch für die Landeshauptstadt Potsdam zahlreiche Chancen. Zu benennen wären u.a.:

- Festigung des Images des Standortes als „Kunst- & Kreativquartier“ und damit Etablierung einer zeitgenössischen Ergänzung zu den zahlreichen historischen Sehenswürdigkeiten der Stadt Potsdam
- Sicherung des Standortes als wichtiger kultureller und städtebaulicher Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität in der wachsenden Stadt

²Ausführliche Informationen zu den vorausgesetzten Rahmenbedingungen finden Sie in der Anlage 3.

- Europäische Positionierung des Standortes Schiffbauergasse und Imagegewinn für die LHP

Um diese Chancen zu nutzen, bedarf es, neben dem klaren Bekenntnis der Akteure zum Zielbild, der Implementierung eines effektiven und effizienten Standortmanagements, das die nachhaltige Entwicklung der Schiffbauergasse unter der Prämisse des Zielbildes steuert und vorantreibt.

3. Betreiberkonzept

Unter Beachtung der am Standort heute existenten Rahmenbedingungen und des avisierten Zielbildes hat die ProPotsdam GmbH ein Konzept für das Standortmanagement Schiffbauergasse erarbeitet, welches neben Informations- und strategischen Steuerungsgremien im Wesentlichen aus zwei hauptsächlichen operativ-tätigen Handlungsfeldern besteht.

Die Handlungsfelder lassen sich wie folgt stichpunktartig zusammenfassen:

- **Projektmanagement (Infrastrukturmanagement)**
 - Projektkoordination
 - Projektcontrolling/Berichtswesen
 - Facility Management
 - Mitwirkung bei Gewerbe- und Infrastrukturentwicklung

- **Kulturmanagement**
 - Wahrnehmung der Leitungsfunktion des Standortmanagement-Teams
 - Veranstaltungskoordination und -management
 - Standortmarketing
 - Anwerbung von Kunst-/Kultur-Trägern (temporärer/langfristiger) sowie kunstaffinem Gewerbe/Dienstleistungen

3.1 Grundsätzliche Prämissen

Wie bereits zuvor dargestellt, bedarf die Entwicklung des Standortes Schiffbauergasse zu einem „**Internationalen Kunstquartier & Publikumsmagneten**“ eines klaren Bekenntnisses zum Zielbild und der kooperativen Mitwirkung aller Beteiligten.

Dieses Bekenntnis sollte sich auch in der Langfristigkeit der im Rahmen der Implementierung eines externen Standortmanagements abgeschlossenen Verträge widerspiegeln. Die ProPotsdam erachtet eine Vertragslaufzeit von mind. 4 Jahren als zielführend. Die Empfehlung hinsichtlich der Vertragslaufzeit bezieht sich gleichermaßen auf den Abschluss von Verträgen zwischen der ProPotsdam und der LHP im Rahmen der avisierten Inhouse-Vergabe über die Leistungen des Projektmanagements als auch auf die durch die LHP öffentlich auszuschreibenden Leistungen des Kulturmanagements.

Darüber hinaus bedarf es im Rahmen der inhaltlichen Gestaltung der Verträge eindeutiger und anhand von Kennzahlen bewertbarer und realistischer Zielvereinbarungen. Zusätzlich besteht die Notwendigkeit einer klaren Zuordnung von Verantwortlichkeiten und Entscheidungskompetenzen, um operative Entscheidungen schnell herbeiführen zu können.

Um das Zielbild zu realisieren, sind gemeinsam mit den Akteuren der Schiffbauergasse profilschärfende kulturelle Programmpunkte sowie zusätzliche besucherzahlensteigernde und aufenthaltsverlängernde Angebote zu etablieren. Dem Charakter der Kooperation zwischen den Akteuren und dem Standortmanagement kommt eine besonders hohe Bedeutung zu.

3.2 Organisationsmodell

Die stichpunktartige Auflistung der Handlungsfelder unter Punkt 3 macht deutlich, dass das Standortmanagement kein homogenes Aufgabenfeld ist, sondern dass es sich um ein äußerst breit gefächertes, interdisziplinäres Aufgabenspektrum mit jeweils hohen Anforderungen an die Qualifikation und Professionalität der beauftragten Dienstleister handelt. Die Schiffbauergasse in Potsdam wurde als Zentrum und Knotenpunkt für Kulturanbieter verschiedenster Art und innovativ-kreativ ausgerichtetes Gewerbe geschaffen. Aufgrund der manigfaltigen Interessenlage der Anrainer ist eine gezielte Koordination der Angebote und der Nutzung der Flächen zwischen den Anbietern und der Ausbau verschiedener Kooperationen der Akteure unabdingbar. Daher ist es zweckmäßig, mit einem Partner, im Folgenden als Dritter bezeichnet, zusammenzuarbeiten, der über umfangreiche Erfahrungen im kulturellen Bereich verfügt.

Das Konzept der ProPotsdam sieht vor, dass das Projektmanagement und Leistungen des infrastrukturellen Facility Managements durch die ProPotsdam erbracht werden.

Die koordinierenden bzw. Kultur-bezogenen Aufgaben des Standortmanagements sollen durch einen Dritten wahrgenommen werden. Diese Teilaufgaben sind vom Geschäftsbereich 2 der Landeshauptstadt Potsdam direkt zu beauftragen.

Ausgehend vom AWC-Gutachten, dem Zielbild, dem darauf zugeschnittenen Organisationskonzept der ProPotsdam und der darauf basierenden SVV-Vorlage bildet der entsprechende Beschluss die Handlungsgrundlage der Verwaltung und die Vertragsgrundlage für das Standortmanagement, bestehend aus Kultur- und Projektmanagement für die nächsten mindestens 4 Jahre.

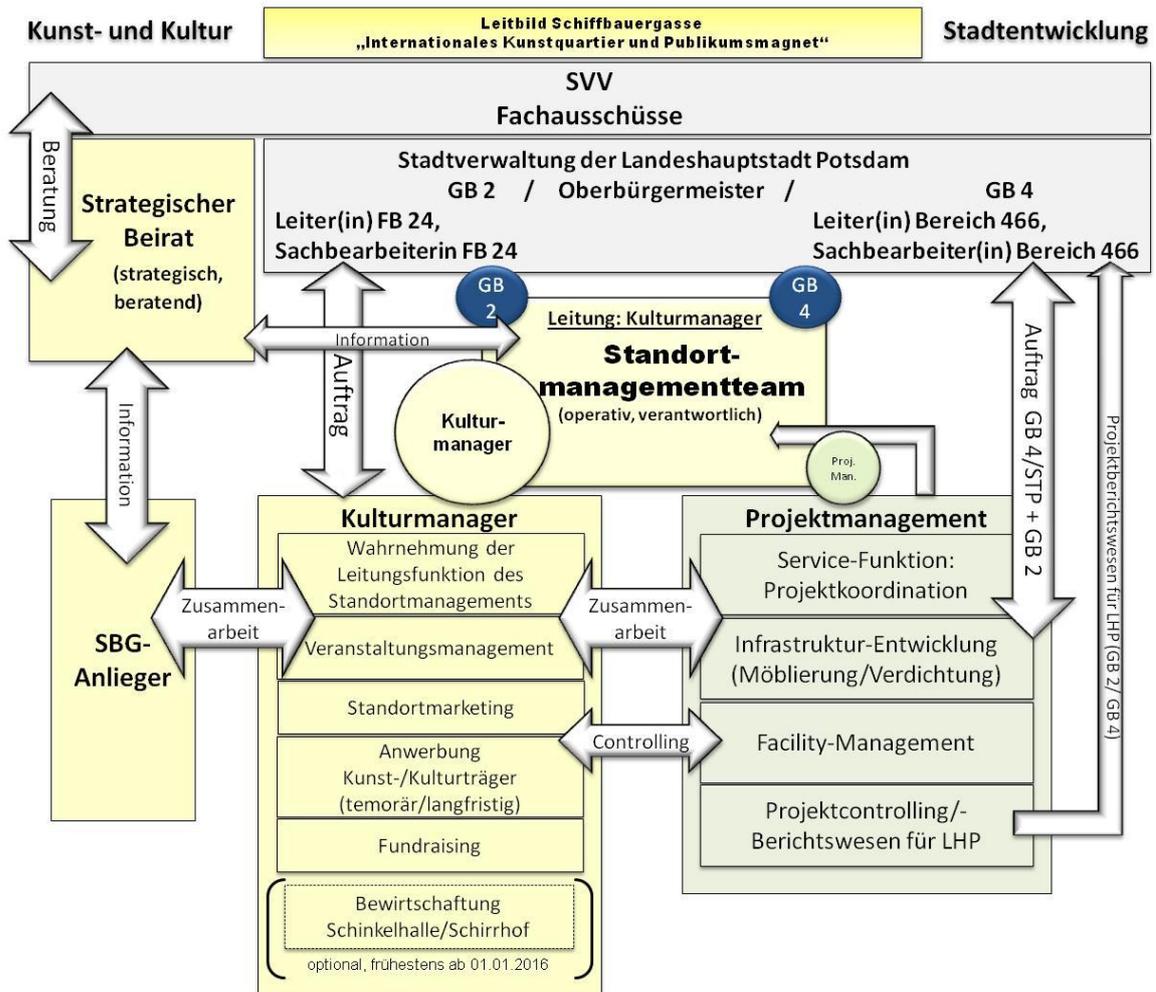


Abbildung 1 Aufbauorganisation gemäß Variante 2 (GB 2/LHP)

Wir empfehlen die Einrichtung eines **Strategischen Beirats auf Basis eines SVV-Beschlusses (analog der Stadteilräte)**, der sich aus relevanten Stakeholdern der Schiffbauergasse (u.a. Vertreter der Politik, der Verwaltung und Anlieger der SBG) zusammensetzt und insgesamt nicht mehr als 12 Mitgliedern umfasst.

Das **Standortmanagementteam** setzt sich zusammen aus dem **leitenden Kulturmanager** dem **Projekt Manager**, einer VertreterIn des Geschäftsbereichs 2 und einer VertreterIn des Geschäftsbereichs 4.

Der **Kulturmanager**, dessen Aufgaben nachfolgend beschrieben werden, agiert auf Basis des Kulturmanagement-Auftrages vom Geschäftsbereich 2.

Der **Projektmanager**, dessen Aufgaben ebenfalls nachfolgend beschrieben werden, agiert auf Basis der Inhouse-Vergabe des Projekt- und Infrastrukturmanagements der LHP an ProPotsdam. Während der Projektmanager die Schnittstelle zum Sanierungsträger Potsdam und zum Facility Management repräsentiert und Nutzungsverträge, Nutzungsflächen und deren qualitative Weiterentwicklung koordiniert, liegt die Funktion des Kulturmanagers in der Vermittlung. Eine effiziente Zusammenarbeit dieser beiden Standortmanagementteammittglieder ist die Grundlage für zielgerichtete Nutzungen bzw. Anwerbung zusätzlicher dauerhafter oder temporärer Angebote und Veranstaltungen.

Diese beiden zentralen, operativ tätigen Auftragnehmer der LHP werden in den regelmäßig durchzuführenden Abstimmungssitzungen begleitet durch VertreterInnen der Geschäftsbereiche 2 und 4, die für einen strukturierten und kontinuierlichen Informationsfluss als Grundlage für schnelle Entscheidungen sorgen.

Alle vier Standortmanagementteam-Mitglieder haben ein gemeinsames Ziel: Die Umsetzung des Leitbildes "Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet". Dieser Umsetzungsprozess wird durch den Strategischen Beirat beratend begleitet.

Die Leitung des Standortmanagementteams obliegt dem Kulturmanager.³ Er ist für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Standortmanagementteamsitzungen, Sitzungen des Strategischen Beirats und SBG-Anliegertreffen verantwortlich. Dabei wird er durch den Projektmanager unterstützt. Diese Termin- und Besprechungskoordination, die für einen kontinuierlichen Informationsfluss maßgeblich ist, wird um die Implementierung eines Berichtswesens für das Standortmanagementteam und die Auftraggeberin LHP ergänzt. Dadurch erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung über die wesentlichen Kennzahlen und damit über den Fortschritt der Umsetzung des Leitbildes. Ein System der Erfolgskontrolle wird entwickelt und etabliert.

Die anfallenden Teilaufgaben von Strategischen Beirat, Standortmanagementteam, Kulturmanager und Projektmanager sind:

- Strategischer Beirat
 - Beratung Kulturausschuss und Standortmanagementteam
 - Monitoring der Umsetzung des Leitbildes (Rahmenbedingungen)
 - Programmbeirat und Bewertung von Veranstaltungskonzeptionen und – anfragen vor dem Hintergrund der Umsetzung des Leitbildes
 - Information und Interessenvertretung der SBG-Anlieger in halbjährlichen Informationsveranstaltungen
- Standortmanagementteam
 - Bereichsübergreifende Abstimmung über Veranstaltungen, Angebote und Nutzungsanfragen
 - Bereichsübergreifende Abstimmung über verfügbare Nutzungsflächen und deren Weiterentwicklung
 - Auswertung des Berichtswesens und der Statusverfolgung der Umsetzung des Leitbildes bzw. der Vertragserfüllung gegenüber LHP
- Projektmanagement
 - Projektkoordination
 - Projektcontrolling/ Berichtswesen
 - FM
 - Infrastrukturentwicklung

³ Die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen SBG-Anliegern und Kulturmanager wird durch projektbezogene Treffen im "Steuerkreis Kommunikation" (siehe Anlage 4) gewährleistet.

3.3. Projektmanagement

3.3.1 Projektkoordination

- Strukturierung und Zuordnung der Nutzungsmöglichkeiten von und Verantwortlichkeiten für Flächen und Gebäuden und im Freigelände unter Berücksichtigung von Zweckbindungen und der kulturpolitischen Entwicklungsplanung von Stadt und Land in Absprache mit anderen Leistungsbereichen von ProPotsdam GmbH, Sanierungsträger, GEWOBA WVP, PPFM GmbH
- in Zusammenarbeit mit dem Kulturmanagement erfolgt die Koordination zur Realisierung Standort- übergreifender Projekte
- Erarbeitung von Konzepten zur Standortsicherung
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung der Standortmanagementteam-Sitzungen
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung der Sitzungen des Strategischen Beirats
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung der SBG-Anlieger- Informationsveranstaltungen
- Vorbereitung, Protokollierung, Nachbereitung von Arbeitsgruppensitzungen zu Schwerpunktthemen (z.B. Aufenthaltsqualität)

3.3.2 Projektcontrolling/ Berichtswesen

- Implementierung eines standardisierten Berichtswesens festgelegter Kennzahlen für LHP, Koordinationsteam und Strategischen Beirat
- Monitoring der Vertragserfüllung von Kulturmanagement und Projektmanagement vor dem Hintergrund der Umsetzung des Leitbildes durch termingerechte Erstellung der regelmäßigen Berichte
- Controllingberichte über Budgetstatus und wesentliche Kennzahlen des Standortmarketings auf Basis der vom Kulturmanagement bereitgestellten Datenbasis

3.3.3 Facility Management

- **Technisches Facility-Management**

- Gewährleistung des ganzjährigen Betriebs der Einrichtungen
- Ermittlung des jährlichen Instandhaltungsbedarfs
- Durchführung von erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen
- Wartung
- Einhaltung der Verkehrssicherungspflichten und Überwachung der Verkehrssicherungspflichten durch die Nutzer

Kaufmännisches Facility-Management

- Vermietung, Verpachtung beziehungsweise sonstige Nutzungsüberlassung unter Berücksichtigung der Nutzungsbindung zu Gunsten der Stadt

- Abschluss aller für den Betrieb erforderlichen Ver- und Entsorgungsverträge
- Vertragsmanagement
- Hausverwaltung mit Betriebskostenabrechnung
- Mietbuchhaltung und Forderungsmanagement
- Entgeltkalkulation und Vornahme von Entgeltanpassungen
- Erarbeitung von Konzepten für geplante Investitionsmaßnahmen
- Unterstützung der Stadt bei erforderlichen Abstimmungen mit den Fördergebern
- Gewährleistung der Einhaltung der Auflagen aus den Förderbescheiden
- Verwaltung der Einrichtungen

- **FM-Rechnungswesen**

- Einrichtung und Führung des Rechnungswesens bei Einrichtung von separaten Buchungskreisen
- Einrichtung von Treuhandkonten und deren Verwaltung,
- Vorbereitung der Erstellung der Jahresabschlüsse

Aufgrund der Kompetenz und Erfahrung im Bereich des Facility Managements ist es sinnvoll, diesen Aufgabenkomplex von der ProPotsdam GmbH auf die Gewoba Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH (GWVP) zu übertragen. Gegenstand des Vertrages zwischen ProPotsdam GmbH und GWVP sind dann **nicht nur die Objekte im städtischen Eigentum, sondern auch die, die sich im Treuhandvermögen des STP befinden**. Dafür muss der Verwaltervertrag zwischen LHP, Geschäftsbereich 2 und KIS in beiderseitigem Einverständnis aufgehoben werden. Die Vergütung für das Facility Management der Objekte des Treuhandvermögens erfolgt aus dem Treuhandvermögen Schiffbauergasse.

3.3.4 Infrastrukturentwicklung

- Koordinierende Schnittstelle zu den beauftragten Funktionen des Sanierungsträgers in Bezug auf die Weiterentwicklung der einzelnen Immobilien und Außenflächen und deren Ausstattungen
- Erarbeitung von Konzepten für geplante Investitionsmaßnahmen
- Unterstützung der Stadt bei erforderlichen Abstimmungen mit den Fördergebern

3.4 Kulturmanagement (nicht Bestandteil des ProPotsdam - Angebots)

Das neben dem Projektmanagement zu installierende Kulturmanagement nimmt die nachfolgenden Funktionen wahr:

- Wahrnehmung der Leitungsfunktion im Standortmanagementteam
- Veranstaltungsmanagement (Standort-übergreifend)
- Standortmarketing
- Anwerbung von Kunst-/Kultur-Trägern (temporär/langfristig)
- Fundraising

Die in der Anlage 4 beispielhaft beschriebenen Leistungen sollten direkt durch die Landeshauptstadt beauftragt werden.

4. Kostenkalkulation⁴

Jahr	2014	2015	2016	2017	2018
Aufwendungen	<i>in € brutto</i>				
Projektmanagement					
Personalkosten 1 Stelle zzgl. Sach- u. Overhead-Kosten	80.000 €	81.600 €	83.232 €	84.897 €	86.595 €
Facility Management	347.000 €	348.960 €	350.959 €	352.998 €	355.078 €
Verwalterentgelt	98.000 €	99.960 €	101.959 €	103.998 €	106.078 €
Sachkostenbudget* (Instandhaltung)	121.000 €	121.000 €	121.000 €	121.000 €	121.000 €
sonst. Aufwendungen* (Betriebskosten, Sicherheitsdienste, Graffitienschutz)	128.000 €	128.000 €	128.000 €	128.000 €	128.000 €
Summe Aufwendungen	427.000 €	430.560 €	434.191 €	437.895 €	441.673 €

Abbildung 2 Kostenkalkulation

* Nicht enthalten sind Aufwendungen für unterlassene Instandhaltung an den zu verwaltenden Objekten und nicht planbare Anforderungen (z.B. für Verkehrssicherung oder Einhaltung gesetzlicher Auflagen und Preissteigerungen). Etwaige Anforderungen sind der LHP anzuzeigen. Nicht verwendete Budgets werden nach Maßgabe des Haushaltes bis längstens zum Ende des folgenden Haushaltsjahres übertragen.

Etwaige durch den Sanierungsträger Potsdam zu erbringende Leistungen (bspw. sich aus der aktuell stattfindenden Verdichtungs- und Möblierungsstudie ergebende Leistungen), die nicht Bestandteil des zwischen der Stadt Potsdam und dem Sanierungsträger Potsdam geschlossenen Treuhändervertrages sind, sind nicht Bestandteil der Kalkulation sondern werden nach Aufwand mit dem vereinbarten Stundensatz vergütet.

⁴ Erläuterungen zu den einzelnen Positionen sind in Anlage 5 aufgeführt.

5. Zeitliche Umsetzung (perspektivisch)

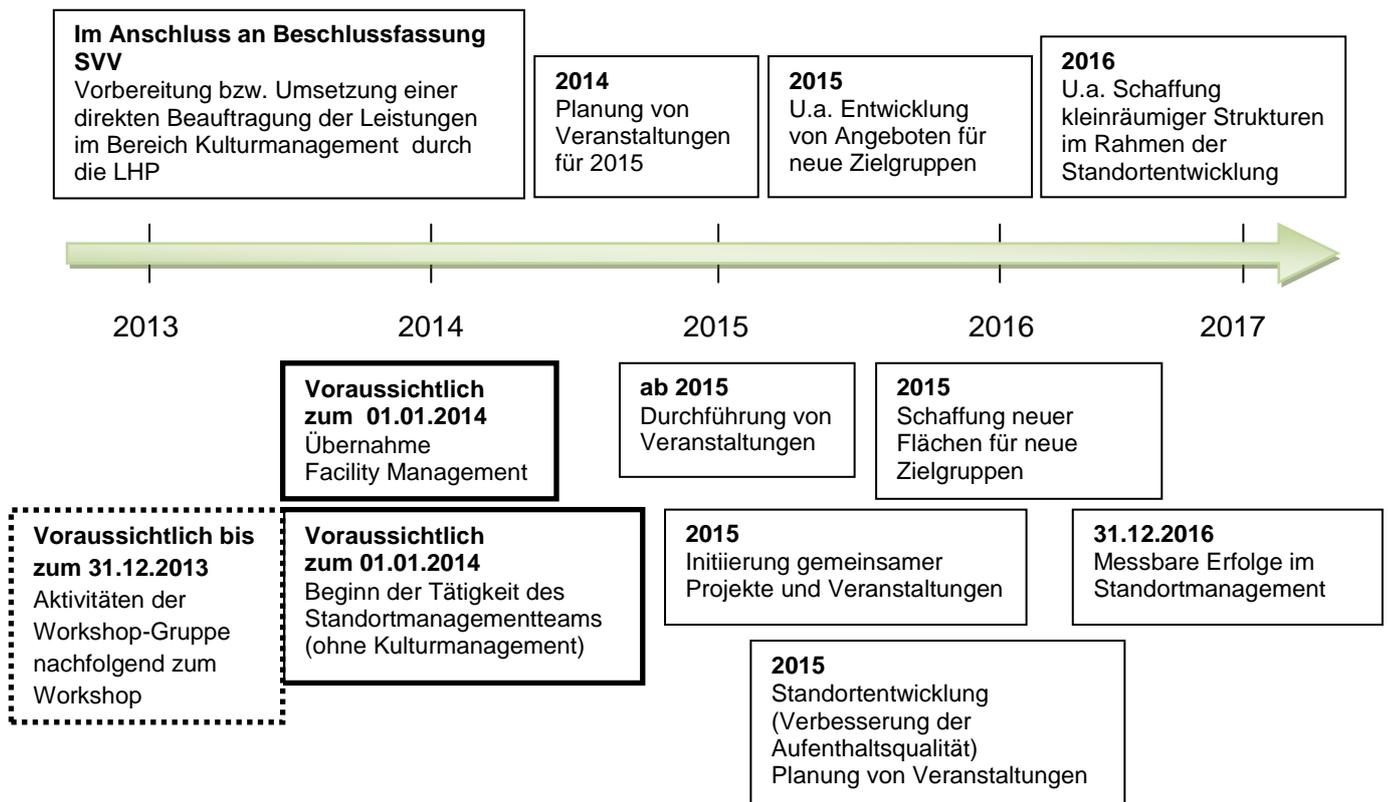


Abbildung 2 Zeitliche Umsetzung

Voraussichtlich zum **01.01.2014** übernimmt die ProPotsdam bzw. die GWVP das **Facility Management** für die Liegenschaften im ZKS im Zuge einer Inhouse-Vergabe. Detaillierte Ausführungen zum Facility Management wurden bereits unter 3.3.3. Facility Management gemacht. Die Leistungen im Bereich Kulturmanagement werden im ersten Quartal 2014 durch die Landeshauptstadt Potsdam ausgeschrieben.

Es ist davon auszugehen, dass es einer Anlaufphase bedarf, in der sich das Standortmanagementteam im Aufbau befindet und die zukünftigen Strukturen festlegt. Die Arbeitserfolge im ersten Jahr werden daher für den Besucher der Schiffbauergasse nur in begrenztem Maße sichtbar.

Im Jahr 2014 sollen erste Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität umgesetzt werden. Dies wird in enger Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger und der LHP, Geschäftsbereiche 2 und 4, erfolgen. Im Jahr 2014 werden bereits etablierte, aber auch neue standortprägende Veranstaltungen für das Jahr 2015 geplant. Ab 2016 sollten sich die bis dahin vorgenommenen Maßnahmen in den Besucherzahlen positiv niederschlagen. Wir erwarten, dass die Schiffbauergasse dann sowohl von den Potsdamern als auch von seinen Besuchern bewusst er- und belebt wird.

Eine Übernahme des Facility Managements setzt eine zeitlich angemessene Vorbereitungsphase voraus.

Anlage 1 – Ausgangssituation

Bewertung der Ist-Situation

Im Ergebnis des Workshops haben sich die Beteiligten auf ein gemeinsames Zukunftsszenario und somit auf ein gemeinsames Zielbild für die zukünftige Entwicklung der Schiffbauergasse verständigt. Demnach soll der Standort Schiffbauergasse zu einem „**Internationalen Kunstquartier und Publikumsmagneten**“ entwickelt werden.

Hinsichtlich der Ausgangsbedingungen bzw. der derzeitigen Rahmenbedingungen unter der diese Entwicklung verlaufen soll, präsentiert sich die Schiffbauergasse als Standort der Gegensätze. Einerseits verfügt er über Eigenschaften, die eine positive Entwicklung fördern, andererseits finden sich zahlreiche Faktoren, die eher hemmend auf die Standortentwicklung einwirken. Die folgende Auflistung stellt eine Auswahl der wichtigsten Standorteigenschaften dar.

Förderlich

- Exponierte topographische Lage unmittelbar an der Havel und am Tiefen See
- Hohe Qualität der baulichen Anlagen als Ergebnis der Sanierungstätigkeit
- Breites Spektrum an kulturellen Angeboten

Hemmend

- Erhebliches Potential an konkurrierenden Freizeit- und Kulturangeboten innerhalb und außerhalb der Stadtgrenzen der LHP, insbesondere in Berlin
- Konflikte im Spannungsfeld zwischen kultureller Nutzung am Standort und gehobener bis exklusiver Wohnnutzung im Umfeld
- Geringe Aufenthaltsqualitäten, insbesondere unter Berücksichtigung der zwingenden Notwendigkeit der Gewinnung „überregionaler Besucher“ für den Standort Schiffbauergasse, die Verstärkungen der Aufenthaltsqualitäten notwendig machen
- Vielzahl an Stakeholdern mit unterschiedlichen Interessenlagen
- Denkmalschutzrechtliche Auflagen
- Nutzungsrestriktionen aus Nutzungsverträgen am Standort
- Förderrechtlich begründete Restriktionen; u.a. Gefahr der Notwendigkeit der Erstattung gewährter Fördermittel bei Eingriffen in die geförderte Infrastruktur und Belegungsbindungen

Im Folgenden werden zunächst die Akteure am Standort Schiffbauergasse vorgestellt. Anschließend werden die wichtigsten Handlungsfelder benannt und die derzeit bekannten Hemmnisse und Nutzungseinschränkungen erläutert.

Die Akteure vor Ort

LHP

Die LHP ist Eigentümerin der kulturell genutzten Objekte am Standort. Der Geschäftsbereich 2 nimmt bis dato die Aufgaben des Standortmanagements in den ihm möglichen Rahmen wahr.

Der Geschäftsbereich 4 begleitet die städtebauliche Sanierungsmaßnahme in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Treuhänder STP. Der KIS verwaltet derzeit sowohl die Liegenschaften der LHP als auch die des STP.

Sanierungsträger Potsdam GmbH (STP)

Der STP ist gemäß Treuhändervertrag vom 12.09.2002 mit der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme der Schiffbauergasse nach dem Baugesetzbuch durch die LHP beauftragt. Im Rahmen dessen wurden in den vergangenen Jahren die Gebäude und Freiflächen des ZKS umfassend saniert. Der STP ist Eigentümer der gewerblich genutzten Objekte.

Kulturträger

Neben dem Hans-Otto-Theater sind vor allem das Waschhaus, die Fabrik sowie das T-Werk als die wichtigsten Akteure zu nennen. Die Kulturträger finanzieren sich zu einem großen Teil aus Zuwendungen der Stadt, des Landes und des Bundes. Teil der Zuwendung ist die entgeltfreie Nutzung der Wirkungsstätten sowie die Übernahme folgender Betriebskosten:

- Prüfung und Wartung gebäudetechnischer Anlagen
- Straßenreinigung und Winterdienst
- Müllbeseitigung auf öffentlichen Verkehrsflächen
- Gartenpflege
- Grundsteuer
- Gebäudeversicherung (abzüglich Selbstbehalt)

Die übrigen Betriebskosten gem. BetrKV (z. B. Heizungs- und Warmwasserversorgung, Wasserversorgung, Entwässerung, Beleuchtung) werden auf die Nutzer umgelegt bzw. direkt vom Nutzer an das Versorgungsunternehmen gezahlt.

Sonstige

An dieser Stelle sei insbesondere auf die Gastronomen, Freizeitveranstalter und sonstigen Gewerbetreibenden verwiesen.

Dazu gehören: Restaurantschiff John Barnett, Ristorante Il Teatro, Oracle Deutschland GmbH, Volkswagen Design Center Potsdam, Segeltraining Berlin Potsdam, Floßstation Potsdam, Marina am Tiefen See, Biocompany sowie die Trollwerk Productions GbR.

Handlungsfelder

Lage und Standortqualität

Die Schiffbauergasse ist - im Verhältnis zur Einwohnerzahl Potsdams - ein relativ großer Kulturstandort. Selbst innerhalb der Stadtgrenzen gibt es z.T. konkurrierende Freizeit- und Kulturangebote, welche die Stadt selbst erzeugt. So finden z. B. Comedy- und Konzertveranstaltungen sowohl im Nikolaisaal als auch in der Waschhaus-Arena statt. Messen können sowohl in der Metropolis Halle im Filmpark Babelsberg als auch in der Schinkelhalle durchgeführt werden. Der Filmpark Babelsberg, der Volkspark und die Biosphäre bieten vor allem für Familien ein buntes Programm. Mit der unmittelbaren Nähe zu Berlin erhöht sich die Anzahl der Wettbewerber außerhalb des Stadtgebietes erheblich.

Die Schiffbauergasse befindet sich abseits des Stadtzentrums in hervorragender Lage am Tiefen See, aber auch in direkter Nachbarschaft zur Berliner Vorstadt, die sich in den letzten Jahren zu einem sehr beliebten Stadtteil entwickelt hat und den Anspruch an gehobenes, teilweise exklusives Wohnen erhebt. Dadurch kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Beschwerden aus der Anwohnerschaft wegen Lärmbelästigung.

Der Standort ist sehr gut fußläufig, mit dem eigenen PKW oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. In der Schiffbauergasse befindet sich ein zur Zeit noch unter seinen Kapazitäten genutztes Parkhaus, in der Berliner Straße ist eine Bus- und Tram-Haltestelle vorhanden, eine weitere Tram-Haltestelle befindet sich an der Nutheschnellstraße. Dennoch gibt es auch hier Optimierungsbedarf, da die Wege zu den Haltestellen als zu weit entfernt, zu dunkel und zu uneinsichtig empfunden werden.

Trotz seiner Wassernähe zieht der Standort nur wenige Touristen oder Potsdamer an, um einfach einmal ein paar Stunden in der Schiffbauergasse zu verweilen. Die vorhandenen Grün- und Freiflächen werden nicht ausreichend genutzt und sollten durch Kinderspielbereiche, Sitzbänke und weiteres Mobiliar aufgewertet werden. Es fehlen gastronomische Angebote „für den kleinen Hunger zwischendurch“.

Immer wieder bemängelt wird auch das Leitsystem zum Standort, wobei dieses gut ausgebaut ist. Im Leitsystem der Stadt weisen Schilder auf die Schiffbauergasse hin, sowohl Autofahrern als auch Fußgängern wird der Weg zur Schiffbauergasse gewiesen.

Auch an der Berliner Straße sind Hinweisschilder aufgebaut. Diese werden unter Umständen nicht wahrgenommen, weil die Schilder und die Schriftgröße relativ klein sind oder auch von Blättern der umstehenden Bäume verdeckt werden. Auch die Schiffbauergasse selbst verfügt über ein Leitsystem. Es gibt Übersichtspläne vom Gesamtstandort und auch weiterführende Hinweisschilder. Wegen der farblichen Gestaltung sollten sie gut erkennbar sein. Möglicherweise scheitert es auch hier an der (Schrift-)Größe oder den Bezeichnungen auf den Schildern. Ein Hinweis auf den Nutzer, beispielsweise durch Piktogramme, ist für den Besucher hilfreicher als die Angabe der Adresse.

Organisation

Im Rahmen des derzeitigen Standortmanagements und der Federführung des Geschäftsbereichs 2 der LHP finden regelmäßige Jours Fixes mit den vor Ort ansässigen

Akteuren statt. Inwiefern dabei die Konzepte aufeinander abgestimmt werden, lässt sich nur schwer beurteilen.

Basierend auf Aussagen früherer Auswertungen ist jedoch auch heute noch davon auszugehen, dass die Organisationskonzepte der Träger nicht integriert sind. Synergien zwischen Trägern und Maßnahmen zur Ressourcenoptimierung ergeben sich eher beiläufig, als dass sie systematisch geplant und entwickelt werden. Es kommt zu Überschneidungen einiger Leistungsbereiche der Träger, während manche Leistungsbereiche vernachlässigt werden.

Marketing

Vorliegende Gutachten bestätigen, dass es für den Standort keine konsistente Marketingstrategie - weder bei den einzelnen Trägern noch bei der Stadt für den Gesamtstandort - gibt. Die Gründe dafür können in zu geringen Werbebudgets oder mangelnder mittelfristiger Planung liegen. Für die Marke „Schiffbauergasse“ liegt ein entwickeltes Corporate Design vor, das sich in der Potsdamer Kulturlandschaft bereits etabliert und Wiedererkennungswert hat. Insofern ist eine wichtige Basis für ein strategisches Marketing geschaffen.

Hemmnisse / Nutzungsbeschränkungen

Bühne auf dem Veranstaltungsort

Der Belegung der Schiffbauergasse stehen unterschiedliche Hemmnisse und Nutzungsbeschränkungen entgegen. Aus der **Baugenehmigung für die Bühne** auf dem Veranstaltungsort vom 16.04.2007 ergeben sich folgende **Beschränkungen**:

- eine Nutzung des Open-Air-Kinos für die Zeit von Juni - September, Freitags, Samstags und Montags jeweils 19-24 Uhr und für 4 Open-Air-Konzerte pro Jahr jeweils 18-24 Uhr
- Die Beurteilung der Lärmimmission erfolgt nach der Freizeitlärmrichtlinie des Landes Brandenburg (bei seltenen Ereignissen 70 dB außerhalb der Ruhezeit, 65 dB in der Ruhezeit und 55 dB in der Nacht).
- Die Zahl von 400 Besucherstühlen (Bestuhlungsvariante 2 + 3) darf nicht überschritten und die genehmigte Anordnung nicht geändert werden.

Für die Bühne besteht ein Gutachten der Ingenieurgesellschaft für Bauphysik, Akustik und Schwingungen mbH vom 16.09.2005, das im Ergebnis folgende Aussagen trifft:

"Zur Beurteilung der **Lärmbelastungen** im Einwirkungsbereich des Sanierungsgebietes Schiffbauergasse erfolgten prognostische Berechnungen der Beurteilungspegel in Abhängigkeit von der Art und dem Zeitraum der Veranstaltungen und eine Bewertung nach der Freizeitlärm-Richtlinie.

Nach einer Ausbreitungsrechnung gemäß DIN ISO 9613-2 erfolgte die Bewertung für Rock-Konzerte nach Pkt. 5.4 (Besonderheiten bei seltenen Störereignissen) und Kino- bzw. Theaterveranstaltungen nach Pkt. 5.1 (Immissionsrichtwerte „außen“) der Freizeitlärm-Richtlinie.

Bei Rock-Konzerten werden werktags die für tags zulässigen Werte nach Pkt. 5.4 für einzelne Geräuschspitzen um max. 9 dB(A) und während der Ruhezeit um max. 14 dB(A) überschritten. (Anm.: betroffen sind Theaterfundus und Pferdeställe)

Bei Rock-Konzerten werden sonntags die für tags zulässigen Werte nach Pkt. 5.4 für einzelne Geräuschspitzen um max. 14 dB(A) überschritten. (Anm.: betroffen sind Theaterfundus und Pferdeställe)

Bei großen Kinoveranstaltungen (800 Plätze) werden werktags die für Ruhezeiten zulässigen Werte nach Pkt. 5.4 für einzelne Geräuschspitzen um max. 7 dB(A) und nachts um max. 27 dB(A) überschritten. (Anm.: betroffen sind Grundstücke auch außerhalb der SBG)

Bei kleinen Kinoveranstaltungen (400 Plätze) bzw. Theaterveranstaltungen (200 Plätze) werden werktags die für Ruhezeiten zulässigen Werte nach Pkt. 5.4 für einzelne Geräuschspitzen um max. 4 dB(A) und nachts um max. 24 dB(A) überschritten. (Anm.: betroffen sind Grundstücke auch außerhalb der SBG)

Im Ergebnis der Berechnungen zeigt sich, dass im Bereich des Sanierungsgebietes Schiffbauergasse und im angrenzenden Stadtgebiet die festgelegten Anforderungen an die Immissionsrichtwerte in Abhängigkeit von den Gebietseinstufungen und der Art der Veranstaltungen unter Beachtung des Verkehrs auf öffentlichen Verkehrsflächen, der den Veranstaltungen zuzuordnen ist, teilweise überschritten werden."

Arena/Aktionshalle

Ein weiteres Gutachten für die Arena/Aktionshalle Ingenieurgesellschaft für Bauphysik, Akustik und Schwingungen mbH vom 10.04.2008 kommt zu folgendem Ergebnis:

"Für Rock-Veranstaltungen in der Aktionshalle im Zentrum für Kunst und Soziokultur erfolgten prognostische Berechnungen der Beurteilungspegel in Abhängigkeit vom Zeitraum der Veranstaltungen. Grundlage bilden die vorgefundenen baulichen Gegebenheiten der Aktionshalle, die gemessenen Halleninnenpegel während der Soundchecks sowie die für die Veranstaltungen geplanten Zeiten.

Nach einer Ausbreitungsberechnung gemäß DIN ISO 9613-2 erfolgte die Bewertung nach Pkt. 5.1 (Immissionsrichtwerte "außen") der Freizeitlärm-Richtlinie.

Im Ergebnis der Berechnungen zeigt sich, dass die festgelegten Anforderungen an die Immissionsrichtwerte in Abhängigkeit von den Gebietseinstufungen außerhalb des Sanierungsgebietes Schiffbauergasse nicht überschritten werden. Überschreitungen gibt es an der nächstliegenden Bebauung innerhalb des Standortes. Betroffen davon sind das Parkhaus, der Theaterfundus und die Pferdeställe.

Werktags werden die für einzelne Geräuschspitzen zulässigen Werte nach Pkt. 5.1 der Freizeitlärm-Richtlinie nur während der Nachtzeit direkt neben der Aktionshalle am IP 8 (Theaterfundus) und IP 9 (Pferdeställe) um max. 5,5 dB(A) überschritten.

Sonntags werden die für nachts zulässigen Werte für einzelne Geräuschspitzen nach Pkt. 5.1 der Freizeitlärm-Richtlinie nur direkt neben dem Veranstaltungsplatz am IP 9 (Pferdeställe) um max. 3,5 dB(A) überschritten."

In beiden Gutachten werden auch Maßnahmen aufgezeigt, wie die Immissionsüberschreitungen verringert werden können (z.B. Ausrichtung der Lautsprecher etc.). **Es kann höchstwahrscheinlich nicht davon ausgegangen werden, dass die zulässigen Immissionsüberschreitungen vollkommen beseitigt werden können.**

Schinkelhalle

Zur Schinkelhalle liegen **keine Lärmgutachten** vor. Die Halle wurde denkmalgerecht saniert, die **Dachtragkonstruktion ist von innen sichtbar**. Eine **Dämmung des Daches** erfolgte aufgrund der denkmalpflegerischen Anforderungen **minimal** zwischen den Sparren. Aus der Baugenehmigung gehen keine Nutzungsbeschränkungen hervor. Jedoch ist bekannt, dass bestimmte Veranstaltungen (z. B. Elektrokonzerne) nicht stattfinden können. Als die Betreiber des Waschhauses während der Sanierung des Waschhauses die Schinkelhalle übergangsweise nutzten, gab es Beschwerden aus der Nachbarschaft. Allein aus diesem Grund ist die Nutzung nur eingeschränkt möglich.

Eine zwingende Voraussetzung zum wirtschaftlichen Betrieb der Schinkelhalle ist eine funktionierende Infrastruktur u.a. in Form der Verfügbarkeit eines Foyers und der Existenz von WC Anlagen. Sowohl das Foyer zur Schinkelhalle als auch die sich daran anschließenden WC Anlagen im Quergebäude sind als geförderte Infrastruktur bis dato dem benachbarten Kunstraum zugeordnet bzw. vertraglich der Waschhaus gGmbH zur Nutzung überlassen.

Beschränkungen aus Mietverträgen

Offizze (Arena Vermögensverwaltung GmbH): Im OG sind Belastungen des Bodens nur bis zu 2,0 kN/m² als Höchstbelastung möglich; in den Mieträumen dürfen entsprechend der bauordnungsrechtlichen **Auflage dauerhaft maximal 10 Arbeitsplätze** eingerichtet und unterhalten werden; die Mieträume sind nicht als Versammlungsräume im Sinne der Versammlungsstättenverordnung des Landes Brandenburg zugelassen.

Fluxus: Der Mieter darf die **Freiflächen des Schirrhofes als zusätzliche Ausstellungsfläche** nutzen, sofern nicht die übrigen angrenzenden Nutzer dadurch in ihren Nutzungsrechten beeinträchtigt werden; im Obergeschoss sind nur Belastungen des Bodens bis zu 350 kN/m² möglich.

Trollwerk: Im Obergeschoss sind nur Belastungen des Bodens bis zu 3,5 kN/m² als Höchstbelastung möglich.

Sonstige Hemmnisse und Nutzungsbeschränkungen

Zu einer Vielzahl von Themen können wir bislang nur von **Annahmen** ausgehen.

Hier Bedarf es weitergehender Untersuchungen, wenn grundsätzlich Einigkeit über die Beauftragung bestehen sollte. Zu diesen Themen gehören:

- **Verwendung von Treuhandmitteln:** Sämtliche Einnahmen des Treuhandvermögens Schiffbauergasse können auch nur innerhalb des Treuhandvermögens eingesetzt werden. Daraus resultieren
- Mitwirkungsnotwendigkeiten bzw. die Mitwirkungsbereitschaft von STP und LHP (GB 4), um ggf. im Rahmen des Möglichen gemeinsam mit dem Standortmanagement über die Mittelverwendung zu entscheiden.
- **Zweckbindungen:** Können Objekte einer anderen Nutzung zugeführt werden, z.B. das Offizze als zentrale Anlaufstelle für den Standort, als Büro des Standortmanagers und weiterer Mitarbeiter?
- Brandschutzauflagen
- Nutzungsbeschränkungen auf Grund von baulichen Gegebenheiten; z.B. verfügt die Schinkelhalle über keine eigenen Sanitäranlagen. Die Mitbenutzung kann über Dienstbarkeiten geregelt werden.
- Fördermittebescheide und deren Zweckbindung

Abschließend lässt sich feststellen, dass **zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine umfassende Analyse der Ist-Situation** insbesondere hinsichtlich Hemmnissen und Nutzungsbeschränkungen **nicht vollständig erfolgen kann**. Im Weiteren muss eine detaillierte Prüfung und Handhabung der Bereiche

- Steuerrecht,
- Förderrecht,
- Haushaltsrecht sowie
- Vertragsrecht

In Zusammenarbeit zwischen der ProPotsdam und der LHP erfolgen.

DRACHENBOOT BAUEN

Während der drei Tage des Workshops konnte man jede Menge Gefühle erleben: Es wurde herzlich gelacht, mit Nachdruck argumentiert oder auch nur eifernd der Raum mit Worten gefüllt. Es wurde wütend geschwiegen, lauthals gespottet, geschimpft und abwechselnd interessiert, irritiert oder beleidigt geguckt. Einmal klang es sogar wirklich bedrohlich. Aber das war nur ein Hund, der hinter einer Präsentationstafel saß und knurrte.

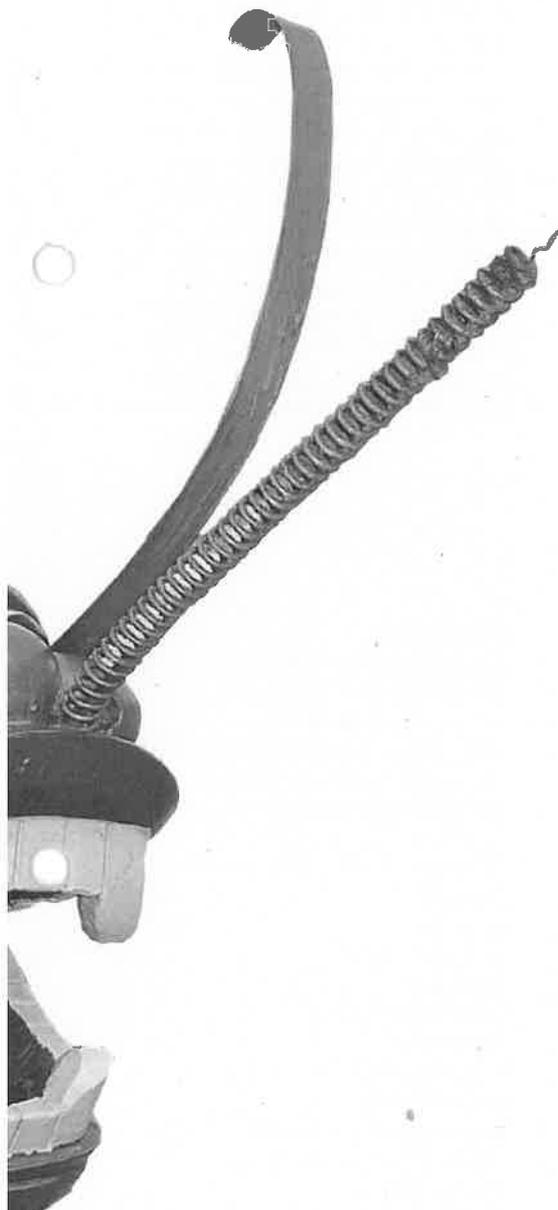
Trotz der emotionalen Wechselbäder, die die Teilnehmer einzeln, in ihren Gruppen oder gemeinsam im Plenum durchstiegen, häuften sich die Ansichten und Aussagen, die von allen Teilnehmern akzeptiert werden konnten. Recht früh wurde deutlich: Die hier miteinander redeten, wissen wovon sie sprechen. Sie fühlen sich verantwortlich, nicht nur für ihre eigenen Produktionen und Geschäftsvorgänge. Daher wohl war schnell klar, wo man gemeinsam hin wollte.

Entgegen einer vor dem Workshop vielfach formulierten, manchmal schon zelebrierten Erwartung konnte man gemeinsame Standpunkte formulieren. Es gibt gemeinsame Sichtweisen und Festlegungen: Eine Roadmap wird erarbeitet und ein Kommunikationsprozess geplant. Eine Arbeitsgruppe befasst sich mit der Aufenthaltsqualität im Quartier. Den Stadtverordneten wird man etwas Beschlussreifes vorgelegen. Es wird eine kompetente Steuerungsgruppe geben. Die Verabredungen sind zahlreicher und in der Summe mehr als nur ein Minimalkonsens.

Am Anfang des Workshops äußerte einer der Teilnehmer den Wunsch, dass es gelingen möge, dass die Schiffbauergasse, vielmehr die, die sie „machen“, bei den nächsten Potsdamer Wasserspielen mit einem eigenen Drachenboot ins Rennen gehen würden. Gemeinsam in einem Boot säße man ja schon, nun müsste man noch lernen, in die gleiche Richtung zu rudern. Ein gemeinschaftlich in Fahrt gebrachtes Drachenboot wäre auch Maß und Beleg für den Erfolg gemeinsamer Anstrengungen.

Noch ist das gemeinsame Drachenboot nicht gebaut. Was man aber als Beobachter nach diesen drei Tagen ahnen kann: Würde es dieses Boot geben, hätte es mit dieser Besatzung gute Chancen auf einen der vorderen Plätze.

Carsten Hagenau



SZENARIOWORKSHOPS

Auch die Teilnehmer eines Szenarioworkshops können die Zukunft nicht voraussagen oder vorweg nehmen, denn niemand weiß, wie die Zukunft aussehen wird. Was man aber wissen kann: Wie die Zukunft aussehen könnte. Im Laufe eines Szenarioworkshops erarbeiten die Teilnehmer verschiedene Zukunftsszenarien. Sie fußen auf einer Vielzahl von Annahmen, die zueinander passen und wie ein Puzzle zu einem Zukunftsszenario zusammengesetzt werden. Unterschiedliche Annahmen erzeugen auch unterschiedliche Zukunftsbilder. Die UNITY AG, die die Durchführung und Moderation des Workshops zur Zukunft der Schiffbauergasse übernommen hat, beschreibt das so: „Ein Szenario ist die Beschreibung einer möglichen Situation in der Zukunft, die (...) die unterschiedlichen Entwicklungen aller für den Betrachtungsgegenstand relevanten Faktoren berücksichtigt.“

Die ProPotsdam GmbH hat mit Szenarioworkshops gute Erfahrungen gemacht. Im Herbst 2009 hat ein solcher Workshop zur Zukunft des Stadtteils Drewitz die inhaltliche Grundlage geschaffen, den Stadtteil grundlegend umzugestalten. Die seinerzeit von den rund 30 Teilnehmern verfasste Abschlusserklärung wurde wenig später ohne Änderungen und ohne Gegenstimme von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Noch heute ist diese Erklärung der entscheidende „legislative“ Antrieb, Drewitz in eine moderne Gartenstadt umzuwandeln. Die Teilnehmer des Workshops treffen sich übrigens jedes Jahr im Herbst, um gemeinsam die Veränderungen im Stadtteil zu reflektieren.

Im Herbst 2011 trafen sich erneut Drewitzer Bürger, Lehrer der Grundschule „Am Priesterweg“, Vertreter der Eltern und der sozialen Akteure des Stadtteils,

um über die Errichtung einer Stadtteilschule zu sprechen. Unter dem Dach einer solchen Stadtteilschule finden die bisherige Grundschule und ein Begegnungszentrum für den Stadtteil ihren gleichberechtigten Platz. In drei Tagen schufen die Teilnehmer die Grundlagen für diese in Deutschland bisher einmalige Einrichtung, die Anfang August 2013 eröffnet wurde.

Angesichts dieser und weiterer positiver Erfahrungen mit der Szenariotechnik hat die ProPotsdam den Akteuren am Standort Schiffbauergasse die Durchführung eines Szenarioworkshops vorgeschlagen. Die UNITY AG, die diese Technologie ständig weiterentwickelt, ist eine Unternehmensberatung für Strategien, Prozesse, Technologien und Systeme. Szenario-Projekte sind für das Unternehmen die „Königsdisziplin der strategischen Vorausschau“.

TEILNEHMER

Isabel Ahrens

Landeshauptstadt Potsdam
Sachbearbeiterin Schiffbauergasse

Christoph Bänsch

ProPotsdam GmbH
Assistent der Geschäftsführung

Kai Brendel

Landeshauptstadt Potsdam
Bürgerarbeiter „Schiffbauergasse“

Sabine Chwalisz

fabrik Potsdam e.V., Vorstand

Siegfried Dittler

Waschhaus gGmbH
Geschäftsführer

Laurent Dubost

fabrik Potsdam e.V., Vorstand

Annika Eichmann

GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft Potsdam mbH
Kfm. Kundenbetreuerin Gewoba

Detlef Franke

Landesarbeitsgemeinschaft
Soziokultur Brandenburg e.V.
Geschäftsführer

Stefan Frerichs

Landeshauptstadt Potsdam
Bereichsleiter Wirtschaftsförderung

Heiderose Gerber

AUTONOMES FRAUENZENTRUM
POTSDAM E.V., Geschäftsführerin

Carsten Hagenau

PROJEKTKOMMUNIKATION Hagenau
GmbH, Geschäftsführer

Christian Haseloff

ProPotsdam GmbH, Projektassistent

Rico Heldler

Trollwerk Production GbR
Geschäftsführer

Harald Kümmel

Landeshauptstadt Potsdam
Referent des Oberbürgermeisters

Heinrich Liman

Fluxus+, Direktor

Dr. Iris Jana Magdowski

Landeshauptstadt Potsdam
Beigeordnete Geschäftsbereich 2

Rainer Nagel

Bundesstiftung Baukultur
Vorstandsvorsitzender

Jenny Pöller

primaDonna Frauen Kultur & Bildung
Assistenz der Kulturmanagerin

Volkmar Raback

Hans Otto Theater GmbH
Geschäftsführender Direktor

Frank Reich

Landesverband Freier Theater
Brandenburg e.V., Geschäftsführer

Nadine Ryšlavý

ProPotsdam GmbH, Leiterin Stabsstelle
Baucontrolling und Vergabe

Bob Schäfer

Theaterschiff Potsdam e.V.

2. Vorstandsvorsitzender

Jürgen Schweinberger

MIL, Leiter der Abteilung Stadtentwicklung und Wohnungswesen

Dr. Birgit-Katharine Seemann

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereichsleiterin Kultur und Museum

Sven Till

fabrik Potsdam e.V.

Vorstand

Jens-Uwe Sprengel

T-Werk e.V.

Künstlerische Leitung

Kathrin Yölker

Volkswagen Design Center GmbH,
Mitarbeiterin Design Strategie

Reiner Walleser

MWFK

Abteilungsleiter Abteilung 3 Kultur

Tobias Wellemeyer

Hans Otto Theater GmbH, Intendant

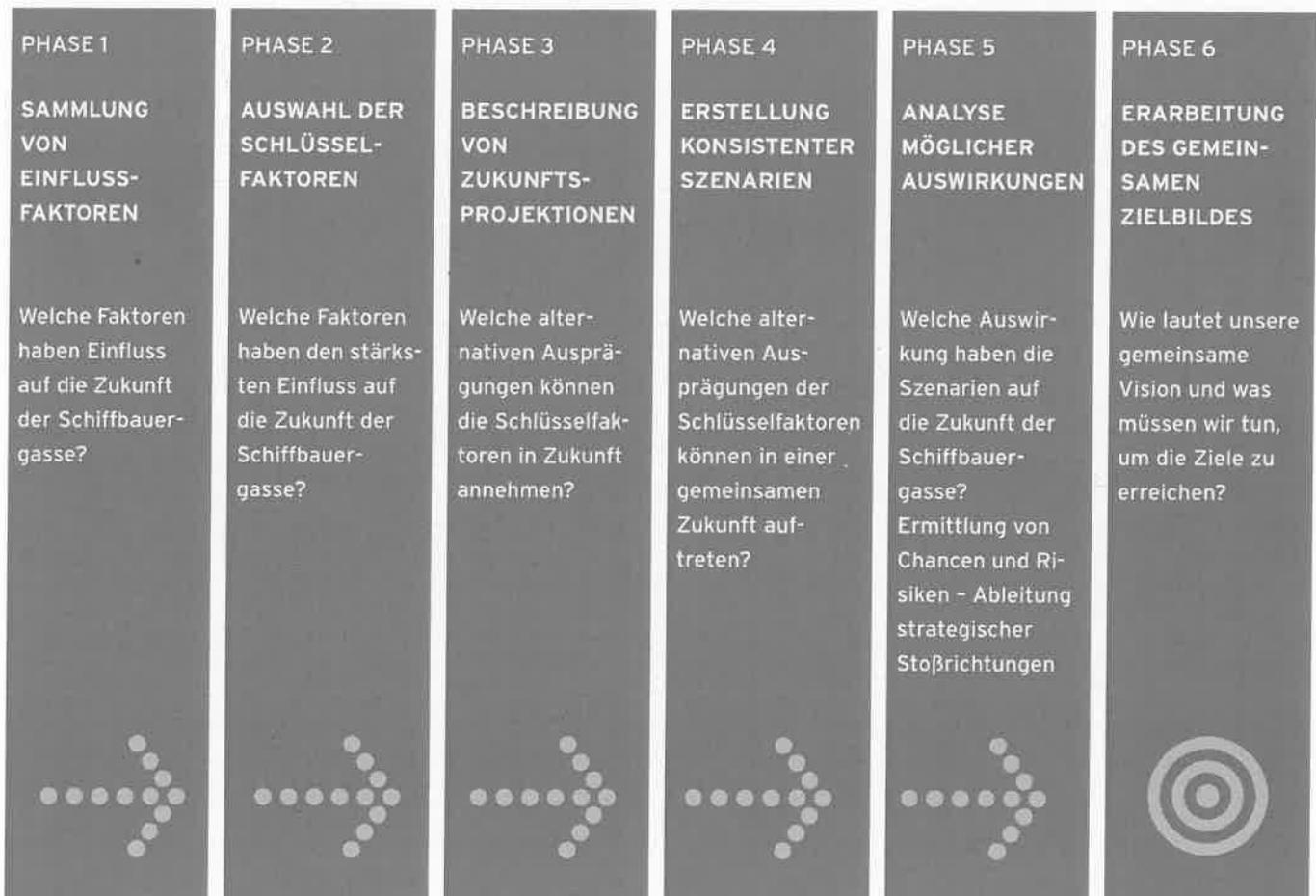
Jörn-Michael Westphal

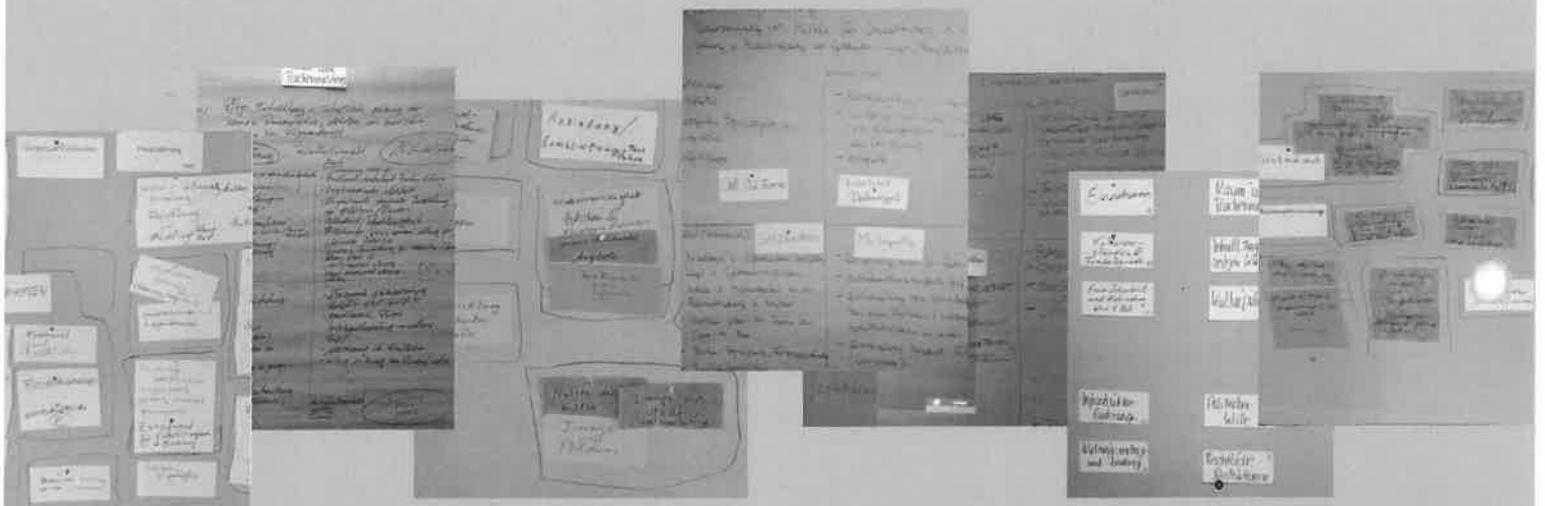
ProPotsdam GmbH

Geschäftsführer

Die Teilnehmer werden aufgelistet, unabhängig von der Dauer ihrer Mitarbeit.

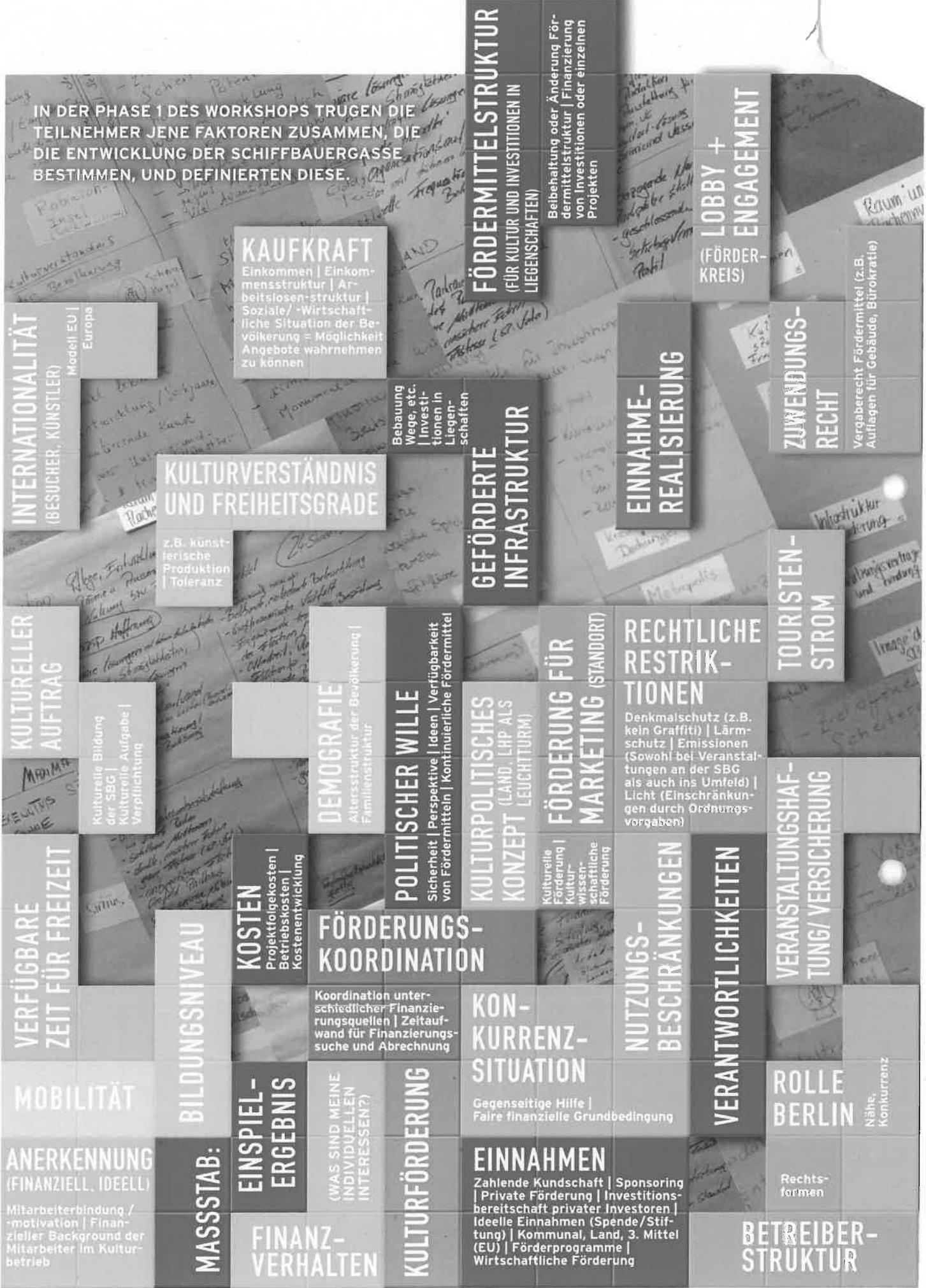
ABLAUF





WAS IST WICHTIG?

IN DER PHASE 1 DES WORKSHOPS TRUGEN DIE TEILNEHMER JENE FAKTOREN ZUSAMMEN, DIE DIE ENTWICKLUNG DER SCHIFFBAUERGASSE BESTIMMEN, UND DEFINIERTEN DIESE.



GENEHMIGUNGSWESEN
Bei Veranstaltungen müssen umfangreiche Genehmigungen eingehalten werden - contra Spontantätigkeit

RAUM- UND FLÄCHENNUTZUNG:
Öffentlicher Raum (shared space) | Freiflächen ungleichlich Bebauung | Standort Gliederung | Räumliches Angebot | Aufenthaltsqualität | Informelle Infrastruktur (Bars, Restaurants, Spielplatz) | Struktur ungleichlich Innovation | Entwicklungsoptionen Gelände/Gebäude | Temporäre Nutzung | Aneignungspotential

KONKURRENZ & KOOPERATION
Andere kulturelle Angebote | Kooperationen

DAS IST ALLES WICHTIG!

ENTWICKLUNG BENACHBARTER AREALE

STÄDTEBAULICHE QUALITÄT

AUSNUTZUNG DER WASSERLAGE
Entscheidungszuständigkeiten

FREIZEITANGEBOTE
Wassersport/Kommerz

KOOPERATIONEN
Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der SBG | Partner (Lokal/Regional/National)

SBG ALS TEIL DER STADTENTWICKLUNG
Masterplan/ Rahmenkonzept / Planungsrecht

STANDORT-MANAGEMENT

IMAGE DER SBG
Internationaler Standort | Identität und Wahrnehmung | Alleinstellungsmerkmale

NUTZUNGSVERTRÄGE- UND BINDUNG
Eigentumsverhältnisse à Zugriffsmöglichkeiten zur Fläche | Verfügbarkeit/Planungshorizont Mieter | Planungshorizont Vermieter | Nachhaltigkeit à Dauer und Miete | Zweckbindung | Nutzungsbedingungen für kommunal geförderte Einrichtungen | Nutzungsverträge und Nutzungsbindung Gebäude SBG

GEWERBLICHE ANGEBOTE (Z.B. DIENSTLEISTUNGEN)

MEDIALE- UND VOR-

LANDES-HAUPTSTADT

POTSDAM
Privilegien, Pflichten, Strukturwandel

BAULICHE INFRASTRUKTUR

ERREICHBARKEIT UND ANBINDUNG DER SBG
Erreichbarkeit Infrastruktur | Anbindung + Erschließung (z.B. Bus, Parken)

BETREIBER STRUKTUR
Rechtsformen

KULTURPOLITIK (KOMMUNAL)

VERSTÄNDNIS DER SCHIFFBAUERGASSE

IMAGE VON POTSDAM
Stadtmarketing | Nutzen der Kultur

NATÜRLICHE RESSOURCEN
(Wasser/ Grün)

TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

Kommunikation der Angebote | Integriertes Marketing

INHALTLICHES ANGEBOT UND ZEITGENÖSSISCHE KUNST

Künstlerische Produktion | Künstlerischer Think Tank | Künstlerische Produktion | Zeitgenössische Klubkultur | Angebotsmix/-Vielfalt | Genre | Plattform für Partner (z.B. Kreative etc./Menschen + Macher/Innen) | (Groß-)Events/Festivals | Anspruch: Internationaler Standort

IN DER 2. PHASE DES WORKSHOPS WÄHLTEN DIE TEILNEHMER DIE WICHTIGSTEN FAKTOREN AUS, DIE DIE ENTWICKLUNG DER SCHIFFBAUERGASSE BESTIMMEN. AUF ZWÖLF FAKTOREN, MIT DENEN MAN SICH IM WEITEREN NÄHER BEFASSEN WOLLTE, EINIGTE MAN SICH.

KULTURPOLITIK

GEFÖRDERTE INFRASTRUKTUR

INHALTLICHES ANGEBOT UND

NUTZUNGSVERTRÄGE UND

KULTURVERSTÄNDNIS UND FREIHEITSGRADE

MODERNE KUNST

RAUM- UND FLÄCHENNUTZUNG

DAS IST DAS WICHTIGSTE!

POLITISCHER WILLE

RECHTLICHE RESTRIKTIONEN

-BINDUNG

IMAGE DER SCHIFFBAUERGASSE

EINNAHMEN

ERREICHBARKEIT UND ANBINDUNG

STADTENTWICKLUNG



WIE KÖNNTE ES SEIN?

IN DER 3. PHASE DES WORKSHOPS ERARBEITETEN DIE TEILNEHMER FÜR DIE ZWÖLF WICHTIGSTEN EINFLUSSFAKTOREN VERSCHIEDENE ZUKUNFTS-PROJEKTIONEN. MIT MARKIGEN TITELN KENNZEICHNETEN SIE DIE ALTERNATIVEN PROJEKTIONEN, DIE SICH IM WEITEREN VERLAUF DES WORKSHOPS IN DEN ZUKUNFTSSZENARIEN (S1, S2, S3) WIEDERFANDEN.

EINNAHMEN

Einnahmen sind definiert durch temporäre oder langfristige/gesicherte Fördermittel für kulturelle Aktivitäten. Einnahmen für die Schöpfung, Präsentation und Vermarktung kultureller Güter aus öffentlicher und privater Hand.

RELATIV GERING ← HOHE DER ÖFFENTLICHEN FÖRDERUNG → RELATIV HOCH

So

FREIZEIT ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR

Die öffentliche Förderung ist relativ hoch und eher gewerblich/kommerziell orientiert.

- ▶ Wirtschaftsförderung auch durch Ansiedlung von Firmen
- ▶ dichtes Freizeit- und Gastronomieangebot
- ▶ Arbeitsplatzschaffung ist eine öffentliche Aufgabe

S3

oder

ARKADIEN: BLÜHENDE LANDSCHAFTEN

Die öffentliche Förderung ist relativ hoch und mit einem öffentlichen Auftrag der Schiffbauergasse verbunden.

- ▶ Sicherheit und Planbarkeit durch Förderungen und öffentlichen Auftrag
- ▶ Kulturprojekte werden auch mehrjährig gefördert
- ▶ Kultur- und Produktionsräume sind geschützt
- ▶ kostengünstige Angebote an Besucher durch öffentliche Förderungen
- ▶ ausreichende Förderungen machen ein sozial-orientiertes Kulturangebot möglich
- ▶ kulturelles Angebot ist für eine breitere Bevölkerungsschicht und für mehrere Generationen zugänglich
- ▶ motivierte und qualifizierte Mitarbeiter

S1

alles

STARS & LOOSERS

Die öffentliche Förderung ist relativ gering und eher gewerblich/kommerziell orientiert.

- ▶ das gesamte Angebot der Schiffbauergasse ist „massentauglich“
- ▶ es werden Formate präsentiert, die als Quotenbringer dienen, und gleichzeitig ausgewählte hochpreisige Exklusivangebote
- ▶ Angebote haben einen hohen Erfolgsdruck im Sinne der Finanzierung
- ▶ Programm hat eine hohe Effizienz (Kosten vs. Nutzen)
- ▶ Chancen und Risiken für Mitarbeiter sind abhängig vom Erfolg der Produkte/des Angebots

S2

anders

INNERE ZERREISSPROBE

Die öffentliche Förderung ist relativ gering und mit einem öffentlichen Auftrag der Schiffbauergasse verbunden.

- ▶ privates Engagement wird zur Notwendigkeit
- ▶ kurzfristig ausgeprägte und schlecht entlohnte Arbeitsverhältnisse
- ▶ ausbleibende öffentliche Mittel reduzieren die Leistungsfähigkeit der Akteure
- ▶ geringe öffentliche Förderung führt zur Planungsunsicherheit
- ▶ es herrscht ein hoher Druck auf die Alternativfinanzierung durch z.B. Stiftungen, Spenden
- ▶ durch eine Veränderung des Fokus verschiebt sich auch das Kernprofil der Schiffbauergasse
- ▶ es herrscht nur eine geringe künstlerische Präsenz am Standort

GEWERBLICH/KOMMERZIELL ← AUSRICHTUNG DER FÖRDERUNG → ÖFFENTLICHER AUFTRAG

RAUM- UND FLÄCHENNUTZUNG

Raum- und Flächennutzung ist definiert durch die Pflege, Entwicklung und inhaltliche Nutzung der Räume und Außenflächen, sichtbar am Grad ihrer Nutzung bzw. Frequentierung.

Anders könnte

PRINZIP HOFFNUNG

Raum- und Flächennutzung fokussiert sich auf den Bestand und bietet hohe Aufenthaltsqualität.

- temporäre Lösungen mit höheren laufenden Kosten (Beleuchtung, Sitzmöglichkeiten, ...)
- Entscheidung für saisonbedingte Lösungen
- „Fliegende Händler“ in der Schiffbauergasse
- Entstehung eines hohen Organisationsaufwandes, verbunden mit höheren Kosten (Personalaufwand)
- Punktuelle Frequentierung/Belebung

S1 S3

SCHNELL HIN - SCHNELL WEG

Raum- und Flächennutzung fokussiert sich auf den Bestand und bietet trotzdem niedrige Aufenthaltsqualität.

- unklare Parkraumbewirtschaftung (wildes Parken)
- sichtbare Mülltonnen in den Gassen der Schiffbauergasse
- dunkle und unsichere Ecken in der Schiffbauergasse
- graue Tristesse (Schwerpunkt Winter)
- unbegehbare Flächen im Umfeld des Parkhauses (geringe Nutzung bedeutet geringe Belebung)
- geringe zielorientierte Nutzung der Räume und Flächen führt zu geringer Belebung
- unorganisierte Mischnutzung (Lagerkapazitäten, Freiraum)

S2

24 STUNDEN-ERLEBNIS

Raum- und Flächennutzung fokussiert sich auf die Entwicklung und bietet hohe Aufenthaltsqualität.

- Entwicklung des Havelufers
- belebende und einladende Beleuchtung in der Schiffbauergasse
- Vielfalt des gastronomischen Angebots
- ergänzende und temporäre Bespielung der Flächen/Bauten
- Offenheit, Durchlässigkeit der Räume und Flächen
- Flächen für „freie und spontane“ Nutzung für alle werden zur Verfügung gestellt
- gläserne Produktion
- Räume und Ausstattung für Familien/Gesellschaft
- Essen, Sitzen, WC
- Finden einer Müllstandortlösung
- neue Grün- und Wasserplätze werden errichtet

S1

werden

TOD-SCHICK

Raum- und Flächennutzung fokussiert sich auf die Entwicklung und bietet trotzdem geringe Aufenthaltsqualität.

- überzeugende Nachverdichtung der Flächen der Schiffbauergasse
- Errichtung von Parkplätzen statt Spielplätzen
- Errichtung von zweckgebundenen geschlossenen Räumen in der Schiffbauergasse
- beliebige Vermietung von Räumlichkeiten und Flächen führt zu einem unklaren Profil der Schiffbauergasse
- Minimierung der vorhandenen Grünflächen
- geringe Nutzung von Räumlichkeiten resultiert aus Investitionen am Bedarf vorbei

S3

HOCH
↑
↓
GERING

KULTURVERSTÄNDNIS UND FREIHEITSGRADE

Kulturverständnis und Freiheitsgrade sind definiert durch den Grad der Unabhängigkeit und die Normierung der Kunstproduktion und -wahrnehmung.

ENG ||| KULTURVERSTÄNDNIS DER BEVÖLKERUNG → ||| OFFEN

GOLDFISCHTEICH

Die Bevölkerung hat ein offenes Verständnis von Kultur, die künstlerische Schaffensfreiheit ist relativ unfrei.

- Akteure werden zu Hof-/Staatskünstlern
- die Mehrheit der Künstler hat schlechte Arbeitsbedingungen
- Entstehung einer Untergrundszene/von Subkulturen
- Zweideutigkeit wird als Kunstmittel benutzt
- Künstler werden arm
- monumental neben Wüste

S2

KORALLENRIFF

Die Bevölkerung hat ein offenes Verständnis von Kultur, die künstlerische Schaffensfreiheit ist hoch.

- die Zukunft birgt Chancen
- „Ich beteilige mich“ / Interaktion
- zieloffener Prozess
- Scheitern von Kulturträgern ist erlaubt
- Schiffbauergasse bietet ein hohes Potential für Weiterentwicklung
- Provokation als Kunstausdruck ist möglich
- Vielfalt von Erlebnissen/Dynamisch (Konkurrenz)
- gegenseitige Anregung (Künstler/ Publikum)
- Viel Avantgarde, Deutungshoheit ist offen

S1

SCHNEEKUGEL

Die Bevölkerung hat ein enges Verständnis von Kultur. Die künstlerische Schaffensfreiheit ist relativ unfrei.

- Kultur ist rückwärtsgewandt
- „Ich warte ab“- Einstellung der Kulturträger
- Kunst ist zweckbestimmt (diktatorisch)
- Endprodukt der Kunst ist bekannt
- keine Weiterentwicklung der Schiffbauergasse
- die Schiffbauergasse befindet sich in einer Sackgasse und wirkt statisch
- repräsentierende Kunst
- Akteur wird zum einsamen Undergroundkünstler
- stark traditionelle Volkskunst

S2

ROBINSON INSEL (Björk im Island)

Die Bevölkerung hat ein enges Verständnis von Kultur. Die künstlerische Schaffensfreiheit ist hoch.

- Entstehung von kleinen Szenen
- kein Angebot an kultureller Bildung
- nur wenig Publikum/ Empfänger
- es existieren gute Produktionsbedingungen
- mehr Künstler als Zuschauer
- Künstler wandern in die Schiffbauergasse und zu anderen Standorten

S3

RELATIV UNFREI ||| ← SCHAFFENSFREIHEIT → ||| HOCH

INHALTLICHES ANGEBOT UND ZEITGENÖSSISCHE KUNST

Inhaltliches Angebot und zeitgenössische Kunst sind definiert durch Kultur als Kernangebot der Schiffbauergasse.

IPOTS

Der künstlerische/kulturelle Anspruch ist relativ hoch bei gleichzeitig hoher Zugänglichkeit (populär).

- viel Publikum in der Schiffbauergasse
- Einführen/ Durchführen von Festivals mit internationalem Programm
- Schiffbauergasse ist die Plattform für Künstler der Stadt, des Landes und Europas
- internationale Anerkennung der Schiffbauergasse
- Angebot mit gesellschaftlicher Relevanz
- Vernetzung mit anderen Kraftzentren der Stadt
- das Angebot von kultureller Bildung für alle gesellschaftlichen Gruppen
- Schiffbauergasse als ein kreativer Identifikationsort für Potsdamer
- vielfältiges, differenziertes Programm auf dem Gelände der Schiffbauergasse
- Schaffung von optimalen Arbeits- und Produktionsbedingungen

S1

Es könnte

MC KULTUR

Der künstlerische/kulturelle Anspruch ist relativ niedrig und hat eine hohe Zugänglichkeit (populär).

- das Angebot der Schiffbauergasse lässt standardisiert anmuten
- die angebotene Kunst & Kultur wird massentauglich
- gefällige Nicht-Auseinandersetzung
- Konsum (Massen)
- kulturelles Disneyland
- Benutzung von bewährten Programmen ohne Risiko, mehrfache Wiederholungen von bewährten Programmen

S2 S3

so sein,

oder so

KASTE

Der künstlerische/kulturelle Anspruch ist relativ niedrig bei gleichzeitig geringer Zugänglichkeit (elitär).

- Kulturschaffende haben wenig soziale Verantwortung
- extreme Selbstgenügsamkeit
- Kastenbildung, Kastendenken
- das kulturelle Programm in der Schiffbauergasse wird oberflächlich
- permanente Reproduktion
- Entstehung von Intoleranz

S2

LABOR

Der künstlerische/kulturelle Anspruch ist relativ hoch bei gleichzeitig geringer Zugänglichkeit (elitär).

- Kunst/Kultur zielt auf eine spezielle Gruppen ab
- Radikalität der Angebote
- Polarisierung des Angebots
- keine Vermittlungsstrategien vorhanden
- es herrschen „Laborbedingungen“ in der Schiffbauergasse
- möglicherweise internationale Aufmerksamkeit
- Trends werden gesetzt/Innovationen
- nur eine geschlossene Gesellschaft hat einen Zugang zum kulturellen Angebot in der Schiffbauergasse
- Ausbildung einer Meinungsführerschaft
- Entstehung von optimalen Arbeits- und Produktionsbedingungen
- internationale bzw. überregionale Vernetzung

S1

HOCH | POPULÄR
↑ ZUGÄNGLICHKEIT
↓ GERING | ELITÄR

RELATIV GERING ||| KÜNSTLERISCHER ANSPRUCH ||| RELATIV HOCH

GEFÖRDERTE INFRASTRUKTUR

Geförderte Infrastruktur ist definiert durch die Bereitstellung von Mitteln für Investitionen in die Herstellung und Modernisierung von Gebäuden, Wegen, Freiflächen und Plätzen.

TEMPORÄRE LÖSUNGEN | | | | | FESTE, DAUERHAFT LÖSUNGEN

SETZKASTEN

Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf feste, dauerhafte Lösungen und erfolgt meist reaktiv (Verbesserung, Instandhaltung).

- Neubau von öffentlichen Toiletten, Lager- und Gastronomieflächen
- Umbau der Mieteinheiten an den Flächenbedarf der Nutzer
- Umbau der Open-Air Bühne zu einer Open-Air Bar
- Anschaffung von Bänken, Fahrradständern und Spielplatz
- Aufstellung eines Bankautomaten

S1

METROPOLIS

Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf feste, dauerhafte Lösungen und erfolgt meist proaktiv (Entwicklung).

- Errichtung einer U-Bahn Station auf dem Gelände der Schiffbauergasse im Sinne der besseren Anbindung
- Errichtung eines Hubschrauberlandeplatzes auf dem Parkhaus
- Entsiegelung/Umgestaltung des Schirrhofs, zum Beispiel durch Bau eine Freibades und die Nutzung dieses als Schlittschuhlaufbahn im Winter
- Entsiegelung des Parkplatzes an der Fabrik (z.B. Errichtung einer Grünanlage)

S1

anders

So, oder

CHILL-OUT-ZONE

Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf temporäre Lösungen und erfolgt meist reaktiv (Verbesserung, Instandhaltung).

- Infrastrukturförderung ist durch die Bereitstellung von Mitteln für temporäre Lösungen zur kurzfristigen Verbesserung von einzelnen Elementen charakterisiert, z.B. Toilettenwagen, Grillplätze, beweglichen Spielobjekten, Sitzmöbel, Graffiti-flächen
- die Förderung erfolgt in der Regel reaktiv zur Instandhaltung

S2

KREATIVER DSCHUNGEL

Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf temporäre Lösungen und erfolgt meist proaktiv (Entwicklung).

- z.B. Errichtung eines Künstlerateliers in Containern
- Thematisch wechselnde Erlebnisräume, z.B. Kindsplatz, Gastronomie, Theater, Open-Air Bühne
- Errichtung eines Zeltplatzes auf dem Gelände der Schiffbauergasse

S3

REAKTIV | | | | | ← MODUS → | | | | | PROAKTIV

RECHTLICHE RESTRIKTIONEN

Rechtliche Restriktionen sind definiert durch juristische und behördliche Voraussetzungen für die Entwicklung, Nutzung und Bespielung der Schiffbauergasse.

SCHUTZ & LÄHMUNG

„Restriktionen und Allgemeinheit“ - Rechtliche Restriktionen liegen ausgeprägt vor und beziehen sich primär auf die Allgemeinheit.

- Beschränkung der künstlerischen Freiheit und Nutzungsmöglichkeiten durch Restriktionen
- Restriktionen als Schutz der Allgemeinheit vor Belästigungen
- Priorität hat der Schutz des historischen Erbes
- durch Restriktionen und deren Einhaltung kann sich keiner mehr beschweren

KREATIVE LÖSUNG

„Restriktionen und Individuum“ - Rechtliche Restriktionen liegen ausgeprägt vor und beziehen sich primär auf Individuen.

- flexibler Umgang der juristischen und behördlichen Voraussetzungen, der auf Machbarkeit abzielt
- durch festgelegte Restriktionen wird Schutz der Veranstaltungen vor Klagen generiert
- Niederschreibung einer Denkmalsatzung, die sich am Nutzen und der Ästhetik orientiert
- Einführung einer Werbesatzung, die sich an der Sichtbarkeit und der Ästhetik orientiert
- Neugestaltung und Aufstellung eines Bebauungsplanes im Sinne der städtebaulichen Neugestaltung

S1 S3

Alles

RECHTSFREIER UND SCHUTZLOSER RAUM

„Freiheit und Allgemeinheit“ - Rechtliche Restriktionen liegen nur bedingt vor und beziehen sich auf die Allgemeinheit.

- Entstehung eines rechtsfreien und schutzlosen Raumes auf der Schiffbauergasse

S2

SHANGHAI

„Freiheit und Individuum“ - Rechtliche Restriktionen liegen nur bedingt vor und beziehen sich primär auf Individuen.

- ohne Einschränkungen durch Restriktionen ist in der Schiffbauergasse „alles“ für „jeden“ erlaubt: Hell, laut, bunt
- es herrscht das Recht des Stärkeren in einem schutzfreien Raum

S2 S3

anders

STARK
 ↓ AUSPRÄGUNG DER RECHTLICHEN RESTRIKTIONEN →
 SCHWACH

ALLGEMEINHEIT ||| ← BEZUG DER RECHTLICHEN RESTRIKTIONEN → ||| INDIVIDUUM

IMAGE DER SCHIFFBAUERGASSE

Das Image der Schiffbauergasse ist charakterisiert durch das innere und äußere Stimmungsbild (Wahrnehmung durch die Akteure und Wahrnehmung der Schiffbauergasse in der Bevölkerung) sowie durch die regional und überregionale Differenzierung.

INTERN ||| STIMMUNGSBILD → ||| EXTERN

STATUS QUO

Image bezieht sich auf das äußere Stimmungsbild und wird eher regional (Potsdam) wahrgenommen.

- Besprechung der Angebote nur in lokaler Presse/TV
- Stadt unterstützt die Schiffbauergasse in der Außendarstellung kaum
- Nachbarschaft (Vorstadt) nutzt die Schiffbauergasse
- „günstige“ Preise bei „Grundversorgung“

S2 S3

LEUCHTTURM

Image bezieht sich auf das äußere Stimmungsbild und wird eher überregional (über Potsdam hinaus) wahrgenommen.

- Stadtmarketing hat eine Vernetzung mit Standortmarketing
- Schiffbauergasse genießt eine überregionale Medienbekanntheit (stetige Erwähnung in TV/ Presse)
- Alleinstellungsmerkmal durch einen Mix von Akteuren/Anbietern in der Schiffbauergasse
- gute Aufenthaltsqualität für Besucher und Akteure (abwechslungsreich, infrastrukturell, interessant)

S1

DIENST NACH VORSCHRIFT

Image bezieht sich auf das innere Stimmungsbild und wird eher regional (Potsdam) wahrgenommen.

- Akteure orientieren sich an lokalen Gegebenheiten
- Schiffbauergasse als Teil der kulturellen Identität Potsdams
- kultureller Auftrag der Akteure für Potsdam
- Programm der Schiffbauergasse wird von der LHP bezahlt

S3

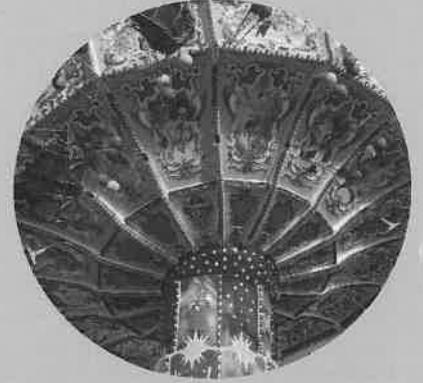
AUFBRUCH

Image bezieht sich auf das innere Stimmungsbild und wird eher überregional (über Potsdam hinaus) wahrgenommen.

- hoher Anspruch der Kulturtragenden und der künstlerischen Ausstrahlung der Produktion
- Vielfalt und Internationalität der Gastronomie in der Schiffbauergasse
- neue Finanzquellen werden erschlossen
- Identifikation der Akteure mit dem Standort (Wohlfühlen)
- Vernetzung der Akteure untereinander funktioniert gut

S1

REGIONAL ||| WAHRNEHMUNG DER SCHIFFBAUERGASSE → ||| ÜBERREGIONAL



WIE ES LAUFEN KÖNNTE

IN DER 4. PHASE ERARBEITETEN DIE MODERATOREN MIT HILFE EINER SPEZIELLEN SOFTWARE KONSISTENTE ZUKUNFTSSZENARIEN. DREI WÄHLTEN SIE DAVON AUS, UM WEITER MIT DEN TEILNEHMERN DARAN ZU ARBEITEN: IN PHASE 5 DES WORKSHOPS WURDE ANALYSIERT, WELCHE AUSWIRKUNG SIE AUF DIE ZUKUNFT DER SCHIFFBAUERGASSE HÄTTEN.

SCHIFFBAUERGASSE ALS INTERNATIONALES KUNSTQUARTIER & PUBLIKUMSMAGNET

Die öffentliche Förderung ist relativ hoch und mit einem öffentlichen Auftrag der Schiffbauergasse verbunden. Die Politik bekennt sich klar zur Schiffbauergasse und unterstützt die kulturelle Ausgestaltung der Schiffbauergasse intensiv und zielgerichtet. Es existieren Infrastrukturförderungen für Bestand und Neubau. Räume und Flächen versprechen eine hohe Aufenthaltsqualität für die Besucher. Nutzungsverträge der Anlieger sind langfristig und inhaltlich gebunden. Das inhaltliche Angebot und die zeitgenössische Kunst haben einen hohen kulturellen Anspruch und bieten dabei ein differenziertes Angebot mit hoher (populär), ergänzt um Angebote mit geringer Zugänglichkeit (elitär).

Einnahmen: Die öffentliche Förderung und ein öffentlicher Auftrag ist relativ hoch und mit einem hohen Aufenthaltsqualität der Schiffbauergasse verbunden.

Die Raum- und Flächennutzung fokussieren sich auf den Bestand und dessen Entwicklung und bieten eine hohe Aufenthaltsqualität.

Kulturverständnis und Freiheitsgrade: Die Bevölkerung hat ein offenes Verständnis von Kultur, die künstlerische Schaffensfreiheit ist hoch.

Inhaltliches Angebot und zeitgenössische Kunst: Der künstlerische und kulturelle Anspruch ist relativ hoch. Es gibt gleichzeitig Angebote hoher Zugänglichkeit (populär) und geringer (elitär) Zugänglichkeit.

Die Erreichbarkeit und Anbindung ist gut und erfolgen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Modus.

Kulturpolitik: Die Unterstützung der Kulturpolitik ist maximal und zielgerichtet.

Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf feste, dauerhafte Lösungen und erfolgen sowohl reaktiv (Verbesserung/Instandhaltung) als auch proaktiv (Entwicklung).

Politischer Wille: Starkes Bekenntnis der Politik zur Schiffbauergasse und aktive/zielführende Umsetzung der Unterstützung.

Die zeitliche Bindung der Nutzungsverträge ist langfristig und die inhaltliche Ausgestaltung ist gebunden.

Rechtliche Restriktionen liegen ausgeprägt vor und beziehen sich primär auf Individuen.

Das Image der Schiffbauergasse bezieht sich sowohl auf das Innere als auch auf das äußere Stimmungs- und wird eher überregional wahrgenommen.

Schiffbauergasse als Teil der Stadtentwicklung: Schiffbauergasse entwickelt sich parallel zur Landeshauptstadt Potsdam weiter.

CHANCEN

Welche Chancen ergeben sich aus dem Szenario für die Schiffbauergasse? Wie kann die Schiffbauergasse von den Chancen profitieren?

- Faktor für Lebensqualität in der Stadt / für das Stadtgefühl
- Zeitgenössisches Äquivalent zur Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
- Schiffbauergasse als Aushängeschild für die Stadt
- Schiffbauergasse als Player/aktivere Rolle
- europäische Positionierung
- lokal verankert
- global vernetzt
- qualitative Verbesserung der künstlerischen Arbeit
- Image als „Kunst- & Kreativquartier“ kann gefestigt werden
- Schiffbauergasse als Wettbewerbsvorteil im Wettbewerb der Regionen/Städte
- nicht nur Schlösser und Gärten - „Contemporary Art Rules“

RISIKEN

Welche Risiken können sich aus dem Szenario für die Schiffbauergasse ergeben? Wie kann die Schiffbauergasse die möglichen Risiken minimieren?

- Insel der Glückseligkeit ohne Kontakt zum Umfeld
- mangelnde Durchlässigkeit
- fehlende Akzeptanz durch das Publikum
- mangelnde Kooperation in der Stadt und mit den „Entscheidern“
- fehlende Profilschärfe
- Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage der öffentlichen Hand
- Eindimensionalität der Förderung (NUR aus Politik)
- „Kunst nach Kassenlage“
- Akzentuierung je nach politischem Gusto
- beschränkte Möglichkeit der Einflussnahme auf rechtliche Rahmenbedingungen
- Abhängigkeit von der Konstanz der politischen Haltung/Abhängigkeit von politischen Entscheidungen

STRATEGISCHE STOSSRICHTUNG

Welche strategischen Stoßrichtungen ergeben sich für die Schiffbauergasse aus dem Szenario?

WAS WOLLEN WIR?

- internationales Kunstquartier das Publikumsmagnet ist
- starkes Netzwerk am Standort

WAS BRAUCHEN WIR?

- hochwertiges Angebot in allen Bereichen
- kompetente Steuerungsgruppe mit klarem Auftrag, als Bindeglied zu Politik und Verwaltung
- verstärkter Dialog mit der Wirtschaft
- starke und verlässliche Partner (Gastro, Politik, Wirtschaft, Kultur)
- verbesserte Kommunikation um auf politischer Ebene mehr Einfluss zu erlangen
- bessere mediale Kommunikation/ mediale Sichtbarkeit
- gesicherte Vertragsgrundlagen
- einladende Aufenthaltsqualität
- gute Infrastruktur (Anreise, Ticketing, Beleuchtung, bauliche Nachrüstung, Gastro)

WAS IST ERFOLG?

- wenn die SZ+ Die Zeit regelmäßig berichten
- Mitarbeiter identifizieren sich
- ausreichende Finanzierung
- wachsendes Publikum das gerne wiederkommt
- stätische Identifikation
- höhere Akzeptanz
- inhaltliche innovative Weiterentwicklung
- wenn die negativ Stimmung von außen abebbt
- bezahlte (ausreichend) Mitarbeiter

KLEINE FREIHEIT

Die öffentliche Förderung ist relativ gering und dabei eher gewerblich/kommerziell orientiert. Die Politik zeigt ein schwaches Bekenntnis zur Schiffbauergasse. Unterstützung ist intransparent, teils zielgerichtet, teils undifferenziert. Gemeinsame Selbstverwaltung des Standortes. Infrastrukturförderungen dienen der Instandhaltung von temporären Lösungen (z.B. Toilettenwagen). Raum- und Flächennutzung bezieht sich ohne klares Konzept auf den Bestand und bietet eine geringe Aufenthaltsqualität. Die Vermietung der Flächen ist kurzfristig und gewinnorientiert. Der kulturelle Anspruch in der Schiffbauergasse ist relativ niedrig und die gezeigten Formate sind massentauglich und teilweise oberflächlich.

Einnahmen: Die öffentliche Förderung ist relativ gering und eher gewerblich / kommerziell orientiert.

Die Raum- und Flächennutzungen fokussieren sich auf den Bestand und bieten trotzdem eine niedrige Aufenthaltsqualität.

Kulturverständnis und Freiheitsgrade: Die Bevölkerung hat ein enges Verständnis von Kultur, die künstlerische Schaffensfreiheit ist relativ unfrei.

Inhaltliches Angebot + zeitgenössische Kunst: Der künstlerische und kulturelle Anspruch ist relativ niedrig, ein differenziertes Angebot mit hoher (populär) und teilweise geringerer Zugänglichkeit (elitär). Die Erreichbarkeit und Anbindung sind schlecht und erfolgen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Modus.

Kulturpolitik: Die Unterstützung der Kulturpolitik ist minimal, dabei undifferenziert/beliebig, mitunter allerdings auch zielgerichtet.

Geförderte Infrastruktur: Die Förderung der Infrastruktur fokussiert sich auf temporäre Lösungen und erfolgt meist reaktiv (Verbesserungen / Instandhaltung).

Politischer Wille: Relativ schwaches Bekenntnis der Politik zur Schiffbauergasse und passive/contraproduktive Umsetzung der Unterstützung.

Nutzungsverträge und Bindungen: Die zeitliche Bindung der Nutzungsverträge ist kurzfristig und die inhaltliche Ausgestaltung ist ungebunden.

Rechtliche Restriktionen liegen nur bedingt vor und beziehen sich gleichermaßen auf die Allgemeinheit und die Individuen.

Das Image der Schiffbauergasse bezieht sich auf das äußere Stimmungsbild und wird eher regional wahrgenommen.

Schiffbauergasse als Teil der Stadtentwicklung: Die Schiffbauergasse stagniert in ihrer Entwicklung beim Status Quo, die LHP entwickelt sich weiter.

CHANCEN

Welche Chancen ergeben sich aus dem Szenario für die Schiffbauergasse? Wie kann die Schiffbauergasse von den Chancen profitieren?

- Ansprüche von „außen“ gehen zurück (Stichwort: Große Freiheit)
- starke gewerbliche Nutzung
- Zwang zu kreativen Lösungswegen
- Entwicklung von Subkulturen
- Vielfalt auf dem Gelände der SBG (gewerblich)
- Flexibilität der Raumnutzung (temporär)
- Nutzung Freiflächen
- Neuprofilierung

RISIKEN

Welche Risiken können sich aus dem Szenario für die Schiffbauergasse ergeben? Wie kann die Schiffbauergasse die möglichen Risiken minimieren?

- künstlerische Stagnation
- Frequenz der Einnahmen als Maßstab für Kunst! Erfolg + Akzeptanz
- fehlende künstlerische Identität
- Substanzverzehr/Verschleiß
- investiver Stillstand
- geringe Strahlkraft (Image)
- Fluktuation/Leerstand
- Erfolgsdruck zur Grundsicherung (drohende Insolvenzen)
- „Rummelplatz“
- mangelnde Berücksichtigung der Stadtentwicklung
- keine Möglichkeit der Einflussnahme der Akteure

STRATEGISCHE STOSSRICHTUNG

Welche strategischen Stoßrichtungen ergeben sich für die Schiffbauergasse aus dem Szenario?

WAS WOLLEN WIR?

- Vertragsbindung & langfristige Planung
- koordinierte Raum- & Flächennutzung
- Vielfalt
- Gleichgewicht aus künstlerischen Entscheidungen und Management (Facility Management)

WAS BRAUCHEN WIR?

- erwirtschaftete Erlöse stehen künstlerischen Produktionen zur Verfügung
- Quersubventionen zwischen Kommerz und Kunst
- Interessensvertretung der Akteure > Koordination im Sinne einer Struktur
- Facility Management
- künstlerische Entwicklung
- Impulse setzen
- Freiräume schaffen
- Internationales Marketing/Vernetzung
- politische Akzeptanz
- alternative kulturaffine Investoren

KOMMERZ MIT ETWAS KULTUR

Die öffentliche Förderung ist relativ hoch und eher gewerblich/kommerziell orientiert. Die Politik zeigt ein schwaches Bekenntnis zur Kultur in der Schiffbauergasse. Förderungen werden zugunsten anderer Projekte zurückgestellt. Schiffbauergasse als „Treff der Gutachter“. Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf thematisch wechselnde Erlebnisräume. Räume und Flächen aus dem Bestand bieten hohe Aufenthaltsqualität – Investitionen in die Entwicklung erfolgen jedoch am Bedarf vorbei. Nutzungsverträge sind in der Ausgestaltung eher gewerblich ausgelegt. Das inhaltliche Angebot ist vielfältig, differenziert und dabei im hohen Maße zugänglich (populär).

Einnahmen: Die öffentliche Förderung ist relativ hoch und eher gewerblich / kommerziell orientiert.

Raum- und Flächennutzungen fokussieren sich auf den Bestand und bieten eine hohe Aufenthaltsqualität. Dort, wo sie auf Entwicklung orientieren, verschlechtern sich die niedrige Aufenthaltsqualität.

Kulturverständnis und Freiheitsgrade: Die Bevölkerung hat ein enges Verständnis von Kultur, die künstlerische Schaffensfreiheit ist hoch.

Inhaltliches Angebot + zeitgenössische Kunst: Der künstlerische und kulturelle Anspruch ist relativ hoch bei gleichzeitig hoher Zugänglichkeit.

Erreichbarkeit und Anbindung sind gut und vorwiegend im privaten Modus.

Die Unterstützung der Kulturpolitik ist minimal, dabei allerdings zielgerichtet.

Geförderte Infrastruktur fokussiert sich auf temporäre Lösungen. Maßnahmen erfolgen meist proaktiv.

Politischer Wille: Wo ein starkes Bekenntnis der Politik zur Schiffbauergasse erfolgt, entwickelt sich eine passive/contraproductive Umsetzung der Unterstützung, erfolgt jedoch eine aktive Umsetzung der Unterstützung.

Nutzungsverträge und Bindungen: Die zeitliche Bindung der Nutzungsverträge ist teils kurzfristig, teils langfristig und die inhaltliche Ausgestaltung ist ungebinden.

Rechtliche Restriktionen liegen bedingt bis ausgeprägt vor und beziehen sich primär auf Individuen.

Das Image der Schiffbauergasse bezieht sich auf das innere und äußere Stimmungsbild und wird eher regional wahrgenommen.

Schiffbauergasse als Teil der Stadtentwicklung: Die Schiffbauergasse entwickelt sich parallel zur Landeshauptstadt weiter, in Teilen stagniert jedoch die Entwicklung.

CHANCEN

Welche Chancen ergeben sich aus dem Szenario für die Schiffbauergasse?
Wie kann die Schiffbauergasse von den Chancen profitieren?

- neue Chancen für das Marketing durch gewerbliche Nutzer
- Satzungen werden hinterfragt und neugefasst
- gute Erreichbarkeit + Verkehrsinfrastruktur fördert Veranstaltungen und die Umsetzung des Konzepts (roter Teppich für Privatanreisende)
- hohe Frequenz auf Schiffbauergasse
- Kultur als Chance, weil Zeit für Forschung und Entwicklung
- Kommerz zieht viele Menschen an, bringt Frequenz für Kultur
- weniger Restriktionen sorgen für einfachere Beantragung und Durchführung von Veranstaltungen
- Standortseite = vorbereitete Services für Veranstaltungen (Sicherheit, Verkehr, Logistik, Toiletten,...)
- Ansiedlung neuer gewerblicher Angebote erhöht Einnahmen zur Realisierung der Strategie
- differenzierter Mix aus langfristigen Nutzungsverträgen und Förderung für Kultur, kurzfristige Verträge für kommerzielle Angebote
- Masterplan fokussiert Umsetzung auf gemeinsame Ziele (Systematisch, Schrittweise)
- partielle „Leuchttürme“, hohe Basisinstandsetzung & Frequenz = neue Gebäude
- mehr private Förderung
- Gastronomie entsteht

RISIKEN

Welche Risiken können sich aus dem Szenario für die Schiffbauergasse ergeben?
Wie kann die Schiffbauergasse die möglichen Risiken minimieren?

- Wohnanforderungen (Ruhe...) bedrohen Kultur & Kommerz
- zu wenig Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs für An- und Abreise
- Freizeit-Disneyland (kommerziell-privat ausgerichtet, wenig Bildungsangebote, wenig Wissenschaft) schwächt Profil der SBG als Kulturstandort
- Politik fördert Kultur woanders
- Großveranstaltungen bedeuten finanzielle Risiken für Kulturschaffende
- Kulturpolitik hat weniger Gestaltungsspielraum (gewollt)
- bestimmte Kulturangebote werden verdrängt (Einschränkung der Aktionsbereiche)
- Kultur muss sich stärker an der Verwertung orientieren (Kommerzialisierung)
- reduziertes Standortmarketing durch LHP behindert Wachstum
- „Erfolgsbeurteilung“ erfolgt ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien
- weniger Grünflächen
- weniger eigene Kunstproduktionen am eigenen Standort

STRATEGISCHE STOSSRICHTUNG

Welche strategischen Stoßrichtungen ergeben sich für die Schiffbauergasse aus dem Szenario?

WAS WOLLEN WIR?

- öffentliche Förderung durch private Hand ersetzen
- Kultur, Infrastruktur, Wirtschaft
- Koordination der gemeinsamen Interessen
- Organisation des Flickenteppich, das er manage bar wird: Organisationskonzept
- zentrale Ansprech- & Verhandlungspartner; Center-Management; Sollkonzept Schiffbauergasse; Facility Management
- kulturelle Leuchttürme
- attraktiver kommerzieller-kultureller Mix
- Gewerbeauswahl mit passendem Mix

WAS BRAUCHEN WIR?

- private Mittel
- Zusammenarbeit mit Wirtschaftsförderung
- Investition in Verkehrsinfrastruktur
- Bekenntnis der Politik zum Konzept
- Organisationskonzept und -Struktur
- Gewerbekonzept für Schiffbauergasse
- mehr Handlungsfreiheit, weniger Restriktionen
- definierter Schutzraum für Kultur (Planbarkeit, langfristige Verträge)

WAS IST ERFOLG?

- Kulturproduktionen am Standort mit überregionaler Bedeutung-reichhaltig!
- Steuereinnahmen, Mieteinnahmen, Ticketeinnahmen
- Hohe Frequenz der Besucher
- Kultur bleibt am Standort und gehört zum Profil der Schiffbauergasse



WAS WIR WOLLEN

DIE 6. UND LETZTE PHASE DES WORKSHOPS DIENTE DER ERARBEITUNG EINES GEMEINSAMEN ZIELBILDES. MAN VERSTÄNDIGTE SICH ÜBER DIE MÖGLICHKEIT EINER GEMEINSAMEN VISION UND EINIGTE SICH AUF NÄCHSTE GEMEINSAME SCHRITTE.

Die Teilnehmer entschieden nach Abstimmung, Diskussion und nochmaliger Abstimmung, das Szenario „Schiffbauergasse als internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ zum Gegenstand der weiteren Betrachtungen zu machen. Die Analyse hatte ergeben, dass ein Eintreten dieses Szenarios „durchaus möglich“ sein könnte. Dies würde Veränderungen mit sich bringen oder auch erfordern, deren Ausprägung etwa in der Mitte zwischen „leichte Veränderung“ und „fundamentaler Wandel“ liegen würde.

Danach erarbeiteten sich die Teilnehmer ein gemeinsames Zielbild: Was wollen wir? Was brauchen wir? Was ist Erfolg? Und: Was machen wir jetzt gleich?

WAS WOLLEN WIR?

- ▶ Internationales Kunstquartier als Publikumsmagnet
- ▶ Kulturproduktion mit überregionaler Bedeutung
- ▶ starkes Netzwerk am Standort

WAS BRAUCHEN WIR?

1.

Umfeldbedingungen

- enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung
- starke und verlässliche Partner (Gastro, Politik, Wirtschaft, Kultur)
- verbesserte Kommunikation, um auf politischer Ebene zu mehr Einfluss zu gelangen
- Offenes Kulturverständnis seitens der Bevölkerung und Rahmenbedingungen, die eine hohe künstlerische Schaffensfreiheit gewährleisten
- Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel zur Instandhaltung, Verbesserung und Entwicklung der Infrastruktur insbesondere unter Berücksichtigung der Anforderungen des Standortes Schiffbauergasse als „Internationales Kunstquartier & Publikumsmagnet“

4.

Finanzierung

- Steuer-, Miet- und Ticketeinnahmen
- Dialog mit der Wirtschaft
- Akquise von privaten Mitteln
- langfristige Planung
- Querfinanzierung - Kultur durch kommerzielle Erlöse
- Relativ hohe öffentliche Förderung verbunden mit einem öffentlichen Auftrag der Schiffbauergasse

2.

Inhaltliches Standortprofil

- Vielfalt des Angebots
- hochwertiges Angebot in allen Bereichen und einladende Aufenthaltsqualität
- kulturelle Leuchttürme und attraktiver kommerzieller-kultureller Mix
- Gesteuerte und zielgerichtete Pflege und inhaltliche Nutzung der Räume und Außenflächen im Bestand sowie bedarfsgerechte Entwicklung zusätzlicher Raum- und Flächenangebote

5.

Strukturelle Bedingungen

- Koordination der gemeinsamen Interessen
- kompetente Steuerungsgruppe mit klarem Auftrag als Bindeglied zu Politik und Verwaltung
- Aufdeckung von Einsparungspotentialen, zum Beispiel von Betriebskosten
- bessere mediale Kommunikation/ mediale Sichtbarkeit
- gute Infrastruktur (Ticketing, Anreise, Gastro usw.)
- Gute Erreichbarkeit und Anbindung der Schiffbauergasse sowohl im privaten als auch im öffentlichen Modus

3.

Standortmarketing

- Gewerbeansiedlung kleinteilige Nutzung
- Integriertes Organisationskonzept
- Konzept zur Ansiedlung und Entwicklung von Gewerbe
- kunstaffine gewerbliche Nutzer akquirieren
- zusätzliche Flächen + Facility Management
- Unterstützung der überregionalen Wahrnehmung des Standortes durch geeignete Marketingmaßnahmen

6.

Politik und rechtliche Rahmenbedingungen

- definierter Schutzraum für Kultur und Wirtschaft
- gesicherte Vertragsgrundlagen
- Interessenvertretung der Akteure
- Maximale und zielgerichtete Unterstützung durch die Politik im Allgemeinen und durch die Kulturpolitik im Speziellen

WAS IST ERFOLG?

- ▶ wachsendes Publikum, das gerne wiederkommt
- ▶ wenn SZ und Die Zeit regelmäßig berichten
- ▶ Mitarbeiter identifizieren sich
- ▶ wenn die negative Stimmung von außen abebbt
- ▶ höhere Akzeptanz
- ▶ ausreichende Finanzierung
- ▶ inhaltliche innovative Weiterentwicklung
- ▶ bezahlte (ausreichend) Mitarbeiter
- ▶ städtische Identifikation

WAS MACHEN WIR JETZT GLEICH?

1. Aufbau einer Roadmap

Federführung: Christian Haseloff, Isabel Ahrens

2. Erarbeitung einer Beschlussvorlage

Federführung: Dr. Birgit-Katharine Seemann, Pro Potsdam, Dr. Iris Jana Magdowski, Sabine Chwalisz

3. Organisierter Kommunikationsprozess

Presseerklärung; außerordentlicher Kulturausschuss + weitere
Federführung: Dr. Birgit-Katharine Seemann, Jan Brunzlow, Siegfried Dittler

4. Maßnahmen zur kurzfristigen Verbesserung der Aufenthaltsqualität

Arbeitsgruppe: Aufenthaltsqualität; Beleuchtung
Federführung: Christian Haseloff, Kathrin Völker, Heiderose Gerber

5. Formulierung einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung

Federführung: Dr. Birgit-Katharine Seemann, Marcus Görke, Siegfried Dittler,
Jörn-Michael Westphal

REFLEXIONEN

Nach meiner Ansicht verlief der Workshop in einer sehr konstruktiven Atmosphäre. Daraus könnte man eine zukünftig positiverer Entwicklung dieses Stadtviertels ableiten. Allerdings halten sich meine Erwartungen aufgrund bisheriger Erfahrungen in Grenzen.

Heinrich Liman,
museum FLUXUS+
Direktor

Die Ergebnisse wurden durch große Sachkenntnis der verschiedenen Vertreter der Kultureinrichtungen sowie der Verwaltungen erarbeitet. Alle teilnehmenden Vertreter können die Ergebnisse vollständig mittragen. Es herrschte eine sehr offene, auf das Ziel orientierte Atmosphäre. Wir hoffen, dass aus diesen Workshop-Ergebnissen Realität wird und es nicht wieder ein Zwischenschritt bleibt, wie es in den letzten Jahren der Fall war.

Volkmar Raback, Hans Otto Theater,
Geschäftsführender Direktor



Für mich war der Workshop ein motivierende Veranstaltung, die gleichzeitig die Themen der Schiffbauergasse aus einer breiteren Perspektive betrachten konnte sowie die Blicke in eine gemeinsame Richtung sammeln konnte.

Laurent Dubost, tanzfabrik,
Vorstand

Die drei Workshoptage waren sehr spannend und ich hätte nach dem ersten Tag noch nicht erwartet, dass es letztendlich zu diesem konstruktiven Ergebnis und einer „gemeinsamen Marschrichtung“ kommt. Ich hoffe und erwarte, dass die vereinbarten Ziele und Maßnahmen den Standort Schiffbauergasse nachhaltig beleben werden.

Christoph Bänsch, ProPotsdam,
Assistent der Geschäftsführung

In einer konstruktiven Atmosphäre entstanden verschiedene teilweise auch recht überraschende und originelle Visionen und Zukunftsmodelle, die sicherlich noch mehr kreatives Potenzial beinhalten, als die Ergebnisse des 3. Tages vermuten lassen. Trotzdem sind die Bildung einer gemeinsamen Steuerungsrunde und die Festlegung der zentralen Zielsetzung, einen Kunst- und Kulturstandort mit internationaler Ausstrahlung zu schaffen, für mich überraschend klare und zukunftsweisende Ergebnisse. Der Abschluss des Workshops war geprägt von einem positiven Gefühl des Aufbruchs und des Miteinanders von Kultur, Politik und Verwaltung. Damit wurde ein neuer offener Diskurs eröffnet, der hoffentlich in dieser Qualität weitergeführt wird.

Jens-Uwe Sprengel,
T-Werk, Künstlerische Leitung

Die Entwicklung eines internationalen zeitgenössischen Kunstzentrums als Publikumsmagnet ist eine sehr starke Grundlage mit einem klaren inhaltlichen Auftrag. Diese Klarheit war eine wesentliche Erwartung an den Workshop. Die konstruktive Atmosphäre und die ergebnisorientierte Herangehensweise sind eine Voraussetzung, um diese Grundlage dann auch in verbindliche und rechtlich tragfähige Beschlüsse zu fassen.

Die Verpflichtung erwächst aus der Gruppe der Beteiligten und birgt die Chance einer scharfen inhaltlichen Profilierung der Schiffbauergasse aber auch eine finanzielle und bauliche Einbettung, die eine zeitnahe und konkrete Umsetzung des Ergebnisses erst möglich machen.

Sabine Chwalisz, fabrik Potsdam,
Vorstand

Der Workshop hat aufgezeigt, dass die Kulturträger in der Schiffbauergasse an einer Weiterentwicklung des Standortes gemeinsam mit der ProPotsdam interessiert sind. Vorhandene Ängste, dass über den Kopf der Kulturträger hinweg Entscheidungen getroffen werden, konnten abgebaut werden. Das alles geschah in einer sachlichen und offenen Atmosphäre. Mit den Ergebnissen des Workshops verbinde ich die Erwartung, dass unter dem Leitbild eines international geprägten Kulturstandortes die ProPotsdam ihre Stärken vom Facility Management bis zur Standortentwicklung einbringen kann.

Dr. Iris Magdowski,
Landeshauptstadt Potsdam, Beigeordnete



Den ersten Tag hatte ich als sehr anstrengend empfunden. Zu Beginn hatte ich die Befürchtung, dass man wieder von ganz vorn beginnt, also noch einmal alle Probleme aufnimmt, die in diversen Workshops und Studien in der Vergangenheit erfasst wurden. Das ist dann glücklicherweise nicht eingetreten. Verwundert hatte mich der teilweise nicht vorhandene Respekt für die Leistung des anderen bzw. dass man seine eigene Arbeit höher bewertet als die der anderen. Entsprechend pessimistisch bin ich in den zweiten Tag gestartet, der jedoch aus meiner Sicht recht produktiv und positiv verlief.

Nadine Ryšlavý, ProPotsdam,
Leiterin Stabsstelle Baucontrolling und Vergabe

Den Workshop empfand ich als offen und konstruktiv geführt mit einem gesunden Maß an Streitkultur. Das gewählte Referenzszenario halte ich persönlich für etwas zu optimistisch, aber gern irre ich mich hier.

Rico Heldler,
Trollwerk, Geschäftsführer

Ich denke, dass wir mit dem Ergebnis des Workshops sehr zufrieden sein können. Das gemeinsam ausgearbeitete Zielbild bietet eine gute Grundlage, um das Szenario „Die Schiffbauergasse als internationales Kunstquartier und Publikumsmagneten“ zu verwirklichen. Diese Grundlage, zusammen mit der Bildung einer kompetenten Steuerungsgruppe, stimmt mich sehr optimistisch, dass aus den Ergebnissen des Workshops ein gutes Organisationskonzept ausgearbeitet und umgesetzt wird.

Annika Elchmann, GEWOBA,
Kaufmännische Kundenbetreuerin

Ich werde den Szenario-Workshop in guter Erinnerung behalten, da in den Diskussionen spürbar war, dass die Beteiligten intensiv nach einer gemeinsamen Perspektive für die Schiffbauergasse suchen. Auch wenn die Ergebnisse angesichts zahlreicher vorangegangener Suchen nicht völlig neu sein können, haben die Teilnehmer des Workshops erst einmal vorgelegt: Ich hoffe, dass der weitere Prozess der Umsetzung ein für die Teilnehmer „akzeptables“ und umsetzbares Ergebnis bringt.

Reiner Walleser,
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur,
Abteilungsleiter



Mit dem präferierten Zielbild hat man sich bewusst zu einer Entwicklung bekannt, die ein hohes Engagement aller Akteure bedarf. Durch die Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnis bezüglich der Herausforderungen am Standort wurden dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen.

Christian Haseloff,
ProPotsdam,
Projektassistent

Die von der Mehrheit gewünschte Umsetzung von Szenario 1 ist auch aus meiner Sicht für die Zukunft der Schiffbauergasse unabdingbar.

Ich hätte mir gewünscht, dass dazu bereits konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Ich hoffe, dass im Anschluss an den Workshop daran zügig weiter gearbeitet wird. Für die Arbeitsgruppe Aufenthaltsqualität gibt es bereits einen Anschlusstermin. Das finde ich gut. Die Atmosphäre einzuschätzen ist für mich schwierig, da ich nur an einem Tag teilgenommen habe. Die Gesprächsführung sollte immer bemüht sein, alle Teilnehmer am Workshop zu Wort kommen zu lassen, um Viellednern nicht das alleinige Podium zu geben. Dies ist hier meiner Meinung nach nicht gelungen. Warum hat eine reine Männergruppe den Workshop geleitet? Eine Gruppe, die gleichberechtigt aus Männern und Frauen besteht, hätte das Augenmerk möglicherweise mehr auf vielfältigere Bedarfe gerichtet.

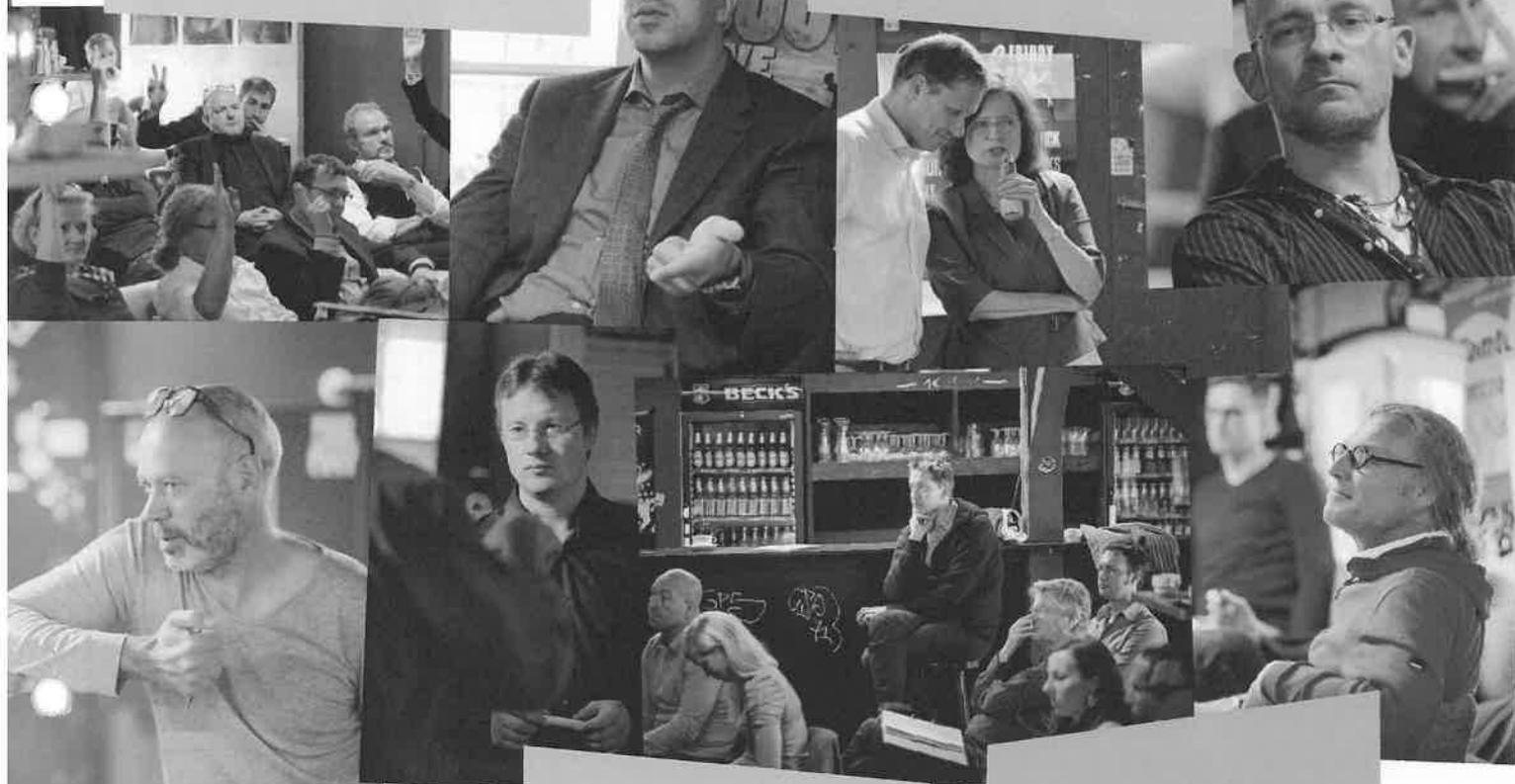
Heiderose Gerber, Frauenzentrum,
Geschäftsführerin

An das Kultur- und Infrastrukturmanagement der Schiffbauergasse wurden Erwartungen formuliert, die angesichts schwieriger Rahmenbedingungen nur schwer zu erfüllen sind. Die Szenariotechnik ermöglichte sich widersprechende Positionen der Beteiligten, aber auch kreative Vorschläge einzubinden, systematisch abzugleichen und letztendlich ein gemeinsames Zielbild zu entwickeln. Mit diesem kooperativen Verständnis und den vereinbarten Sofortmaßnahmen sind wichtige Grundlagen für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Standorts geschaffen worden.

Jörn-Michael Westphal, ProPotsdam, Geschäftsführer

Die Workshop-Ergebnisse sind für mich dann erfolgreich, wenn den Vorhaben nun die entsprechenden Taten folgen und jetzt konkrete Schritte in die Richtung, für die „Wir“ uns entschieden haben und die ich gut finde, gegangen werden. D.h. aber auch, dass das Theaterschiff eine echte Chancengleichheit gegenüber anderen Kulturanbietern am Standort Schiffbauergasse bekommt. Was die Förderung und damit verbunden die Ausstattung und Arbeitsmöglichkeiten betrifft, sind wir davon noch sehr weit entfernt.

Bob Schäfer, Theaterschiff, Vorstand



Ich habe die Atmosphäre als sehr konstruktiv und zielgerichtet empfunden. Es herrschte eine hohe Verbindlichkeit bei den Teilnehmerbeiträgen. Die Ergebnisse sind gut geeignet, Maßnahmen zur Verbesserung des status quo herbeizuführen.

Siegfried Dittler, Waschhaus GmbH, Geschäftsführer

Die Ergebnisse des Workshops sind eine gute Grundlage, um der Zukunft der Schiffbauergasse neue Impulse zu geben und Verantwortlichkeiten besser zu strukturieren. Ich empfand die Atmosphäre sehr konstruktiv und habe über Kulturpolitik viel gelernt. In den entscheidenden Fragen wurde eine lebhaft Diskussion nicht gescheut, sodass alle wichtigen Aspekte in das Ergebnis Eingang gefunden haben.

Harald Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters

Ergebnisseitig hat der Szenarioworkshop länger bekannte Erwartungshaltungen der Akteure vor Ort bestätigt. Mit der Realisierung des favorisierten Szenarios für eine Marke „Schiffbauergasse“ sollte unmittelbar, unter Einbeziehung aller Interessierten und öffentlich kommuniziert, begonnen werden.

Detlef Franke, Geschäftsführer, LAG Soziokultur Brandenburg e.V.

DIE MODERATOREN



Sebastian Ley



Dennis Schmidt



Marcus Goerke



Dr. Dominik Fischer

Ich bin davon überzeugt, dass die Akteure die Chance, gemeinsam den Standort Schiffbauergasse mit der Landeshauptstadt Potsdam weiter zu entwickeln, ergreifen. Dabei wünsche ich mir, dass die Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten aufrechterhalten wird und das gemeinsam erarbeitete Zielbild in Maßnahmen transferiert werden, die für alle tragbar und zukunftsfähig sind.

Aufgrund der Vorgeschichte rund um die Schiffbauergasse habe ich zu Beginn der Workshopreihe ein wenig Skepsis gegenüber dem Vorhaben gespürt. Diese konnte jedoch schnell abgebaut werden. Das partizipative Verfahren hat aus meiner Sicht dazu geführt, dass die anfängliche Skepsis schnell abgelegt werden konnte. Durch die zahlreichen Möglichkeiten, Inhalte in kleinen Gruppen oder im Plenum zu diskutieren, ist ein konstruktives und kooperatives Stimmungsbild entstanden. Insgesamt habe ich die Atmosphäre als gut wahrgenommen, auch wenn das eine oder andere „Tal der Tränen“ gemeinsam durchgegangen wurde.

Mit der Szenario-Technik ist es gelungen, unter den Kulturanbietern und mit der Stadt eine inhaltliche Vision für das zukünftige inhaltliche Profil der Schiffbauergasse zu erarbeiten. Der intensive Workshop-Prozess führte außerdem zu konkreten Vereinbarungen für nächste Schritte. Nun besteht die Herausforderung, Gremien mit starkem Mandat der Teilnehmer zu bilden, die Positionen im politischen Potsdam zu vertreten und Beschlüsse wirkungsvoll umsetzen. Die Basis dazu ist nun gelegt!

Die Mischung aus innovativem Gewerbe und kultureller Vielfalt, die in der Schiffbauergasse gelebt wird, hat mich fasziniert. Umso mehr freut es mich, dass im Rahmen der Workshop-Reihe gemeinsam von allen Teilnehmern der Grundstein für die Entwicklung einer stimmigen Standortvision gelegt wurde. Für die erfolgreiche Umsetzung der entstandenen Ideen wünscht das UNITY-Team allen Akteuren weiterhin viel Elan und die nötigen Ausdauer. Ideen, Akteure und Aktivitäten im Miteinander zu vereinen ist dabei Herausforderung und Erfolgsrezept zugleich!

IMPRESSUM



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Workshop wurde im Auftrag der Landeshauptstadt Potsdam von der ProPotsdam GmbH organisiert und von der UNITY AG durchgeführt. **Herausgeber:** ProPotsdam GmbH, Pappelallee 4, 14469 Potsdam **Inhaltliches und Gestaltungskonzept:** Carsten Hagenau & Norbert Haftka **Redaktion:** PROJEKTKOMMUNIKATION Hagenau GmbH **Redaktionsschluss:** 27.09.2013 **Gestaltung:** Norbert Haftka, Haftka.Grafik **Fotos:** Tina Merkau, Benjamin Maltry, Unity AG, Jon Parry (U), Evgeny Korshenkov - fotolia.com (S. 7-8), chris74 - fotolia.com (S. 26), Martin Abegglen (S. 28), Ranging Wire - flickr.com (S. 30) **Texte:** Alle nicht namentlich gekennzeichneten Texte wurden während des Workshops von Teilnehmern erarbeitet und von der UNITY AG protokolliert. Die Redaktion hat sich erlaubt, im Interesse einer besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit stilistische, den Inhalt der betreffende Passage nicht beeinträchtigende Korrekturen vorzunehmen. So hat die Redaktion auf die Abkürzung „SBG“ verzichtet, um das Wort „Schiffbauergasse“ zu verwenden, oder auch „Facility Management“ statt „FM“ geschrieben. Ebenso hat die Redaktion Wortgruppen ergänzt, so heißt etwa die Wortgruppe „Interessenvertretung Akteure“ nunmehr „Interessenvertretung der Akteure“. Die Aufzählung auf S. 34 (Was brauchen wir?) wurde ergänzt mit entsprechenden Aussagen des Referenzszenarios. **Druck:** Das Druckteam

VIELE AKTEURE - EIN ZIEL

Die Schiffbauergasse auf dem Weg zum „Internationalen Kunstquartier und Publikumsmagneten“

„Gemeinsam auf dem Weg zum Ziel“ - Diese bekannte Redewendung kann für die Akteure der Schiffbauergasse, die Landeshauptstadt Potsdam und den Unternehmensverbund ProPotsdam Realität werden: Infolge eines dreitägigen Szenario-Workshops wurde eine gemeinsame Zukunfts-Vision für die Schiffbauergasse entwickelt, welche in den kommenden Jahren verfolgt werden soll. Die Schiffbauergasse möchte sich als „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“ profilieren und etablieren.

Die Zukunft der Schiffbauergasse kann nicht gewusst und vorhergesehen werden, aber sie ist gestaltbar. Allerdings erfordert es dazu ein Instrument, welches Zukünfte „greifbar“ und anschaulich darstellt. Ein Werkzeug, das diesem Anspruch gerecht wird, ist die Szenario-Technik. Seit den achtziger Jahren wird sie zunehmend angewandt, um strategische Planungsprozesse mit Hilfe von Zukunftsbildern zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund bisher erfolgter konzeptioneller Überlegungen beauftragte Oberbürgermeister Jann Jakobs den Unternehmensverbund ProPotsdam, einen Workshop durchzuführen, in dem verschiedene Zukunfts-Szenarien für die Schiffbauergasse aufgestellt werden sollten. Das Unternehmen UNITY Consulting & Innovation begleitete den Workshop im Auftrag der ProPotsdam GmbH.

Nahezu alle Akteure der Schiffbauergasse, die Landeshauptstadt Potsdam und Vertreter des Landes nahmen an den drei Workshop-Tagen teil und warfen einen Blick in die Zukunft der Schiffbauergasse, um sich final auf ein realistisches Referenz-Szenario, der Zukunfts-Vision, zu verständigen.

Die Besonderheit des Workshops lag in der Methodik. Alle Arbeitsschritte wurden gemeinsam in bunt gemischten Arbeitsgruppen bestritten, welche sich immer wieder neu formierten. Meinungs-austausch und Diskussion waren jederzeit erwünscht.

Dabei hätten die Gruppen unterschiedlicher nicht sein können - So kamen ein Vertreter des zeitgenössischen Tanz' der fabrik Potsdam, ein Verwaltungsmitarbeiter der ProPotsdam GmbH und der kreative Kopf des Hans Otto Theater zusammen, um Faktoren festzulegen, die die Zukunft der Schiffbauergasse beeinflussen. Anschließend wurden im Dialog die wichtigsten Faktoren als Schlüsselfaktoren definiert.

Spannend wurde es, als für diese Schlüsselfaktoren, beispielsweise „Nutzungsverträge und -Bindungen“, Zukunfts-Projektionen entwickelt werden sollten. „Wie könnte die Schiffbauergasse in zwanzig Jahren aussehen, wenn es keine rechtlich fixierte Nutzungsbindung mehr gäbe?“ fragte sich die Gruppe von Sabine Chwalisz (fabrik Potsdam). „Gleicht die Schiffbauergasse dann einer Markthalle, oder finden hier nur noch Messen und Kongresse statt?“ Denken in allen Extremen war erlaubt.

Die entwickelten Zukunfts-Projektionen wurden festgehalten und nachfolgend mithilfe einer Software zu drei in sich schlüssigen Zukunfts-Szenarien zusammengeführt. Eines der drei Szenarien bezieht sich auf eine rein kommerzielle und gewerbliche Ausrichtung der Schiffbauergasse, während das zweite Szenario annähernd am Status Quo festhält. Das dritte Szenario zeigt die Schiffbauergasse als „Internationales Kunstquartier und Publikumsmagnet“. Auf dieses Zukunftsbild wurde sich in der Ab-

schlussdeklaration des Workshops verständigt (Referenz-Szenario).

Zur Charakteristik des Referenz-Szenarios:

In der Vorstellung der Teilnehmer haben das inhaltliche Angebot und die zeitgenössische Kunst der Schiffbauergasse einen hohen kulturellen Anspruch. Die öffentliche Förderung ist relativ hoch und mit einem öffentlichen Auftrag der Schiffbauergasse verbunden. Es existieren Infrastrukturförderungen für Bestand und Neubau. Räume und Flächen versprechen eine hohe Aufenthaltsqualität für die Besucher. Nutzungsverträge der Anlieger sind langfristig angelegt.

Mit diesem, gemeinsam entwickelten, Zukunftsbild ist das langfristige Ziel für die Schiffbauergasse festgelegt. Im Anschluss an den Workshop ist es Aufgabe der ProPotsdam GmbH (in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik sowie den Akteuren der Schiffbauergasse) das Standortmanagement und -marketing strategisch so aufzustellen, dass die Vision verfolgt werden kann.

Erste Schritte sind bereits geplant und befinden sich in der Ausgestaltung, unter anderen die Gründung einer Arbeitsgruppe „Aufenthaltsqualität“, die Erarbeitung eines Kommunikationsprozesses für Medien und Politik sowie die Einberufung einer strategischen Steuerungsrunde (sowohl Akteure der Schiffbauergasse, als auch aus Politik und Verwaltung sowie der ProPotsdam GmbH).

Im Anschluss an die Veranstaltung fand ein gemeinsames Pressegespräch statt. Dessen Inhalte sind an dieser Stelle von Isabel Ahrens in Abstimmung mit Sabine Chwalisz, Jan Brünzlow und Dr. Birgit-Katharine Seemann zusammengefasst.

BAUEN

Anlage 3 – Erforderliche Rahmenbedingungen und Handlungsansätze¹

Nachfolgend werden die unter Punkt 3. Zielbild erwähnten Schlüsselfaktoren kurz definiert und beschrieben, wie diese zukünftig ausgeprägt sein müssen, um den Standort Schiffbauergasse gemäß dem Zielbild zu einem „**Internationalen Kunstquartier und Publikumsmagneten**“ entwickeln zu können.

Nutzungsverträge und –bindungen

Definition: Nutzungsverträge und –bindungen sind definiert durch die zeitlichen und inhaltlichen Grundlagen der Nutzung von Infrastruktur auf dem Gelände der Schiffbauergasse

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es der Existenz langfristiger Nutzungsverträge mit einer fest definierten inhaltlichen Ausgestaltung (Zweckbindung)

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Abschluss langfristiger Nutzungsverträge mit den Kulturschaffenden am Standort SBG
- Künstlerische Bindung der Kulturschaffenden
- Sicherung von Zuschüssen
- SBG mit einer landesweiten Bedeutung im Bereich Kunst und Kultur sowie einer internationaler Ausstrahlung
- Nachhaltige Ressourcennutzung in der SBG
- Entstehung von Entwicklungspotentialen

Geförderte Infrastruktur

Definition: Infrastrukturförderung ist definiert durch die Bereitstellung von Mitteln für Investitionen in die Herstellung und Modernisierung von Gebäuden, Wegen, Freiflächen und Plätzen

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Investitionen in die Infrastruktur (z. B. Förderung und private Dritte). Die Maßnahmen erfolgen sowohl reaktiv (Bestand) als auch proaktiv (Entwicklung)

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Bauliche Nachverdichtung u.a. zur Realisierung öffentlicher Toilette und Lager- und Gastronomieflächen
- Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im Bereich der Freiflächen, wie zum Beispiel die Bereitstellung von Fahrradständern oder die Realisierung eines Spielplatzes

¹ Da der Projektionsbildungsprozess ein kreativer Prozess des Workshops ist, wurden die Ideen und Vorschläge in angepasster Form in das Konzept der ProPotsdam überführt.

Politischer Wille

Definition: Politischer Wille ist charakterisiert durch das Bekenntnis zum Kulturstandort SBG und dessen Umsetzung (durch Aktionen)

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es eines starken Bekenntnisses der Politik zum Standort Schiffbauergasse, das sich insbesondere im Rahmen einer aktiven und zielführenden Unterstützung seitens der Politik ausdrückt.

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Vereinfachung des Zugangs zu Fördermitteln
- Erhöhung der Förderquote durch die Politik
- Enge Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Kultur
- Zeitgenössische Kunst und Kultur findet überregional ausstrahlend in der SBG statt

Kulturpolitik

Definition: Kulturpolitik ist definiert durch die Auseinandersetzung, das Erkennen, das Einordnen, das Bewerten und anschließende Umsetzen von Kultur-fördernden Maßnahmen

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es einer maximalen und zielgerichteten Unterstützung seitens der Kulturpolitik

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Starke Identifikation der Kulturpolitik mit dem Standort SBG
- Erarbeitung einer nachhaltigen Planung seitens der Kulturpolitik
- Beteiligung der Akteure der SBG an der Kulturpolitik
- Realisierung einer bedarfsgerechten und flexiblen Förderung
- Erarbeitung einer Gesamtvision für den Standort Potsdam unter Einbeziehung des Standortes SBG
- Gewährleistung transparenter Entscheidungsprozesse

Erreichbarkeit und Anbindung der SBG

Definition: Erreichbarkeit und Anbindung der SBG ist charakterisiert durch das „Finden“, „Hinkommen“, „darauf Bewegen (Querverkehr, Parken)“ und das „Wegkommen“

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es einer guten Erreichbarkeit und Anbindung der SBG im privaten und/oder öffentlichen Modus

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Gewährleistung eines bedarfsgerechten (i.S.v. quantitativ u. qualitativ) Anschlusses der SBG an den ÖPNV über die Stadtgrenzen der LHP hinaus, insbesondere zu bedeutenden Verkehrsknotenpunkten
- Kommunikation und Transparenz der Angebote des ÖPNV
- Errichtung eines klaren Leitsystems auf dem Gelände der SBG
- Realisierung eines flexiblen und veranstaltungsaffinen Parksystems

Einnahmen

Definition: Einnahmen sind definiert durch temporäre oder langfristige/ gesicherte Fördermittel für kulturelle Aktivitäten. Einnahmen für die Schöpfung, Präsentation und Vermarktung kultureller Güter aus öffentlicher und privater Hand

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es einer relativ hohen Förderung, die mit einem öffentlichen Auftrag an die SBG verbunden ist

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Mehrjährige Förderung von Kulturprojekten
- Gewährleistung der Zugänglichkeit (i.S.v. kostengünstig) zu kulturellen Angeboten für eine breite Bevölkerungsschicht und für alle Generationen
- Schutz der Kultur- und Produktionsräume durch öffentliche Förderung

Kulturverständnis und Freiheitsgrade

Definition: Kulturverständnis und Freiheitsgrade wird definiert durch den Grad der Unabhängigkeit und die Normierung der Kunstproduktion und -wahrnehmung

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es der Existenz eines offenen Kulturverständnisses seitens der Bevölkerung und der Bewahrung einer hohen künstlerischen Schaffensfreiheit

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Gewährleistung/Angebot eines vielfältigen und dynamischen Angebotes mit interaktivem Charakter durch die Kulturträger
- Schaffung von Entwicklungspotentialen am Standort Schiffbauergasse

Inhaltliches Angebot u. zeitgenössische Kunst

Definition: Inhaltliches Angebot und zeitgenössische Kunst ist definiert durch Kultur als Kernangebot der SBG

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es eines relativ hohen künstlerischen und kulturellen Anspruchs, der im Ergebnis sowohl zu Angebote mit hoher Zugänglichkeit (populär) als auch zu Angeboten für verschiedene Zielgruppen

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Realisierung von Angeboten mit gesellschaftlicher Relevanz
- Gewährleistung eines vielfältigen und differenzierten Programms am Standort Schiffbauergasse
- Durchführung von Festivals mit internationalem Programm
- Sicherstellung optimaler Arbeits- und Produktionsbedingungen für die Kulturträger am Standort
- Punktuelle Spezialisierung des Angebotes mit dem Ziel der Initiierung von Trends u. Innovationen

Schiffbauergasse als Teil der Stadtentwicklung

Definition: SBG als Teil der Stadtentwicklung ist charakterisiert durch die städtebauliche Einordnung der SBG und ihre Veränderung in der Zukunft, sowie die des städtebaulichen Konzepts der Schiffsbauergasse

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es einer kontinuierlichen Entwicklung des Standortes Schiffbauergasse parallel zur Landeshauptstadt Potsdam

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Deckung zusätzlicher Bedarfe nach Kunst & Freizeit der Potsdamer Bürger am Standort Schiffbauergasse
- Schaffung der Voraussetzung für zusätzliche Angebote durch die optimierte Neuordnung und Zuordnung von Flächen im Bestand, ergänzt durch zusätzliche Flächen im Rahmen einer Nachverdichtung des Standortes
- Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse des Standortes Schiffbauergasse im Kontext der gesamtheitlichen Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam, u.a. verbesserte Anbindung an den ÖPNV und Erschließung für den Individualverkehr

Raum- und Flächennutzung

Definition: Raum- und Flächennutzung ist definiert durch die Pflege, Entwicklung und inhaltliche Nutzung der Räume und Außenflächen, sichtbar am Grad ihrer Nutzung bzw. Frequentierung

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es einer optimierten und abgestimmten Raum und Flächennutzung im Bestand, ergänzt durch die etwaige bauliche Nachverdichtung und Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität.

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Umsetzung einer belebenden und einladenden Beleuchtung in der Schiffbauergasse
- Ergänzende und temporäre Bepflanzung der Flächen und Gebäude
- Ausbau der Infrastruktur, z.B. WC Anlagen, Sitzmöglichkeiten und Müllstandorte
- Nutzung auch saisonbedingter Lösungen

Rechtliche Restriktionen

Definition: Rechtliche Restriktionen sind definiert durch juristische und behördliche Voraussetzungen für die Entwicklung, Nutzung und Bepflanzung der Schiffbauergasse

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es rechtlicher Regelungen die sich primär auf den Schutz der Individuen (i.S.v. Kulturträger und Akteure am Standort Schiffbauergasse) beziehen.

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Modifizierung der vorhandenen Werbesetzung
- Aufstellung eines Bebauungsplanes

Image der Schiffbauergasse

Definition: Das Image der SBG ist charakterisiert durch das innere und äußere Stimmungsbild (Wahrnehmung durch die Akteure und Wahrnehmung der SBG in der Bevölkerung) sowie durch die regional und überregionale Differenzierung

Ausprägung: Unter der Prämisse des avisierten Zielbildes bedarf es sowohl intern (i.S.v. Akteure am Standort) als auch extern (i.S.v. Besucher) einer überregionalen Wahrnehmung der Schiffbauergasse.

Handlungsansätze:

Beispielhaft seien benannt:

- Profilschärfung des Standortes Schiffbauergasse u.a. durch besondere, qualitativ hochwertige kulturelle Angebote
- Steigerung der Aufenthaltsqualität
- Stärkere Einbindung der Schiffbauergasse in das Stadtmarketing der Stadt Potsdam

Anlage 4 – Kulturmanagement

Inhaltsverzeichnis

1. Kultur- und Standortmanagement.....	1
1.1 Wahrnehmung der Leitungsfunktion des Standortmanagementteams	2
1.2 Veranstaltungsmanagement	2
1.3 Standortmarketing	3
1.4 Anwerbung von Kunst-/Kultur- Trägern (temporär/langfristig)	4
1.5 Fundraising	5
1.6 Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof	6
1.7 Betrieb Waschhaus	6
2. Stufenmodell.....	7

1. Kulturmanagement

Das Konzept der ProPotsdam GmbH sieht vor, dass die koordinierenden bzw. kulturbezogenen Aufgaben des Standortmanagements durch einen Dritten wahrgenommen werden. Die wesentlichen Teilaufgaben sind beispielhaft in der nachfolgenden Grafik dargestellt und werden vom Geschäftsbereich 2 der Landeshauptstadt Potsdam direkt beauftragt.



Abbildung 1 Aufgaben des Kultur- und Standortmanagements

Das neben dem Projekt- und Facility Management zu installierende Kulturmanagement nimmt folgende Funktionen wahr:

- Wahrnehmung der Leitungsfunktion des Standortmanagementteams (vgl.Punkt 1.1)
- Veranstaltungsmanagement (vgl.Punkt 1.2)
- Standortmarketing (vgl.Punkt 1.3)
- Anwerbung von Kunst-/Kulturträger (temporär/langfristig) (vgl.Punkt 1.4)
- Fundraising (vgl. Punkt 1.5)

Die konkreten Vertragsinhalte, Zielvorgaben und darauf basierenden Konditionen bzgl. der Beauftragung des Kulturmanagements können im vierten Quartal 2013 in Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsbereich 2 und der ProPotsdam GmbH erarbeitet werden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob das Kultur- und Standortmanagement im Rahmen seiner Tätigkeit über eigene Flächen am Standort Schiffbauergasse verfügen soll. Theoretisch besteht die Option (unabhängig der aktuellen Vertragslage), das Kultur- und Standortmanagement bzw. den Dritten ebenfalls mit der Bewirtschaftung der Schinkelhalle und des Schirrhofes sowie mit dem Betrieb des Waschhauses zu beauftragen. In diesem Falle ergebe sich eine Erweiterung des Auftragsvolumens um folgende Funktionen:

- Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof (vgl. Punkt 1.6)
- Betrieb des Waschhauses (vgl. Punkt 1.7)

Nachfolgend werden die durch das Kultur- und Standortmanagement wahrzunehmenden Funktionen weiter ausgeführt.

1.1. Wahrnehmung der Leitungsfunktion des Standortmanagementteams

- Leitung des Standortmanagementteams und Information der Steuerungsgremien
- Übergeordnetes Standortmanagement
- Die Kommunikation mit den Akteuren/Institutionen am Standort und Koordination der Standort-übergreifenden Aktivitäten und Veranstaltungen
- inhaltliche Abstimmung mit ansässigem Gewerbe, im Rahmen der SBG-Anliegerrunde
 - Brücke zwischen Kulturträger, Hans-Otto-Theater und Gewerbe mit Blick auf die übergreifende Projektentwicklung am Standort
 - Abstimmung mit Stakeholdern, z.B. Kulturministerium, Tourismus Anbietern, etc.

1.2. Veranstaltungsmanagement

- Stärkung des Gemeinschaftsgefühls der Akteure am Standort mittels forcierter Projektentwicklung, zusätzliche Belebung des Standorts durch Projekte und Veranstaltungen, Untermauerung der Marke Schiffbauergasse in Bezug auf das Leitbild „Internationales Kunstquartier & Publikumsmagnet“
- Inhaltliche Programmabstimmung
- Aktivitäten zur Ressourcenbündelung

- Unterstützung der Akteure bei der Organisation der Events, Hilfe bei der Akquise von Drittmitteln
- in Zusammenarbeit mit Projekt- und Facility Management: Koordination der Flächenzuteilung zur Realisierung Standort-übergreifender Projekte
- Initiierung von gemeinsamen Veranstaltungen und Projekten
- Entwicklung von Angeboten für neue Zielgruppen
- Kontaktaufbau und –pflege zu Drittpartnern für mögliche Veranstaltungen, z.B. externe Kulturträger (regional, national und international), Universität, FH
- Initiierung und Pflege eines Kreativpools
- Die Durchführung eines zentralen Buchungsservices (Tickets)

1.3. Standortmarketing

Für die positive Entwicklung des Standortes Schiffbauergasse sind ein **geschlossenes Auftreten aller Akteure** und die Verfolgung des gemeinsamen Zielbildes von entscheidender Bedeutung. Das hierdurch geschärfte Profil und erzeugte Image erhöht zudem die Aufmerksamkeit und damit das Publikumspotential für die gesamte Gemeinschaft. Eine weitere Hauptaufgabe des Strategischen Marketings besteht in der **stetigen und klaren Kommunikation der Vorteile des Standorts** unter Beachtung der Vielfalt der Angebote und der Bandbreite der Zielgruppen. Weitere Arbeitsinhalte sind:

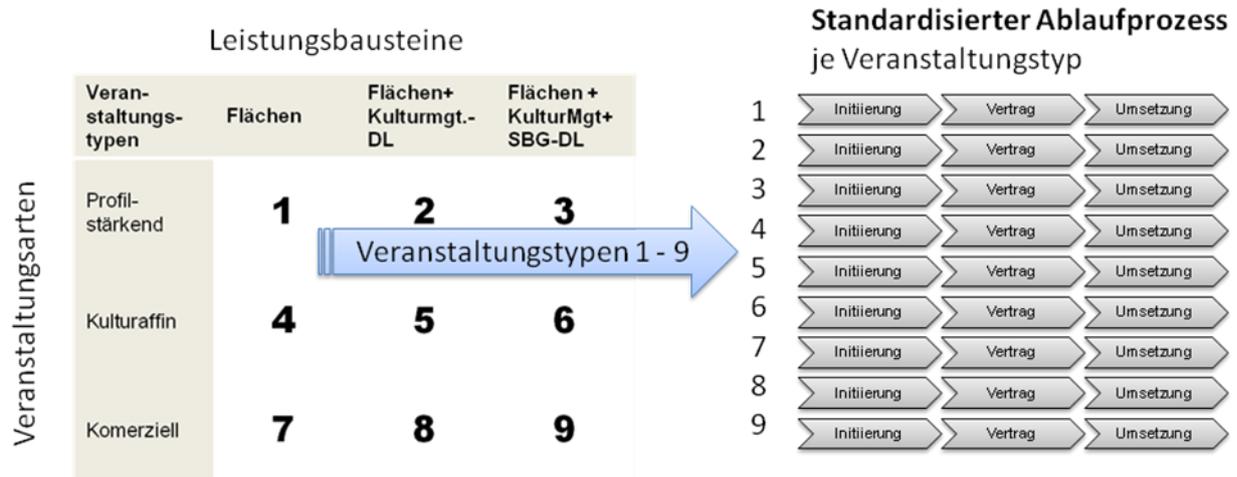
- Regionale und überregionale Bekanntmachung:
 - Abstimmung der Marketingkonzepte mit allen Akteuren, Koordination einer frühzeitigen und logischen Planung und damit Verbesserung der Kommunikationswirkung
 - Erstellung von Kommunikationsmaterialien und Ihre Lieferung in der geeigneten technischen Form an die Kanäle für Ihre Verbreitung, einschließlich Druckerzeugnisse, audiovisuelles Material für TV- und Online-Nutzung usw.
 - Effiziente PR durch die Nutzung digitaler Medienkanäle, Nutzung klassischer Werbekanäle zur Ansprache der relevanten Zielgruppen
 - Ausarbeitung von Mediaplänen und Erwerb der erforderlichen Werbeflächen oder –zeiten
 - Bildung von Medienpartnerschaften, um in den Medien kostenlose bzw. preisreduzierte Flächen und Zeiten für die Verbreitung von Kampagnenbotschaften zu erhalten
 - Konzeptentwicklung für die standortbezogene Außenwerbung und dessen Umsetzung
 - Management von PR- und Medienbeziehungen für Kampagnen, einschließlich Umgang mit Journalisten, Gestaltung und Durchführung von PR-Veranstaltungen, Ermittlung geeigneter Personen des öffentlichen Lebens, die als „Botschafter“ für die Verbreitung von Kampagnenbotschaften eingesetzt werden können
 - Ermittlung geeigneter Multiplikatoren, die ggf. für die effektive Durchführung der Kampagnenaktivitäten und die Maximierung ihrer Reichweite erforderlich sind und Bildung entsprechender Partnerschaften u.a. die Einbindung des Gesamtstandortes in das Tourismusmarketing von Potsdam und Brandenburg sowie das Marketing von Universität, FH und Theater, etc.

- Design, Weiterentwicklung und Pflege/Aktualisierung der Website www.schiffbauergasse.de sowie von webgestützten Anwendungen für soziale Medien („sozial networking“) usw. (einschließlich Hostingleistungen, falls erforderlich)
- Erstellung und Auswertung von Marktanalysen
- Mittelverwaltung des zentralen Marketingfonds, Aufstellung von Plan-Budgets
- Evaluation/Controlling der Aktivitäten, Erstellung eines regelmäßigen Berichtswesen
- Verwaltung eines Fonds für internationale Veranstaltungen (perspektivisch)
- Gemeinschaftlicher Auftritt aller Akteure unter der Marke -“Schiffbauergasse“, d.h.
 - Keine Werbung eines Einzelakteurs ohne Bezug auf die „Schiffbauergasse“
 - Keine Werbung der „Schiffbauergasse“ ohne Nennung der Akteure
 - Wenn externe Anbieter die Flächen nutzen, dann muss vertraglich die Einbindung der Logos der „Schiffbauergasse“ und Akteur gesichert sein
 - Inhalte neben Deutsch mindestens in Englisch kommunizieren mit dem Ziel der Aktivierung der Touristen (Insbesondere aus Skandinavien, GB und NL) sowie der ausländischen Studenten und Arbeitnehmer (Hasso-Plattner-Institut, Geoforschungsinstitut etc.) in Potsdam.
- „Steuerkreis Kommunikation“
 - Einbindung der operativen Ebene aller Akteure/Institutionen der Schiffbauergasse
 - Durchführung regelmäßiger Treffen
 - Gemeinsame Kommunikationsziele definieren, Zeitpläne für Kommunikationsmaßnahmen absprechen, gegenseitig Kommunikationsmaßnahmen vorstellen und -ideen entwickeln (der Steuerkreis wird über jede Maßnahme - Werbung und PR - der Einzelakteure informiert)
 - Bild- und Videomaterial in einem Pool zur gemeinsamen Nutzung sammeln (Nutzungsrechte absichern)

1.4. Anwerbung von Kunst-/Kulturträger (temporär/langfristig)

- Die Wahrnehmung der Funktion einer zentralen Anlaufstelle sowohl für temporäre Mieter und Veranstalter als auch für Besucher, bzw. deren aktive Akquisition
- Abstimmung der Angebote der einzelnen Träger zur Vermietung von Flächen an externe Anbieter
- Entwurf, Abstimmung und Implementierung eines geeigneten und standardisierten Verfahrens (i.S.v. definierten Prozessen und Verantwortlichkeiten) zur Vermarktung der Flächen der Kulturträger in Zusammenarbeit mit dem Projekt- und Facility Management (vgl. nachfolgende Abbildung 2).

Aufgaben des Projekt- und Standortmanagements



Zu den priorisierten Aufgabenstellungen des Standortmanagements bestehend aus Kultur- und Projektmanagement gehört die Implementierung standardisierter Ablaufprozesse häufiger Vorgänge (z.B. Veranstaltungsanfragen).

Abbildung 2 Aufgaben des Projekt- und Standortmanagements

Für die effiziente Bearbeitung von Veranstaltungs- oder Nutzeranfragen bedarf es der Existenz effizienter Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen u. effizienter Abrechnungsprozesse.

1.5. Fundraising

Ein erfolgreiches Fundraising setzt die erfolgreiche Vermarktung der Schiffbauergasse, d.h. der Flächen und der Veranstaltungs- und Kulturangebote der SBG-Anlieger voraus. Durch die LHP finanzierte Personal- und Sachkosten sowie das Marketingbudget sind somit als Investitionen zu betrachten, die im Wesentlichen der Akquise zusätzlicher Mittel für den Standort Schiffbauergasse dienen.

In Vorbereitung auf die Ausschreibung der Leistungen des Kultur- und Standortmanagements bedarf es hierzu weiterer Abstimmungen zwischen dem GB 2 und der ProPotsdam. Insbesondere ist festzustellen welcher Leistungsaustausch zwischen den Trägern und dem zukünftigen Kultur- und Standortmanagement erfolgen kann, um die Grundlagen für ein erfolgreiches Fundraising zu schaffen und damit die Akquise zusätzlicher Drittmittel zur Durchführung von Veranstaltungen bzw. zur Aufstockung der Marketingmittel zu gewährleisten.

Dieser Abstimmungsprozess muss in zielgerichteter und sensibler Weise und unter Einbeziehung der am Standort Schiffbauergasse tätigen Akteure geführt werden. Ein klares Verständnis bzgl. der dem Kultur- und Standortmanagement durch die Akteure bereitgestellten Leistungen (z.B. Veranstaltungsangebote oder Flächenvermietungen) bildet die Grundlage für die Ermittlung realistischer Erfolgskennzahlen für das Fundraising und damit eine wichtige Voraussetzung für die Vertragsgestaltung zwischen dem LHP und dem Kulturmanagement.

1.6. Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof¹

Die Anmietung der Flächen von Schinkelhalle und Schirrhof ist – ggf. abhängig von vertraglich vereinbarten Teilnutzungen der Anlieger – frühestens ab dem 03.01.2015 durch den beauftragten Kulturmanager/Dritten möglich. Im Stufenmodell der LHP/GB 2 wird von einer Verlängerung des aktuellen Nutzungsvertrages ausgegangen, so dass ab Anfang 2016 eine Zusammenführung dieser Flächen mit dem Kultur- und Standortmanagement möglich ist.

Es ist geplant, die Schinkelhalle vom Treuhandvermögen in städtisches Vermögen zu überführen.

1.7. Betrieb Waschhaus¹

Eine zusätzliche Zusammenführung des Kultur- bzw. Veranstaltungsmanagements inklusive des Waschhauses wäre frühestens zum 01.01.2016 möglich.

¹ Zusätzliche Leistungen des Kultur- und Standortmanagements gemäß Stufenmodell Variante 2

2. Stufenmodell

Variante	Stufenmodell Variante 1		Stufenmodell Variante 2	
Spezifikation	Beauftragung eines Dritten über die Wahrnehmung der Aufgaben des Kultur- und Standortmanagements und Bündelung des Veranstaltungsmanagements von <u>Waschhaus, Schinkelhalle und Schirrhof</u>		Beauftragung eines Dritten über die Wahrnehmung der Aufgaben des Kultur- und Standortmanagements und optionale Bündelung des Veranstaltungsmanagements von <u>Schinkelhalle und Schirrhof</u>	
Verfahren	Ausschreibung		Ausschreibung	
Vertragslaufzeit	4 Jahre		4 Jahre mit Kündigungsoption nach 2 Jahren	
Leistungsbereiche und avisierte Zeitpunkt der Wahrnehmung der Aufgaben durch Dritten	1. Leitungsfunktion des Standortmanagement-teams	01/2014	1. Leitungsfunktion des Standortmanagement-teams	01/2014
	2. Veranstaltungsmanagement	01/2014	2. Veranstaltungsmanagement	01/2014
	3. Standortmarketing	01/2014	3. Standortmarketing	01/2014
	4. Anwerbung Kunst-/Kultur-Träger (temporäre/langfristige)	01/2014	4. Anwerbung Kunst-/Kultur-Träger (temporäre/langfristige)	01/2014
	5. Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof	01/2015	5. optionale Zusammenführung: Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof	(01/2016)
	6. zzgl. Betrieb Waschhaus	01/2016		
Bewertungskriterien				
Erfüllung der ursprünglichen Aufgabenstellung (externes Standortmanagement)	Entspricht der Forderung nach einem externen Standortmanagement	+	Entspricht der Forderung nach einem externen Standortmanagement	+
Steuerungsmöglichkeit	<p>1 Ansprechpartner für Kultur- und Standortmanagement und Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof u. Betrieb Waschhaus</p> <p>Ggf. „moralische Pflicht“ der LHP zur zus. finanziellen Unterstützung im Falle wirtschaftlicher Engpässe des Waschhausbetreibers</p> <p>Erhöhtes Ausfallrisiko durch Bündelung des Veranstaltungsmanagements</p>	<p>+</p> <p>-</p> <p>-</p>	<p>Mindestens 2 Ansprechpartner für Kultur- und Standortmanagement und Bewirtschaftung Schinkelhalle/Schirrhof u. Betrieb Waschhaus</p> <p>Geringeres Ausfallrisiko durch verteilte Wahrnehmung des Veranstaltungsmanagements</p>	<p>-</p> <p>+</p>

Variante	Stufenmodell Variante 1		Stufenmodell Variante 2	
Umsetzungserfolg „Publikumsmagnet“	Möglichkeit der eigenständigen Realisierung populärer Veranstaltungsformate abseits der Kernausrichtung der freien Kulturträger Ggf. Konkurrenzsituation zu den Angeboten der SBG Anlieger	+ -	Stärkere Konzentration auf Vernetzung mit Akteuren und Trägern auch außerhalb der SBG Realisierung populärer Veranstaltungsformate nur bei Kooperation mit Trägern vor Ort – Gefahr der Nichtrealisierung	+ -
Umsetzungserfolg „Internationales Kunstquartier“ ²	„Starker“ Kulturmanager (i.S.v. eigene Flächen zur Durchführung von Veranstaltungen)	+	„Schwacher“ Kulturmanager (i.S.v. keine eigenen Flächen zur Durchführung von Veranstaltungen) Kulturmanager Konzentration auf Erbringungen der Leistungen des Kultur-/ Standortmanagements Durch die Abhängigkeit des Kulturmanagers von der Bereitschaft der freien Träger, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen, kann der Fokus auf die Profilschärfung des Standorts verstärkt werden	- + +
Synergieeffekte	Bündelung der Marketingaktivitäten von Waschhaus und Standortmarketing ermöglicht ggf. die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen Vereinnahmung bestimmter Ressourcen durch den Interessenkonflikt zwischen „eigener“ Fläche und Standort insgesamt	+ -	Vernetzung und Kooperation bündeln die Ressourcen und führen zu Synergien bei der Nutzung von Technik, Freiflächen und der Entwicklung von Formaten und Konzepten	+
Effektivität (operatives Geschäft)	Bessere Aussicht auf die Lösung möglicher Nutzungskonflikte und geringerer Abstimmungsbedarf durch die Erbringung der Leistungen (KM u. Betrieb WH) aus einer Hand	+	Kulturmanager muss kooperieren, um erfolgreich zu sein Kulturmanager ist von Kooperationsbereitschaft der SBG-Anlieger sehr stark abhängig (Zielvereinbarungen erforderlich)	+ -

² Das Kulturmanagement ist schwach oder stark durch die finanziellen Kompetenzen, seine Fähigkeit zu kommunizieren und seine Unterstützung durch die Akteure sowie die LHP, usw.

Effizienz	Reduktion SBG-interner Abstimmungen zwischen Standortmanagement Waschhaus-, Schinkelhalle-/Schirrhof-Betreibern führt zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen	+	Stufenmodell mit Option der Anmietung von Schinkelhalle/Schirrhof: Reduktion SBG-interner Abstimmungen zwischen Standortmanagement Schinkelhalle-/Schirrhof-Betreibern führt zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen	+
Akzeptanz Akteure SBG	Weniger wahrscheinlich	-	Gegeben	+

Abbildung 3 Vergleich Stufenmodelle

Um das Zielbild zu realisieren sind aus Sicht der ProPotsdam GmbH zwei Stufenmodelle möglich.

Stufenmodell Variante 1

Das Stufenmodell Variante 1 beruht auf einer Konzentration des Veranstaltungsmanagements im direkten Verantwortungsbereich des Kultur- und Standortmanagements.

Ausgehend von den Veranstaltungsflächen von Waschhaus/Schinkelhalle/Schirrhof, die wir als den strategisch wichtigen Ausgangspunkt für zukünftig verstärkt Standort-übergreifende Veranstaltungen sehen, ist eine Bündelung dieser Betreiber- und der Kultur- und Standortmanagement Funktion in einer Hand aus Sichtweise der ProPotsdam notwendig. Das Kultur- und Standortmanagement setzt den Fokus konsequent auf die Entwicklung des gesamten Standorts und sieht die Veranstaltungsflächen von Waschhaus, Schinkelhalle und Schirrhof als zielführende Ressourcen um die Gesamtentwicklung zu fördern.

Stufenmodell Variante 2

Dagegen basiert das Stufenmodell Variante 2 auf einer sehr hohen Kooperationsbereitschaft aller Akteure/Institutionen der Schiffbauergasse. Die Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Standortmanagement sollte vertraglich durch Zielvereinbarungen abgesichert werden. Der nach dem Workshop durchgeführte Abstimmungsprozess zeigt auf, dass die Akzeptanz wesentlicher Kooperationspartner zur Realisierung des Stufenmodells Variante 2 konsensfähig ist.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollte daher dieses von der LHP/GB2 favorisierte Stufenmodell Variante 2 verfolgt werden, um eine schnelle Umsetzung zu ermöglichen und Erfahrungen im Umsetzungsprozess aufzubauen.

Zukünftig sollte alle zwei Jahre der Erfolg der Umsetzung des Leitbildes festgestellt und ggf. notwendige Korrekturen in den Vertragsgrundlagen geprüft werden.

Entsprechend der von der LHP/GB 2 favorisierten Variante 2 stellt sich das umzusetzende Organisationsmodell wie folgt dar:

Standortmanagement Schiffbauergasse

Leistungsumfang Kultur- und Standortmanagement

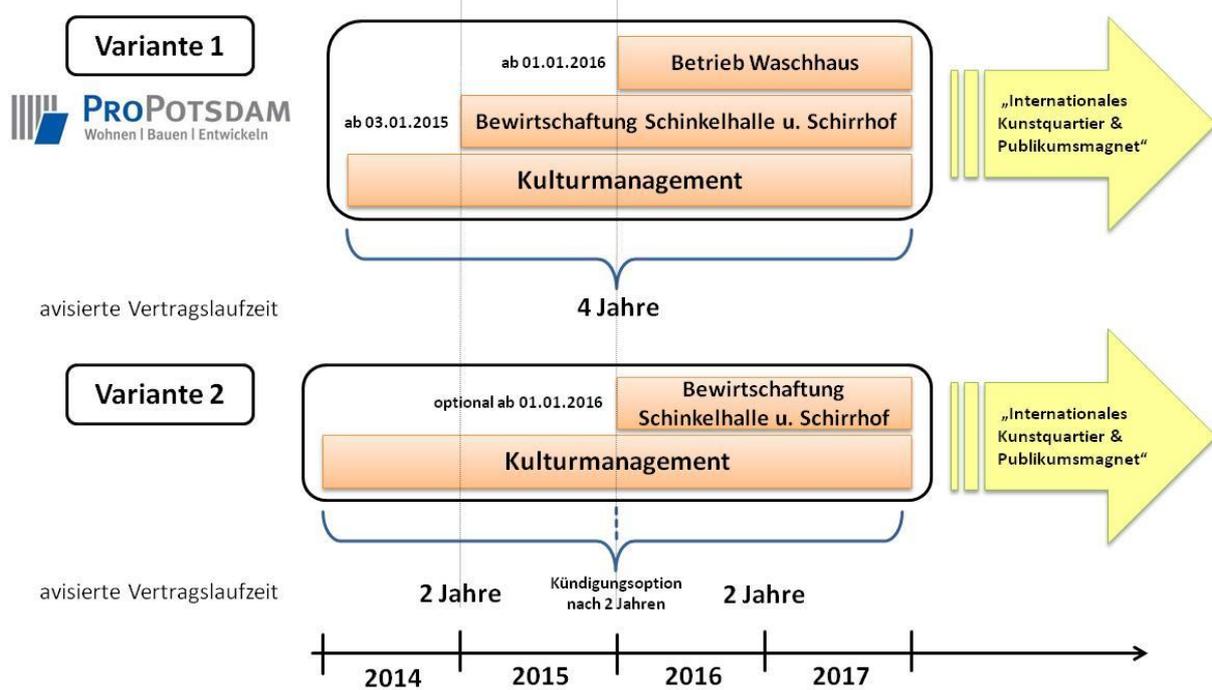


Abbildung 4 Leistungsumfang Kultur- und Standortmanagement

Kultur-/Standortmanagement	Einheit	2014	2015	2016	2017	2018
1. Leitungsfunktion des Standortmanagementteams, Standortmanagement-/marketing- und Veranstaltungskonzepte, Fördermittel/Fundraising, Stakeholderdialog, Akquise (internationaler) Kulturträger	T€	56,3	75,0	76,5	78,0	79,6
2. Veranstaltungsmanagement / Buchungsservice (inklusive Budget für Veranstaltungen der LHP)	T€	192,5	231,4	245,6	260,9	277,7
3. Anwerbung Kunst-/Kultur-Träger (temporär/langfristig)	T€	25,0	50,0	51,0	52,0	53,1
4. Standortmarketing (inklusive Marketingbudget)	T€	171,0	241,1	257,2	274,7	293,9
Budget Kultur- und Standortmanagement	T€	444,8	597,5	630,3	665,6	704,3
Bewirtschaftung Technik/Inventar	T€	45,9	48,2	50,6	50,6	50,6
Facility Management/Projektmanagement	T€	427,0	430,6	434,2	437,9	441,7
Schnittstellencontrolling	T€	51,2	54,0	56,5	57,3	57,3
Gesamtbudget	T€	968,9	1130,3	1171,6	1211,4	1253,9

Abbildung 5 Vorschlag einer Kostenkalkulation

Anmerkungen zur Kalkulation des Kulturmanagements

- Alle Angaben beinhalten die derzeit gesetzliche Umsatzsteuer i.H.v. 19%
- Die unter Punkt 1. bis Punkt 4. ausgewiesenen Kosten für das Jahr 2014 basieren auf der Annahme, dass das Kultur- und Standortmanagement seine Arbeit zum 2. Quartal 2014 aufnimmt
- Der Kalkulationsansatz für die Leitungsfunktion des Standortmanagementteams berücksichtigt die Anforderungen an die erwartete Qualifikation und Referenzen (ausgeprägte (internationale) Erfahrungen und Kontakte), sowie Sach- und Reisekosten, ggf. Overheadkosten
- Verschiebungen bzw. Bündelungen von Leistungen der einzelnen Funktionen oder deren anteilige externe Unterbeauftragung sind möglich
- Für Personalkosten sind ab 2016 Steigerungen i.H.v. 2% p.a. unterstellt
- Die Budgets für Veranstaltungen und Marketing steigen jährlich in Abhängigkeit der von der LHP vorgegebenen Zielsetzungen. Die Zielkennzahlen sind vor der Beauftragung durch den GB2 zu entwickeln und sind Teil der Vertragsgrundlagen für den Kultur- und Standortmanager und die mit Zuwendungen gebundenen Kulturträger.
- Das Veranstaltungs- und Marketingbudget kann sich durch erfolgreiche Umsetzung von Fundraising bzw. die Realisierung von Veranstaltungserlösen weiter erhöhen. Vermietungserlöse, die ggf. anderen Nutzern bzw. dem Treuhandvermögen zufließen, sind nicht Bestandteil der Kalkulation.
- Die hier vorgeschlagenen Funktionsbeschreibungen und Kalkulationsansätze wären im nächsten Schritt durch Erfahrungsträger aus dem Bereich des Internationalen Kultur- und Standortmanagements zu verifizieren. Im Zuge der darauffolgenden Auswahl geeigneter Auftragnehmer sollten - neben einschlägigen Referenzen - insbesondere Grob-Konzepte und eigene Kalkulationen der Anbieter vorgelegt werden, um für die LHP/GB2 eine aussagekräftige Entscheidungsgrundlage zu schaffen.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0675

Betreff:

öffentlich

Arbeitsgruppe Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 21.10.2013

Eingang 902: 21.10.2013

4/46/461

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.11.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Anfang 2013 wurde auf Initiative von Oberbürgermeister Jakobs und Landrat Blasig die Arbeitsgruppe „Verkehr“ der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark gegründet, in die neben den fachlich zuständigen Bereichen der Stadt- und Landkreisverwaltung auch die Städte bzw. Gemeinden Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Stahnsdorf, Teltow und Werder (Havel) einbezogen sind.

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, strategische Maßnahmen im Bereich des Verkehrs miteinander abzustimmen, um eine Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen der Stadt und den Nachbargemeinden zu erreichen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Pendlerverkehr.

In mehreren Sitzungen wurde eine Maßnahmenliste erstellt (siehe Anlage), die Grundlage für die weitere Arbeit der einzelnen Gebietskörperschaften ist. Die Umsetzung ist abhängig von den verfügbaren Haushaltsmitteln und soll in Verantwortung der jeweils zuständigen Gebietskörperschaften konkretisiert werden.

Eine Fortsetzung der Arbeitstreffen zum Informationsaustausch sowie zur Begleitung der Maßnahmenumsetzung ist im ca. halbjährlichen Turnus vorgesehen.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Die Umsetzung einzelner Maßnahmen hat finanzielle Auswirkungen sowohl im Hinblick auf Investitions- als auch auf Folgekosten, die im Einzelnen derzeit jedoch noch nicht zu beziffern sind. Eine genauere Kostenschätzung wird ggf. im Rahmen der jeweiligen Maßnahmenplanung erarbeitet und erforderlichenfalls Grundlage der Haushaltsaufstellung bzw. gesonderter Vorlagen an die SVV sein.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Anlage

Maßnahmeliste Arbeitsgruppe Verkehr Potsdam/ Potsdam-Mittelmark

Maßnahmenliste Arbeitsgruppe Verkehr Potsdam/Potsdam-Mittelmark

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
ÖPNV/SPNV						
Ö1	Ausbau P+R in Potsdam und den Nachbargemeinden	Aus- und Neubau von P+R-Parkplätzen an Schnittstellen zwischen MIV und ÖPNV innerhalb und außerhalb Potsdams in Abstimmung mit den Nachbargemeinden sowie Ergänzungen durch B+R	Durch den Aus- und Neubau von P+R-Parkplätzen sollen attraktive Schnittstellen zwischen PKW und Umweltverbund gerade für den Pendlerverkehr geschaffen werden. Ziel ist es, bestehende P+R-Standorte zu optimieren, neue Standorte zu erschließen und die Nutzung des P+R-Parkplatzes und des ÖPNV sowie ggf. von Mieträdern über ein integriertes Bezahlssystem zusammenzuführen. Dazu sollen bereits im StEK Verkehr der LHP vorgesehene P+R-Standorte sowie weitere P+R-Standorte auch außerhalb Potsdams in Abstimmung mit den Nachbargemeinden umgesetzt werden. An den Standorten sind ergänzend je nach Bedarf Angebote für B+R bzw. Mietfahrräder vorzusehen. Als erster Schritt wird 2013 ein P+R-Konzept erarbeitet.	Konzept: LHP, Umsetzung: je nach territorialer Zuständigkeit	LHP, LK PM, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Werder (Havel) sowie ggf. Kleinmachnow, Stahnsdorf, Teltow	hoch
Ö2	P+R Parkplatz am Bahnhof Park Sanssouci	Ausbau der P+R-Kapazitäten durch Schaffung neuer Parkkapazitäten am Bhf. Park Sanssouci (Teilmaßnahme aus Ö1)	Der Ausbau der Parkkapazitäten am Bahnhof Park Sanssouci stellt eine detaillierte Maßnahme der Maßnahme Ö1 dar. Aufgrund der Nähe des Bahnhofs zu Teilen der Gemeinde Schwielowsee und westlichen Bereichen Potsdams trägt die Schaffung eines P+R-Angebotes zur Reduzierung des Zielverkehrs in Richtung Innenstadt bei.	LHP	DB AG, LHP, SPSG	hoch
Ö3	Verknüpfungen MIV/ÖPNV aus Richtung Michendorf verbessern	Erweiterung der P+R Anlage am Bahnhof Michendorf (Südseite) durch Herstellung von 36 zusätzlichen Parkplätzen (Hauptverknüpfungspunkt MIV/ÖPNV)	Die Baumaßnahme umfasst den Ausbau der Ladestraße / Am Bahnhof in Michendorf. Hierbei soll eine Verkehrsfläche zwischen der Verkehrsanlage des Bahnhofsvorplatzes (südlich) bis zum Parkplatz eines Supermarktes an der Poststraße erstmalig erschlossen werden. Die vorgesehenen Arbeiten umfassen den grundhaften Ausbau der Straße sowie die Herstellung von 36 Stellplätzen und den dazugehörigen Nebenanlagen. Die Finanzierung wird aus Städtebaufördermitteln umgesetzt. Die Baumaßnahme wurde bereits ausgeschrieben und wird nach Vorlage der Auswertung beauftragt. Die Realisierung soll im IV. Quartal 2013 beginnen und bis zum II. Quartal 2014 umgesetzt werden.	Michendorf	Bund, Land Brandenburg, Michendorf	hoch
Ö4	Verbesserung für B+R	Einrichtung von Fahrradabstellplätzen an stark frequentierten Haltestellen in Potsdam sowie in den Städten und Gemeinden des Landkreises Potsdam Mittelmark unter besonderer Berücksichtigung von Pedelecs	Fahrradabstellplätze sollen insbesondere dort eingerichtet werden, wo die Bushaltestellen ein weiträumiges Einzugsgebiet abdecken müssen. Die Nutzer kommen mit dem Rad zur Haltestelle, können es dort sicher verwahren und dann auf den ÖPNV umsteigen. Dazu gehört, dass bei der Einrichtung von B+R zukünftig je nach Bedarf auch gesicherte Einrichtungen für das Abstellen von Pedelecs samt Ladeinfrastruktur geplant werden. So werden bei der Verknüpfung von ÖPNV und Pedelec auch größere Reichweiten ohne MIV möglich. Dies kann auch Verleihangebote, insbesondere von Pedelecs, beinhalten.	LHP, kreisangehörige Städte und Gemeinden	LHP, LK PM, kreisangehörige Städte und Gemeinden	hoch

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
Ö5	Kapazitätserhöhung RE1	Weitere Erhöhung der Fahrgastkapazität der Linie RE1 v.a. im Berufsverkehr z.B. durch zusätzliche Wagen	Aufgrund der großen Pendlerzahl zwischen Werder und Potsdam bzw. Werder und Berlin ist eine weitere Erhöhung der Kapazität im SPNV erforderlich. Dies ist wäre durch zusätzliche Wagen oder Verstärkerzüge möglich.	Land Brandenburg	DB AG, Land Brandenburg, LHP, VBB	hoch
Ö6	S-Bahn-Verlängerung von Teltow über Stahnsdorf nach Berlin-Wannsee	Prüfung und Planung der Stammbahn und des Ringschlusses der S-Bahn von Teltow über Stahnsdorf, Südwestfriedhof (Friedhofsbahn) nach Berlin-Wannsee	Die Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf (TKS) zählt heute ca. 60.000 Einwohner und wäre damit zusammengenommen die fünfgrößte Stadt Brandenburgs. Die drei Kommunen sind in Ihrer Struktur typische suburbane Umlandgemeinden. Die Berufs- und Freizeitpendler orientieren sich überwiegend nach Berlin, die zweitstärkste Gruppe nach Potsdam. Auch der Binnenverkehr hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Dahingegen hat das SPNV-Angebot mit der Einwohnerentwicklung leider nicht Schritt gehalten. Seit 1990 ist lediglich die S 25 von Lichterfelde Süd nach Teltow Stadt verlängert worden. Bis 1961 verfügte die Region, bei geringerer Einwohnerzahl, über die S-Bahn-Haltepunkte Dreilinden und Stahnsdorf Südwestkirchhof an der sog. Friedhofsbahn, den S-Bahn-Haltepunkt Düppel Kleinmachnow an der Stammbahn. Aufgrund des enormen Zuwachses an PKW-Verkehr bedarf es damit einer leistungsfähigen Alternative im ÖPNV. In der Flächennutzungs- bzw. Bauleitplanung der Gemeinden Stahnsdorf und Teltow wurden auch entsprechende planungsrechtliche Grundlagen geschaffen (z.B. Freihaltetrasse, Flächenausweisung für P + R - Standorte). Die Maßnahme ist zugleich beschlossene Schlüsselmaßnahme im Standortentwicklungskonzept von Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf.	Land Berlin/ Land Brandenburg	Kleinmachnow, Land Berlin, Land Brandenburg, Stahnsdorf, Teltow, VBB	hoch
Ö7	Verbesserung Anbindung BER durch Entwicklung eines Umsteigepunktes Saarmund	Verbesserung des ÖPNV Angebots, Herrichtung Zufahrtsstraße und Bahnhofsvorplatz	Vom Bahnhof Saarmund ist der Flughafen BER innerhalb von 17 Minuten zu erreichen. Dieses Potential ist unter anderem durch eine bessere ÖPNV Anbindung auszuschöpfen. Insbesondere für Fahrgäste aus dem Süden von Potsdam-Mittelmark und Potsdam ist der Bedarf für eine bessere Erreichbarkeit des Bahnhofes zu prüfen. Gleichzeitig ist die Verbindung zum Bahnhof Michendorf zu optimieren. Des weiteren ist für eine Attraktivierung des Bahnhofes der Bahnhofsvorplatz entsprechend zu gestalten sowie die Zufahrtsstraße auszubauen.	LK PM	DB AG, HVG, LHP, Land Brandenburg, LK PM, Michendorf, Nuthetal	hoch
Ö8	Schnellbus von Teltow zum BER	Einrichtung einer Schnellbuslinie aus der Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf (TKS) zum Flughafen BER.	Bisher werden vorallem die Gemeinden Kleinmachnow und Stahnsdorf nur durch den Busverkehr erschlossen. Obwohl die Region TKS gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und der Havelbus GmbH ein verbessertes Buskonzept erarbeitet und bereits einmal evaluiert hat, zeichnet sich auch hinsichtlich der Anbindung der Region TKS zum Flughafen BER Verbesserungsbedarf ab. Zu prüfen wäre u.a. eine Verlängerung bestehender Buslinien (z.B. X1 oder 600).	LK DS, LK PM, LK TF	HVG, Kleinmachnow, LK DS, LK PM, LK TF, Stahnsdorf, Teltow	hoch

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
Ö9	Verbesserung der Busverbindung zwischen Werder (Havel) und Potsdam	Taktverdichtung der Buslinie 631 bzw. Einrichtung einer zusätzlichen Linie (evtl. als Schnellbus) im Berufsverkehr verbunden mit der Prüfung der Taktung der Buslinien 580/631	Um den Kfz-Verkehrsanteil auf der B1 zu senken, soll die ÖPNV-Verbindung zwischen Werder (Havel) und Potsdam weiter verbessert werden. Dazu sollen zwei mögliche Teilmaßnahmen geprüft werden: 1. (Weitere) Verdichtung der Buslinie 631 durch den Einsatz zusätzlicher Busse. Alternativ ggf. Anpassung der Taktung zwischen den Linien 580 und 631. Ziel ist die Schaffung eines 10-Minuten-Taktes im Berufsverkehr. 2. Prüfung der Einführung einer neuen Buslinie als so genannte Schnellbuslinie. Diese sollte dann nur die stark frequentierten Haltestellen bedienen.	LK PM	HVG, LK PM, VGB	hoch
Ö10	Anpassung Buskonzept TKS	Das Buskonzept in der Region TKS wurde in 2010 nachhaltig überarbeitet und verbessert. In den Jahren 2012/13 fand eine Evaluierung des TKS-Buskonzeptes statt.	Die Region Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf (TKS) wird mit Ausnahme der S 25 Teltow Stadt und des Regionalbahnhofes in Teltow im Rahmen des ÖPNV nur durch den Busverkehr erschlossen. Somit stellt der Bus vorerst die einzige geeignete Alternative zum MIV dar. Obwohl die Beteiligten Kommunen, der Landkreis und die Havelbus GmbH ein verbessertes Buskonzept erarbeiteten, ist stetiger und weiterer Handlungs- und Verbesserungsbedarf gegeben. Dies erfolgt vorallem vor dem Hintergrund der Hauptpendlerströme nach Berlin und Potsdam und der Anbindung der Ortsteile an die kommunalen Stadt- bzw. Gemeindezentren.	LK PM	HVG, Kleinmachnow, LK PM, Stahnsdorf, Teltow	hoch
Ö11	Verbesserung des Informationsangebots zum ÖPNV	Ausbau des Informationsangebotes, um mehr Nutzer für den ÖPNV zu gewinnen	Die Informationen zum ÖPNV-Angebot werden derzeit über Internet bzw. in Papierform an den Nutzer weitergegeben. Es ist zu prüfen, welche neuen technischen Möglichkeiten für die Informationsgewinnung nutzbar gemacht werden können. Weiterhin sollte an Verknüpfungshaltestellen die Dynamische Fahrgastinformation (DFI) ausgebaut werden. Um bessere und schnellere Informationen anbieten zu können, wird derzeit gemeinsam mit der LHP der Aufbau einer Mobilitätsagentur angestrebt. Hier erfolgt eine Bündelung aller Angebote zur Mobilität.	LHP, LK PM	HVG, LHP, LK PM, VGB, ViP	hoch
Ö12	Überprüfung der Endpunkte der Buslinien in Potsdam	Prüfung der Verlängerung von Buslinien über Potsdam Hbf hinaus.	Um die verschiedenen Ziele innerhalb Potsdams besser mit dem ÖPNV aus den Nachbargemeinden erreichen zu können, soll geprüft werden, ob einzelne Linien bzw. bestimmte Fahrten (z.B. im Berufsverkehr) über den bisherigen zentralen Endpunkt Potsdam Hbf hinaus verlängert werden können. Dabei ist auch eine Verknüpfung bestehender Linien (z.B. 601 und 631) zu überlegen. Zunächst sind dazu die ÖPNV-Kapazität auf der Langen Brücke sowie die finanziellen Folgen durch eine mögliche Neuorganisation der Linien zu untersuchen.	LHP	HVG, LHP, LK PM, ViP	mittel

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
Ö13	Verlängerung der Buslinie 607 nach Werder (Havel) auch im Berufsverkehr	Prüfung einer Verlängerung der Buslinie 607 zwischen Ferch und Werder (Havel) auch im Berufsverkehr	Die Buslinie 607 zwischen Potsdam und Ferch soll nicht nur am Wochenende nach Werder (Havel) fahren (wie bisher), sondern auch während des Berufsverkehrs. Dadurch könnten Fahrgäste aus Caputh und Ferch auf direktem Weg, innerhalb einer halben Stunde, nach Werder (Havel) fahren ohne einen Umstieg in Potsdam. Für den Umweg über Potsdam wird dafür eine Zeit von mindestens einer Stunde benötigt. Diese Linie wäre somit nicht nur eine Touristenlinie sondern könnte auch den MIV entlasten durch die Nutzung von Berufspendlern.	LK PM	HVG, LK PM, Schwielowsee, Werder (Havel)	mittel
Ö14	Verlängerung der Busspur Pirschheide	Verlängerung der Busspur in der Pirschheide bis Geltow, um die Auswirkungen der umweltorientierten Dosierung des Verkehrs auf den ÖPNV zu minimieren	Trotz der im Zuge der Einführung der umweltorientierten Verkehrssteuerung eingerichteten Busspur in der Pirschheide kann es im morgendlichen Berufsverkehr zeitweise zu Behinderungen des ÖPNV durch die Auswirkungen der Verkehrsdosierung kommen. Aus diesem Grund soll die bestehende Busspur möglichst bis nach Geltow verlängert werden.	Land Brandenburg	LHP, Land Brandenburg	mittel
Ö15	Verbesserung Anbindung BER durch Umsteigepunkt Bahnhof Pirschheide	Bau der oberen Bahnsteige am Bahnhof Pirschheide	Verbesserung der Anbindung des BER für insbesondere Schwielowsee sowie Potsdam-West (inkl. Hotelstandorte und Luftschiffhafen) durch Bau der oberen Bahnsteige am Bahnhof Pirschheide	Land Brandenburg	DB AG, Land Brandenburg, VBB	mittel
Ö16	Einrichtung einer Busspur in Stahnsdorf (bei Rückbau L 76)	Prüfung, ob die Errichtung einer Busspur auf der L 76 in Stahnsdorf (innerorts) eine Verbesserung des ÖPNV - Bus nach sich zieht.	Durch den Bau der L 40 neu wird die Fahrbahn der L 76 ausserorts zwischen dem Ortsteil Güterfelde/Kienwerder und dem Ortseingang Stahnsdorf Ort durch den Landesbetrieb Straßenwesen des Landes Brandenburg von bisher vier Spuren auf zwei Spuren zurückgebaut. Für den Streckenabschnitt der L 76 in Stahnsdorf innerortes wechselt die Straßenträgerschaft vom Land auf den Kreis. Durch den Bau der L 40 neu erhofft sich der Straßenbaulasträger, das Land Brandenburg, Verkehrsentslastung und ein Rückgang des motorisierten Verkehrs auf der L 76. Daher ist zu prüfen, ob auch innerortes auf der L 76 weiterhin vier Fahrspuren notwendig sind und ob die Errichtung einer sog. Busspur nachhaltige Verbesserung für den Busverkehr auf der L 76 bringt.	LK PM	HVG, LK PM, Land Brandenburg, Stahnsdorf	mittel
Ö17	Verlängerung der Straßenbahn nach Stahnsdorf/Teltow	Prüfung, ob eine Verlängerung der Straßenbahn von Potsdam nach Stahnsdorf bzw. Teltow eine Verbesserung des ÖPNV darstellt.	Neben der Schnellbuslinie X 1 ist zu prüfen, ob die Errichtung einer Straßenbahnlinie von Potsdam nach Stahnsdorf und u.U. auch weiterführend nach Teltow eine Alternative zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes darstellt. Dabei ist zunächst zu untersuchen, ob eine Straßenbahn hinsichtlich Fahrtzeit und Kosten eine höhere Angebotsqualität als das bestehende Busangebot erreicht. Die Frage stellt sich im Zusammenhang mit dem Rückbau der L 76 durch den LS hinsichtlich des Teilabschnittes zwischen Güterfelde/Kienwerder und Ortseingang Stahnsdorf Ort und der Rückstufung der L 76 Stahnsdorf innerorts.	LHP, LK PM	LHP, LK PM, Stahnsdorf, Teltow, ViP	mittel

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
Ö18	Zusätzlicher Halt RE1 am Bhf. Griebnitzsee	günstigere Anbindung von Unicampus, Medienstandort, Landesbehördenstandort Steinstr.	Durch Halt des RE 1 am Bahnhof Griebnitzsee könnten folgende Arbeitsstätten- und Ausbildungsstandorte wesentlicher besser an das westliche Umland von Potsdam und an Berlin angebunden werden: Medienstadt Babelsberg, Unicampus am Griebnitzsee, Behördenstandort Steinstraße, Oberlinhaus und Krankenhaus (In der Aue). Diese bessere Anbindung ohne zwangsweisen Umstieg auf die S-Bahn am Potsdamer Hauptbahnhof bzw. Bahnhof Wannsee verkürzt die Reisezeit erheblich und kann somit zu einer stärkeren Nutzung des ÖV führen.	Land Brandenburg	DB AG, Land Brandenburg, LHP, VBB	mittel
Ö19	Zusätzliche Buslinie von Geltow nach Potsdam Nord (über Werderschen Damm)	Neueinrichtung einer Buslinie	Einführung einer neuen zusätzlichen Buslinie von Werder nach Potsdam mit einer Linienführung über den Werderschen Damm. Der Endhaltepunkt ist dabei zu prüfen. Diese Linie soll zu einer Entlastung auf der B 1 beitragen.	LHP, LK PM	HVG, LHP, LK PM	mittel
Ö20	Verlängerung der Straßenbahn nach Geltow (ggf. als Zweisystembahn)	Anschluss von Geltow an das Potsdamer Tramnetz über Pirschheide	Zur Entlastung der Bundesstraße 1 kann durch die Verlängerung der derzeit bestehenden Straßenbahnlinie 91 nach Geltow ein Alternativangebot geschaffen werden, welches Verkehre aufnehmen kann. Neben dem Pendlerverkehr von und nach Potsdam ist auch der Verkehr durch Potsdam über eine Tramlinie abgedeckt (Endpunkt Rehbrücke). Die Verlängerung kann über zwei Trassen erfolgen: a) Nutzung der vorhandenen RB-Gleise bei Aufschleusung der Tram in Pirschheide und Abschleusung nach dem Bahnhof Caputh/Geltow (Zweisystembahn). Von dort Weiterführung über eine separate Strecke entlang der Straße Baumgartenbrück am Fuße des Franzenberges mit einem Umsteigepunkt unterhalb der Baumgartenbrücke (P+R). Eine Verlängerungen in den Potsdamer Norden (Ringschluss; siehe auch Ö24) oder in Richtung Petzow/Werder ist möglich. b) Separate Führung entlang der B1 durch die Pirschheide, mit einem Haltepunkt Campingplatz Sanssouci und neuem Haltepunkt Kuckucksweg (P+R). Um im Pendlerverkehr attraktiv zu sein ist mind. ein 15 min. Takt erforderlich. Erster Bearbeitungsschritt ist eine Bedarfsermittlung.	LHP, LK PM	LHP, LK PM, Schwielowsee, ViP	niedrig
Ö21	Verlängerung Straßenbahn nach Saarmund	Fortführung der Straßenbahn über den Ortsteil Bergholz-Rehbrücke nach Saarmund	Die bestehende Straßenbahnverbindung zum Bahnhof Rehbrücke soll über die Gleise der DB und unter drei Brücken hindurch bis Saarmund verlängert werden. Damit soll zusätzliches Fahrgastpotenzial in Nuthetal erschlossen und eine Verbindung zum Umsteigepunkt Saarmund (von/in Richtung BER) geschaffen werden. Zunächst ist der mögliche Bedarf für eine solche Maßnahme zu ermitteln.	LHP, LK PM	Land Brandenburg, LHP, LK PM, Nuthetal, ViP	niedrig
Ö22	Einführung von Zweisystembahnen	Potentialanalyse von Zweisystembahnen auf Strecken zwischen Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark	Zweisystembahnen stellen eine Bedienungsform dar, mit der die gewünschten Ziele ohne Umstiege schnell und bequem zu erreichen sind. Es ist zu prüfen, ob es für diese Form der Personenbeförderung ausreichende Potentiale in der Region gibt. Die Beschlusslage der SVV Potsdam wird einbezogen.	LHP, LK PM	DB AG, HVG, LHP, LK PM, ViP	niedrig

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
Ö23	Einrichtung "Straßenbahnring"	Verknüpfung der Straßenbahndaltestellen Bahnhof Pirschheide und Kirschallee über Geltow und Golm	Verlängerung der Straßenbahn von Bahnhof Pirschheide nach Geltow und von dort weiter nach Golm und Bornstedt bis zur Kirschallee und Verknüpfung so zu einem "Straßenbahnring" (siehe auch Ö17). Vor einer Umsetzung ist eine Bedarfsermittlung und eine Einordnung im Rahmen der sonstigen Investitionsprioritäten vorzunehmen.	LHP, LK PM	LHP, LK PM, ViP	niedrig
Ö24	Verlängerung der S-Bahn nach Werder/Golm	Bau eines zusätzlichen Gleises bzw. Nutzung der Bahngleise für eine Verlängerung der S-Bahn von Potsdam Hbf nach Werder und/oder Golm	Zur Erhöhung der Fahrgastkapazitäten des SPNV zwischen Werder/Golm und Potsdam bzw. Werder/Golm und Berlin ist eine Verlängerung der S-Bahn nach Werder bzw. Golm über ein eigenes Gleis bzw. die Nutzung der bestehenden Bahngleise zu prüfen. Eine Anbindung des Ministeriumsstandortes Henning-von-Tresckowstraße wäre damit zudem möglich. Eine Abschätzung des Bedarfs und der Realisierungsmöglichkeiten ist Voraussetzung für die weitere Bearbeitung.	Land Brandenburg	DB AG, Land Brandenburg, LHP, LK PM, VBB	niedrig
Ö25	Verbesserung der Regionalbahnanbindung in Teltow	Zusätzlicher Halt von Regionalzügen am Bahnhof Teltow	Auf der Strecke der Anhalter Bahn verkehren zwischen Teltow und Berlin die RE-Linien 4 und 5, wobei die RE-Linie 5 tagsüber nicht in Teltow hält. Zur Verbesserung der Verbindung nach Berlin und damit der Vermeidung von bisher über Potsdam führenden Fahrten (mit dem MIV) soll durch zusätzliches Halten der Züge der RE-Linie 5 auch tagsüber am Bahnhof Teltow beigetragen werden.	Land Brandenburg	Land Brandenburg, VBB, Teltow	niedrig
Radverkehr						
R1	Bau eines Radwegs zwischen Saarmund und Langerwisch		Parallel zur Landesstraße soll zur Schulwegesicherung und zur Ortsverbindung ein Radweg gebaut werden.	Land Brandenburg	Land Brandenburg, LK PM, Michendorf, Nuthetal	hoch
R2	Freigabe des Radwegs am BÜ Rehbrücke in zwei Richtungen		Am Bahnhof Rehbrücke ist ein Wechsel der Straßenseite für Radfahrer notwendig. Vor und hinter dem Bahnhof läuft der Radweg durch. Diese Lücke soll nach einer Prüfung der rechtlichen Situation geschlossen werden.	LK PM	LHP, LK PM, Nuthetal	hoch
R3	Verbesserung der Radverkehrsführung in der Heinrich-Mann-Allee zwischen Leipziger Dreieck und Bahnhof Rehbrücke	Direkte und sichere Führung des Radverkehrs in der Heinrich-Mann-Allee	Markierung von Radfahrstreifen auf der Fahrbahn in den Abschnitten An der alten Zauche und Bahnhof Rehbrücke (stadtauswärts) und Bahnhof Rehbrücke bis Leipziger Dreieck (stadteinwärts).	LHP	LHP	hoch
R4	Fußgänger- und Radfahrerbrücke nach Werder (Havel)	Neubau einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke nach Werder parallel zur Eisenbahnbrücke	Neubau einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke südlich der bestehenden Eisenbahnbrücke unter Nutzung der vorhandenen Widerlager der alten Bahnbrücke. Damit wird die Verbindung für den Fuß- und Radverkehr zwischen Werder und Potsdam sowie Wildpark West attraktiver. Derzeit besteht nur ein schmaler Fußgängersteg an der bestehenden Bahnbrücke.	LHP	DB AG, LHP, Schwielowsee, Werder (Havel), WSV	hoch
R5	Radschnellroute Werder (Havel) - Potsdam	Planung und Bau einer möglichst direkten und kreuzungsfreien Verbindung für den Radverkehr zwischen Werder und Potsdam.	Planung und Bau einer Radschnellroute zwischen Werder und Potsdam in einem Trassenkorridor parallel der Magerburger Bahn. Als äußere Grenzen des Trassenkorridors wird der Werdersteig im Süden und die Lindenallee im Norden gesehen.	LHP	LHP, Werder (Havel)	hoch

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
R6	Neubau/Qualifizierung der für den Radverkehr nutzbaren Wege am Teltowkanal	Neuanlage und Verbesserung vorhandener, unbefestigter Wegeverbindungen am Nord- und Südufer des Teltowkanals für den durchgehenden Radverkehr	Der Teltowkanal ist verbindendes Element der Region mit Bedeutung für den Radverkehr. Er wird bisher wenig für die Naherholung und den Wassersport genutzt. Die drei Kommunen Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow streben an, über einen durchgehenden Wander- und Radweg entlang des Kanalufers die regionalen Siedlungsschwerpunkte mit Potsdam(-Babelsberg) und Berlin(-Lichterfelde) zu verbinden, um so auch eine touristische und naherholungsrelevante Nutzung der Kanalaue zu ermöglichen. Erste Streckenabschnitte wurden bereits planungsrechtlich gesichert und ausgebaut. Die Realisierung der Streckenabschnitte auf Berliner Territorium steht noch aus.	Berlin, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Teltow	Kleinmachnow, Land Berlin, Land Brandenburg, LHP, LK PM, Stahnsdorf, Teltow, WSV	hoch
R7	Qualifizierung der Radverbindung über Stahnsdorfer Straße (Potsdam) und Alte Potsdamer Landstraße (Stahnsdorf)	Verbesserung der Radverkehrsverbindung zwischen Potsdam-Babelsberg und Stahnsdorf als Teil einer möglichen Radschnellverbindung Teltow/Kleinmachnow/Stahnsdorf - Potsdam	Qualifizierung insbesondere des Waldwegs durch die Parforceheide zwischen Potsdam und Stahnsdorf sowie teilweise der weiterführenden Straßen. Der vorhandene Waldweg ist größtenteils unbefestigt bzw. teilweise mit Pflasterstein befestigt. Es wird ein grundhafter Ausbau in Asphalt und Beleuchtung für den Radverkehr geprüft. Für die Weiterführung auf bestehenden Straßen sind Ausbau- bzw. verkehrsorganisatorische Maßnahmen (Fahrradstraße) zu prüfen.	LHP, Stahnsdorf	LHP, Stahnsdorf	hoch
R8	Ausbau der Radverkehrsnetze in den Gemeinden	Schaffung zusammenhängender und sicherer Radverkehrsnetze in den jeweiligen Stadt- bzw. Gemeindegebieten	Eine sichere und komfortable Radverkehrsinfrastruktur ist die wichtigste Grundlage für eine Stärkung des Radverkehrs in den Städten und Gemeinden. Diese muss zudem zu zusammenhängenden Radverkehrsnetzen verknüpft werden. Darüber hinaus ist eine stetige Anpassung der Infrastruktur an den sich ändernden Bedarf erforderlich.	alle	alle	mittel
R9	Unterhaltung und Pflege der Radwege	Die regelmäßige Unterhaltung und Pflege bestehender Radwege ist zu gewährleisten	Radverkehr ist nur dann attraktiv, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Dazu gehört aber nicht nur der Neubau. Vielmehr sind die vielen vorhandenen Radwege und andere Formen der Radverkehrsinfrastruktur kontinuierlich zu pflegen und in gutem Zustand zu erhalten.	alle	alle	mittel
R10	Ausweitung des Fahrradverleihsystems PotsdamRad	Erhöhung der Anzahl der Fahrradverleihstationen auch an für Pendler günstigen Standorte	Die Anzahl der Fahrradverleihstationen von PotsdamRad sollen auch auf das weitere Stadtgebiet und P+R ausgeweitet werden, um Pendlern ein attraktives Angebot für den Weg zum Zielort zu bieten, so dass Wegeketten mit dem ÖPNV und ohne eigenes Fahrrad möglich werden. Eine perspektivische Ausdehnung in ausgewählte Bereiche der Nachbargemeinden ist denkbar.	LHP, ggf. Nachbargemeinden	LHP, nextbike, ViP und ggf. Nachbargemeinden	mittel
R11	Bau des Uferwegs Nuthepark - Vorderkappe (Teil A) mit Verlängerung in Richtung Hermannswerder (Teil B)	Herstellung des Uferwegs und der ufernahen Grünflächen zwischen Hauptbahnhof Potsdam und der Templiner Straße	Bei dieser Maßnahme wird der Uferweg zwischen dem Hauptbahnhof und der Vorderkappe (Teil A) erstmalig hergestellt. Zwischen der Leipziger Straße und Templiner Straße (Teil B) wird der bestehende Uferweg grundhaft ausgebaut und Anschlüsse an die Templiner Straße hergestellt. Dieser Weg stellt für die Verbindung Caputh - Potsdam eine Alternativstrecke abseits der Leipziger Straße/ Leipziger Dreieck dar.	LHP	LHP	mittel

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
R12	Neuanlage von Radspuren an der bisherigen L76 (außerorts)	Radspur im nördlichen Teil der L 76 ausserorts zwischen Güterfelde/Kienwerder und Ortseingang Stahnsdorf Ort	Durch den Bau der L 40 neu wird die Fahrbahn der L 76 ausserorts zwischen dem Ortsteil Güterfelde/Kienwerder und dem Ortseingang Stahnsdorf Ort durch den Landesbetrieb Straßenwesen des Landes Brandenburg von bisher vier Spuren auf zwei Spuren zurückgebaut. In diesem Zusammenhang baut der Landesbetrieb auf der derzeit äusseren südlichen Fahrspur einen Radweg. Somit gibt es dann für diesen Streckenabschnitt nicht nur, wie bisher im nördlichen Bereich sondern auch im südlichen Bereich einen Radweg.	Land Brandenburg	Land Brandenburg	niedrig
R13	Aufwertung Uferweg Templiner See zwischen Schillerplatz und Campingplatz Potsdam-Sanssouci	Ausbau des Uferwegs und Aufwertung der ufernahen Grünflächen	Der vorhandene Wege weist erhebliche bauliche Mängel auf. Daher wird ein grundhafter Ausbau des Weges in Asphalt in einer Breite von 3,0 m - 3,5 m vorgesehen. Die ufernahen Grünflächen sollen gestaltet, Flächen zum Verweilen geschaffen und Sichtbeziehungen wieder hergestellt werden. Derzeit sind die Abschnitte zwischen Kastanienalle und Im Bogen sowie zwischen Pirschheide und Seminarishotel in Planung und werden zur Umsetzung vorbereitet.	LHP	LHP	niedrig
Sonstige Maßnahmen						
S1	Einrichtung einer Mobilitätsagentur	Verringerung der Verkehrsbelastungen durch Schaffung eines Informations- und Beratungsangebots zur Stärkung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds gerade im Pendlerverkehr	Mit der Mobilitätsagentur sollen die vorhandenen Mobilitätsangebote in der Landeshauptstadt Potsdam sowie dem Landkreis Potsdam-Mittelmark gebündelt werden und die Informationen für die geeignete Verkehrsmittelwahl verbessert werden. Ziel ist es insbesondere, den Anteil von Fuß- und Radverkehr sowie des ÖPNV an den zurückgelegten Wegen gerade im Pendlerverkehr zu erhöhen. Wesentlicher Kern der Mobilitätsagentur ist vor diesem Hintergrund eine Beratung zum betrieblichen Mobilitätsmanagement sowie die Errichtung eines multimodalen Informations- und Routingsystems. Perspektivisch wird zudem die buchungsseitige Bündelung der verschiedenen Mobilitätsangebote angestrebt.	LHP, LK PM	LHP, LK PM	hoch
S2	Faltblatt zum Lkw-Führungskonzept gemeinsam von LHP und LK PM	Faltblatt als Info für Firmen und Lkw-Fahrer zu bevorzugten Fahrrouten im Stadtgebiet von Potsdam und den Nachbargemeinden	Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Zuge der Erarbeitung der Fortschreibung des Lkw-Führungskonzeptes ein Vorrangroutennetz für den Lkw-Verkehr im Potsdamer Stadtgebiet erarbeitet. Dieses Vorrangroutennetz stellt die empfohlenen Routen im Stadtgebiet dar. In Abstimmung mit den Belangen der Nachbargemeinden soll daraus ein gemeinsames Falblatt erarbeitet werden, dass der Information betroffener Firmen und Lkw-Fahrer zur Verfügung gestellt werden soll. Der Vertrieb soll einerseits über ansässige Lkw-affine Unternehmen sowie Tankstellen im Gebiet erfolgen.	LHP, LK PM	LHP, LK PM	hoch

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
S3	Anpassung der Parkgebühren in Potsdam zur Stärkung des Umweltverbunds	Ausweitung der Gebührenpflicht und Anpassung der Parkgebühren auf öffentlichen Flächen sowie Bewirtschaftung von privaten Flächen (z.B. größerer Arbeitgeber) im Rahmen betrieblichen Mobilitätsmanagements	Eine Erhöhung der Parkgebühren im öffentlichen Straßenraum Potsdams wurde mit der 2012 beschlossenen neuen Parkgebührenordnung bereits umgesetzt. Zudem erfolgt kurz- und mittelfristig eine Ausweitung der Gebührenpflicht auf innenstadtnahe Bereiche. Zur Verkehrsreduzierung insbesondere des Berufsverkehrs ist zudem auf größeren, nicht öffentlichen Parkflächen (z.B. bei größeren Arbeitgebern) eine Bewirtschaftung im Rahmen eines betrieblichen Mobilitätsmanagements erforderlich. Damit soll insgesamt eine größere Attraktivität des Umweltverbunds und insbesondere des ÖPNV auch im Hinblick auf die Kosten erreicht werden.	LHP	LHP	hoch
S4	Erneuerung der Fahrbahn zwischen Potsdam und Caputh	Verbesserung der Verbindung zwischen Potsdam und Caputh durch Erneuerung der sehr schadhafte Betonfahrbahn	Die Betonstraße ist bereits in den 1960er Jahren gebaut worden und zeigt trotz regelmäßiger Reparaturen mitunter starke Schäden auf. Die insgesamt schlechte Fahrbahnoberfläche und teilweisen Verwerfungen der Platten führen zu starker Lärmentwicklung mit Negativwirkung auf den umliegenden Erholungsraum. Darüberhinaus werden durch die starken Erschütterungen weitere Schäden an der Straße verursacht. Ferner kommt es zu einer verstärkten Abnutzung der Fahrzeuge (insbesondere von Linienbussen). Eine Umsetzung ist im Rahmen der sonstigen Investitionsprioritäten zu prüfen.	LHP	LHP in Abstimmung mit HVG, LK PM, Schwielowsee	hoch
S5	Lkw-Führung zum Gewerbegebiet Potsdam-Süd	Prüfung der Lkw-Führung zum Gewerbegebiet Potsdam-Süd aus Richtung Westen zur Verringerung bzw. Vermeidung von Durchgangsverkehr	Das Gewerbegebiet Potsdam-Süd befindet sich in unmittelbarer Nähe von Bergholz-Rehbrücke. Die Führung des Lkw-Verkehrs zum Gewerbegebiet aus Richtung Westen soll über die Autobahn an Stelle der Durchfahrung von Werder (Havel), Geltow und Potsdam erfolgen. Eine entsprechende Beschilderung z.B. an den Autobahnen ist zu prüfen.	LK PM	LHP, Land Brandenburg, LK PM, Schwielowsee, Werder (Havel)	hoch
S6	Verbesserung des Verkehrsflusses in Potsdam	Prüfung einer Ausweitung der umweltorientierten Verkehrssteuerung	Zur Verbesserung und Sicherung des innerstädtischen Verkehrsflusses im Kfz-Verkehr soll eine Überarbeitung der Koordinierung der von Norden (B2) und Nordwesten (B273) in die Stadt Potsdam führenden Straßenzüge geprüft werden. Durch die bessere Koordinierung und ggf. Regulierung des einfließenden Verkehrs sollen die Stop&Go-Vorgänge im Zuge von Kapazitätsüberschreitungen in sensiblen Innenstadtbereichen weitgehend vermieden werden. Vor Einführung ist jedoch ein Konzept zur Bevorzugung des ÖPNV zu erarbeiten und die Maßnahme mit den betroffenen Nachbargemeinden bzw. Ortsteilen zu erörtern.	LHP	LHP, ViP	mittel

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
S7	Mischverkehr Rad/MIV in der Potsdamer Straße (Caputh) und Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h	Schaffung eines gemeinsam genutzten Verkehrsraumes, Steigerung der Sicherheit des Radverkehrs	Die Potsdamer Straße liegt im nordöstlichen Teil Capuths und ist die Verbindungsstraße nach Potsdam, weiterhin ist das Strandbad Templin über die Straße erreichbar. Auf Potsdamer Seite befindet sich die Straße Templiner Straße mit einem separaten Fahrradweg. In Caputh ist einseitig ein Gehweg angeordnet, welcher im Mittel 1,40 m breit. Die Fahrbahn ist im Durchschnitt 6 m breit. Der geschwungene Straßenverlauf und das wechselnde Geländeprofil sowie die dichte Bebauung machen die Straße unübersichtlich. Ein Vorbeifahren an Fahrradfahrern ist vielfach nicht möglich, da der Gegenverkehr nicht oder nur sehr schlecht eingesehen werden kann. Eine Anordnung eines Schutzstreifens für den Radverkehr ist aufgrund der Fahrbahnbreite bislang versagt worden. Vorgeschlagen wird alternativ die Schaffung eines gemeinsamen Verkehrsraumes für Fahrrad- und Pkw-Verkehr. In einer ersten Stufe sollte die erlaubte Geschwindigkeit auf 30 km/h herabgesetzt werden. In einem zweiten Schritt sollte vor dem Hintergrund der letzten Novelle der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung die Prüfung eines Schutzstreifens für den Radverkehr erfolgen. Dadurch würde dem PKW-Fahrer deutlich gemacht werden, dass ein Überholen des Radverkehrs nur an übersichtlichen Stellen möglich ist. Bei späteren Umbau-/Sanierungsmaßnahmen ist eine Umgestaltung des Verkehrsraumes zu planen, um den gesteigerten Radverkehr Rechnung zu tragen. Ein Umbau ist aufgrund des guten Straßenzustandes langfristig nicht geplant daher sollte Stufe eins zeitnah in Erwägung gezogen werden.	LK PM, Schwielowsee	LK PM, Schwielowsee	mittel
S8	Einrichtung einer Informationstafel mit Anzeige der Verkehrs- und Umweltinformationen am Ortsausgang Geltow	Einrichtung einer Informationstafel mit Anzeige der Verkehrs- und Umweltinformationen am Ortsausgang Geltow	Zur frühzeitigen Information der Verkehrsteilnehmer soll die Einrichtung einer elektronischen Informationstafel in Geltow erfolgen. Diese soll in das Potsdamer Verkehrsmanagementsystem integriert werden. Es sollen aktuelle Umwelt- und Verkehrsinformationen angezeigt werden.	LHP	LHP, Land Brandenburg, Schwielowsee	mittel

Nr.	Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung der Maßnahme	ausführliche Maßnahmenbeschreibung	Träger der Maßnahme	Beteiligte (alphabetisch)	Verkehrlicher Nutzen
1	2	3	4	5	6	7
S9	Brücke über den Eisenbahning im Wildpark	Bau einer Geh-/Radwegbrücke zur Reduzierung der Barrierewirkung der Bahntrasse im Wildpark	Durch den Bau des Berliner Eisenbahnringes (1956) im Abschnitt zwischen Saarmund und Golm wurde der Erholungsraum des Potsdamer Wildparks zerschnitten ohne an den wichtigsten Wegeverbindungen eine gesicherte Querung der Bahntrasse für Fuß- und Radverkehr zu schaffen. Im Ergebnis werden die Gleise an mehreren Stellen illegal gequert. Die zunehmende Streckenbelastung dieser Bahntrasse birgt somit ein hohes Risiko, denn unterbinden lassen sich die illegalen Querungen nicht. Einzige Alternative ist der Bau einer Brücke im Verlauf eines der Hauptwege im Wildpark, an der Stelle des tiefsten Bahneinschnittes. Die dort vorhandenen Topografie kommt einem solchen Bauwerk sehr entgegen. Perspektivisch sollte eine weitere Brücke oder Unterführung im Zuge der ehemaligen Hochspannungstrasse, etwa auf halber Strecke zwischen der vorgenannten Brücke und der Zeppelinstraße geplant werden. Auch dort gibt es einen starken Querungsbedarf.	LHP	DB AG, Land Brandenburg, LHP, Schwielowsee, Wildpark e.V.	niedrig

Abkürzungen:

B+R	Bike+Ride
DB AG	Deutsche Bahn AG
HVG	Havelbus GmbH
LHP	Landeshauptstadt Potsdam
LK DS	Landkreis Dahme-Spreewald
LK PM	Landkreis Potsdam-Mittelmark
LK TF	Landkreis Teltow-Fläming
LS	Landesbetrieb Straßenwesen
MIV	Motorisierter Individualverker
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
P+R	Park+Ride
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SPSG	Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
StEK	Stadtentwicklungskonzept
VBB	Verkehrverbund Berlin-Brandenburg
VGB	Verkehrsgesellschaft Belitz mbH
ViP	ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0676

Betreff:

öffentlich

Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam - Zeit- und Arbeitsplan

bezüglich

DS Nr.: 13/SVV/0270

Erstellungsdatum 21.10.2013

Eingang 902: 21.10.2013

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.11.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

den Zeit- und Arbeitsplan als Handlungsrahmen zur Erstellung des Wohnungspolitischen Konzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Mit dem Zeit- und Arbeitsplan wird der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 5.6.2013 (Beschluss 13/SVV/0270) umgesetzt, nach dem auf Grund der begrenzten Ressourcen in der Verwaltung der Auftrag zur Erstellung eines wohnungspolitischen Konzeptes an ein geeignetes externes Büro erteilt werden soll. Für eine externe Beauftragung ist die Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von voraussichtlich 80.000 EUR erforderlich. Diese werden anteilig durch Umschichtung von Mitteln in den Geschäftsbereichen „Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung“ sowie „Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt“ aufgebracht.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Wohnungspolitisches Konzept – Zeit- und Arbeitsplan

1. Sachstand

Auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (SVV) vom 28.9.2011 zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Landeshauptstadt Potsdam (DS 11/SVV/0542) wurde im November 2011 eine Expertengruppe unter Federführung des Bereichs Wohnen der Landeshauptstadt Potsdam einberufen. Diese Expertengruppe hatte den Auftrag, eine Agenda als Leitfaden für das Konzept zu erstellen. Im Zeitraum zwischen Dezember 2011 und Januar 2013 haben die fünf Mitglieder des Gremiums unter Koordination der Anfang 2012 eingerichteten Geschäftsstelle „Potsdam 22“ diesen Auftrag umgesetzt und die Ergebnisse ihrer Arbeit am 21.2.2013 dem Oberbürgermeister übergeben.

Der Ergebnisbericht gliedert sich in vier Teile. Beschrieben wurden die aus Sicht der Experten wesentlichen Anforderungen an eine kommunale Wohnungspolitik, gefolgt von einer Beschreibung der Wohnkostenentwicklung sowie der Analyse von die Wohnkostenentwicklung beeinflussenden Faktoren und handelnden Akteuren. Schließlich wurden Überlegungen zu sozialen und kleinräumigen Folgen steigender Mietbelastung vorgestellt. Eingestreut in alle Abschnitte des Ergebnisberichts sind insgesamt 26 Empfehlungen, für die zugleich die Federführung sowie zu beteiligenden Akteure benannt werden.

Die Arbeit der Expertengruppe ging damit über den ursprünglichen Auftrag der SVV hinaus. Es wurden nicht nur Schwerpunkte benannt, die im Prozess zur Erstellung eines wohnungspolitischen Konzeptes Berücksichtigung finden sollen. Vielmehr werden bereits Bausteine eines künftigen Konzeptes inhaltlich umrissen sowie teils konkrete Handlungsoptionen und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Bausteine benannt. Eine Zeit- und Arbeitsplanung im Sinne einer „Agenda“ fehlt hingegen bislang. Mit dem vorliegenden Papier soll dies nun vorbereitet bzw. ergänzt werden. Damit wird der Beratungsstand der SVV und ihrer Ausschüsse vom 15.5.2013 (13/SVV/0152) bzw. 29.5.2013 (13/SVV/0270) aufgegriffen, nach dem „in Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen und auf der Grundlage des von den Experten vorgelegten Dokumentes ‚Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten‘ in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011 ein wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam erstellt werden“ soll.

Folgende Arbeitsschritte sind hierfür vorgesehen (Übersicht: siehe unten):

2. Abgleich mit bestehenden Konzepten der Stadt Potsdam und Ordnung der Empfehlungen nach Prioritäten

Die im Ergebnisbericht Potsdam22 („Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten“) enthaltenen Empfehlungen sind als Anregung des Expertengremiums zur fachlichen Prüfung durch die Verwaltung sowie zur politischen Willensbildung in der SVV zu verstehen. Ein erster Schritt in der Arbeitsplanung zur Erstellung eines wohnungspolitischen Konzeptes besteht daher in der Bewertung der Empfehlungen des Expertengremiums aus fachlicher Sicht hinsichtlich der Prioritäten, Fristigkeiten für eine Umsetzung, Finanzierungsaspekten sowie der Konkretisierung von Verantwortlichkeiten, insbesondere soweit die Stadtverwaltung in den Empfehlungen adressiert wurde.

- Dieser Arbeitsschritt erfolgt derzeit im Bereich Wohnen und wird bis Ende November 2013 abgeschlossen sein.

Bindende Arbeitsgrundlage für Wohnungspolitik und Wohnraumversorgung der Landeshauptstadt Potsdam ist derzeit das 2009 erstellte Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen). Das Konzept wurde unter Federführung des Bereichs Stadtentwicklung–Verkehrsentwicklung mit Beteiligung des Bereichs Wohnen durch das IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (Berlin) erstellt. Neben einer umfangreichen Bestandsaufnahme wurden darin Handlungsbedarf und Handlungsansätze für die Themenfelder Neubau, Anpassung des Wohnungsbestands, die soziale

Wohnungsversorgung, die Quartiersentwicklung, das Altenwohnen, die Kooperation und Kommunikation sowie das Monitoring und die Information in Bezug auf die kommunale Wohnraumversorgung aufgeführt. Es ist auf Grundlage des SVV-Beschlusses 09/SVV/0778 vom 7.10.2009 als Handlungsrahmen für die städtische Wohnungspolitik anzuwenden.

In dem Beschluss werden zudem als Handlungsfelder benannt, die bei der Umsetzung mit Priorität zu verfolgen sind,

- die Sicherung der Verfügbarkeit ausreichenden Baulands,
- eine städtische Bodenpolitik,
- der Erhalt nötiger Belegungsbindungen,
- abgewogene Zielsetzungen für PRO POTSDAM,
- eine Initiative gegenüber dem Land zur Verbesserung der Förderbedingungen sowie
- die Verbesserung von Koordination, Beratung und Werbung.

Auf Grundlage des Beschlusses der SVV vom 30.01.2013 (13/SVV/0039) wird derzeit eine Evaluierung des STEK durch die Stadtverwaltung vorgenommen. Im Zuge dieser Evaluierung sollen der Umsetzungsstand, die Aktualität der Grundaussagen sowie der Fortschreibungsbedarf festgestellt werden. Die Ergebnisse sollen im Januar 2014 der SVV vorgestellt werden. Die Evaluierung soll darüber hinaus zum Anlass genommen werden, inhaltliche Überschneidungen zwischen dem STEK Wohnen und dem Ergebnisbericht Potsdam22 herauszuarbeiten. Ziel sollte es sein, die ggf. erforderliche Fortschreibung des STEK sowie die Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes zusammenzuführen, um keine konkurrierenden und ggf. widersprüchlichen Arbeitsgrundlagen für die Verwaltung zu produzieren.

- Dieser Arbeitsschritt wird federführend durch den Bereich Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung unter Beteiligung weiterer Bereiche durchgeführt. Die Ergebnisse der Evaluierung sollen im Januar 2014 der SVV vorgestellt werden. Bis Ende Januar 2014 wird zudem eine Synopse der in beiden Konzepten enthaltenen Empfehlungen bzw. Handlungsansätze durch den Bereich Wohnen erstellt.

3. Ausschreibung eines wohnungspolitischen Konzeptes

Die SVV hat beschlossen, dass auf Grund der begrenzten Ressourcen in der Verwaltung der Auftrag zur Erstellung eines wohnungspolitischen Konzeptes an ein geeignetes externes Büro erteilt werden soll (Beschluss 13/SVV/0270 vom 5.6.2013). Hierfür sind zunächst die vergaberechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen. Anhand der Größenordnung der auszuschreibenden Leistung ist anzunehmen, dass freihändige und beschränkte Vergabeverfahren nicht zur Anwendung kommen können. Zudem sind mit der Ausschreibung verbindliche Vorlaufzeiten bei der Bekanntmachung, der Fristsetzung des Abgabetermins sowie im Auswahlverfahren zu beachten. Weiterhin sind im Rahmen der Vorbereitung Art und Umfang der auszuschreibenden Leistungen, der zeitliche Rahmen, die Schritte zur Abnahme der Leistung (u.a. halbjährliche Meilensteine und Zwischenberichte) sowie Modalitäten der Finanzierung wie z.B. Abschlagszahlungen festzulegen sowie geeignete Wege zur Verbreitung der Ausschreibung zu definieren.

Die für eine externe Beauftragung erforderlichen Finanzmittel werden anteilig durch Umschichtung von Mitteln in den Geschäftsbereichen 3 und 4 aufgebracht. Geprüft werden soll außerdem, ob bzw. unter welchen Bedingungen Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden können, bspw. im Rahmen der Städtebauförderung.

- Die Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung erfolgt federführend im Bereich Wohnen unter Beteiligung des Bereichs Stadtentwicklung - Verkehrsentwicklung, des Vertragsmanagements sowie des Rechtsamts der Landeshauptstadt Potsdam. In die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Ausschreibung wird zudem die Geschäftsstelle Potsdam22 eingebunden. Das Ausschreibungsverfahren soll bis Ende März 2014 abgeschlossen sein.

4. Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes

Die Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes soll unter Berücksichtigung bestehender Planungsgrundlagen erfolgen. Dazu gehören neben dem bereits erwähnten Ergebnisbericht Potsdam22 und dem STEK Wohnen unter anderem Teilkonzepte zur Wohnungsnotfallhilfe, zum Klimaschutz, zur Gesundheit und zur Demographie. Die Konzepterstellung erfolgt unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Hierfür sind geeignete und auf verschiedene Zielgruppen abgestimmte Verfahren durch den Auftragnehmer zu wählen. Die Arbeit des Auftragnehmers wird durch eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe fachlich unterstützt und kontrolliert. Der Steuerungsgruppe gehören die Leiter der Bereiche Wohnen sowie Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung oder von ihnen benannte Mitarbeiter an. Zusätzlich wird Geschäftsstelle Potsdam22 eingebunden mit dem Auftrag, ein externes Begleitgremium einzurichten, das den Aufstellungsprozess begleitet und gemeinsam mit Stadtverwaltung und Auftragnehmer über die Zwischenergebnisse berät. Zum Stand der Umsetzung und zu den Zwischenergebnissen wird außerdem den Fachausschüssen für Gesundheit und Soziales sowie Bauen und Stadtentwicklung nach Vorlage der Zwischenberichte berichtet.

- Für die Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes sind 18 Monaten zu veranschlagen; neben wissenschaftlichen Auswertungen haben auch die Erfahrungen im Hause ergeben, dass dieser Zeitraum nötig ist, um Beteiligungsprozesse, Erhebungen, Berichterstattung und Abstimmungen in der erforderlichen Qualität durchführen zu können. Das Ergebnis der Konzepterstellung kann demzufolge im September 2015 vorliegen.

5. Übersicht der Arbeitsschritte

Arbeitsschritt	Federführend	Termin
Prüfung / Bewertung Empfehlungen Potsdam22 (P22)	Bereich Wohnen	November 2013
Evaluierung STEK Wohnen	Bereich Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung	Januar 2014
Synopse der in beiden Konzepten enthaltenen Empfehlungen	Bereich Wohnen	Januar 2014
Ausschreibung und Beauftragung Wohnungspolitisches Konzept	Bereich Wohnen	März 2014
Vorlage des Konzeptes durch externes Büro, Steuerung durch Stadtverwaltung mit Unterstützung durch Geschäftsstelle Potsdam22	Bereiche Wohnen / Stadtentwicklung – Verkehrsentwicklung	September 2015
Abgabe und Berichterstattung Zwischenbericht 1 Abgabe und Berichterstattung Zwischenbericht 2	Auftragnehmer	August 2014 März 2015